



SCHWEIZER GEMEINDE  
COMUNE SVIZZERO  
VISCHNANCA SVIZRA  
COMMUNE SUISSE

Zeitschrift für Gemeinden und Gemeindepersonal | Revue pour Communes et leur personnel  
Rivista per Comuni e i loro impiegati | Revista per Vischnancas e ses personal



FRÜHE FÖRDERUNG,  
UNSER FOKUS IM JANUAR  
ENCOURAGEMENT PRÉCOCE,  
NOTRE POINT FORT EN JANVIER  
SOSTEGNO ALLA PRIMA INFANZIA,  
IL TEMA CENTRALE DI GENNAIO

# Biodiversität in Gemeinden

Das E-Paper  
kann als PDF  
heruntergeladen  
werden.

Ein Leitfaden mit 12 Praxisbeispielen



Schweizerischer Gemeindeverband  
Association des Communes Suisses  
Associazione dei Comuni Svizzeri  
Associaziun da las Vischnancas Svizras

PUSCH

Biodiversité  
dans les communes

Biodiversità  
nei comuni

12  
exemples pratiques

Una guida con 12 esempi pratici

Der Leitfaden beinhaltet 12 Praxisbeispiele,  
Handlungsanleitungen für Planung und Kommunikation sowie  
eine umfangreiche Linkliste für weiterführende Informationen.  
E-Paper unter [www.tinyurl.com/leitfaden-biodiversitaet](http://www.tinyurl.com/leitfaden-biodiversitaet)

**3 Editorial**

Einsatz auf breiter Ebene  
Interventions tous azimuts  
Interventi su vasta scala

**6 Jahresrückblick 2017**

Rétrospective 2017  
RetrospeTTiva 2017

**14 ACS**

Un nuovo portale del lavoro della mano pubblica.

**15 Sostegno alla prima infanzia**

I comuni svolgono un ruolo centrale nel sostegno alla prima infanzia. L'ACS propone studio e sussidio orientativo.

**21 ACS**

Un nouveau portail pour les emplois du secteur public.

**22 Encouragement Précoce**

Les communes jouent un rôle stratégique en matière d'Encouragement Précoce. L'ACS les soutient sur la base d'une étude et donne un aperçu des prestations grâce à un guide.

**28 Protection contre le bruit**

Le bruit routier est de loin la principale source de bruit en Suisse. Aperçu de la jurisprudence fédérale et cantonale actuelle pour la zone 30 et des exemples de communes qui s'engagent pour la protection de leurs habitants.

**35 SGV**

Ein neues Stellenportal der öffentlichen Hand.

**36 Frühe Förderung**

Gemeinden sind die Netzwerkerinnen der Frühen Förderung. Der SGV unterstützt sie dabei mit einer Studie und einer Orientierungshilfe.

**44 Kindertagesstätten**

Um dauerhaft ein berufskompatibles Kinderbetreuungsangebot bereitstellen zu können, ist vor allem auf dem Land die Risikoverteilung zwischen Kindertagesstätten und Gemeinden anzupassen: So lautet das Fazit einer Studie der HTW Chur.

40

**Familienzentren**

Angefangen hat alles in der eigenen Stube. Heute leitet Pia Müller zwei Familienzentren, eines in Weesen (SG) und eines in Buttikon (SZ).



46

**Fahrende**

Fahrende sind auf der Suche nach Halteplätzen. Der SGV bietet gemeinsam mit der Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende (im Bild Geschäftsführer Simon Röthlisberger) an einer Tagung Hilfestellung für die Gemeinden.

52

**Lärmsanierung**

Die Strassenlärmbekämpfung fokussierte lange auf Lärmschutzwände und Schallschutzfenster, wie Urs Walker, Chef der Abteilung Lärm und NIS im Bundesamt für Umwelt (BAFU), sagt.



**Titelbild/Couverture**

Farbe an den Fingern, ein Lachen im Gesicht: Frühe Förderung tut gut./De la peinture sur les doigts, un sourire aux lèvres: l'Encouragement Précoce est précieux.

*Bild/photo: Shutterstock*

# StreetTrace<sup>®</sup> : Strassenverwaltung mit zeitgemässen Werkzeugen

Handy, Tablet, Satellitenempfänger und die Gemeindegarten in der gesicherten, eigenen Cloud: Mit diesen leicht bedienbaren Werkzeugen können Gemeinden rasch eine Gesamtsicht der Zustände ihrer Gemeindegarten erfassen, verwalten und planen. In 2-jähriger Entwicklungsarbeit haben Strassenspezialisten der Groupe PRODO, Domdidier, der webconsult GmbH, Kiesen gemeinsam mit Strassenverantwortlichen aus zahlreichen Gemeinden StreetTrace<sup>®</sup> entwickelt. Das Augenmerk lag dabei auf der selbsterklärenden Bedienung aller Schritte.

Praktisch alle Schweizer Gemeinden stehen vor einer schwierigen Aufgabe: Ihre Infrastrukturinvestitionen in ein unkompliziert bedienbares, digitales Bewirtschaftungssystem zu überführen. Denn erst mit einem solchen digitalen System können sich alle Verantwortlichen ein Bild von der aktuellen Lage und den nötigen Investitionen der Zukunft machen.

## Schutz vor unnötigem Wertverlust

Die Gemeindegarten sind ein gutes Beispiel für die Problematik: Viele von ihnen wurden vor Jahrzehnten geplant und gebaut. Der heutige Verkehr und die laufend zunehmende Mobilität belasten diese Strassen. Für die Verantwortlichen in den Gemeinden ist es schwierig, den aktuellen Wert, die erwartbare zukünftige Lebensdauer und die nötigen Investitionen für den Erhalt des Strassennetzes abzuschätzen. Für viele Gemeinden ist zudem angesichts knapper Mittel nur das Allernötigste an Reparaturarbeiten möglich. Doch diese Strategie rächt sich: Fehlt ein konsequenter Unterhalt, werden die Schäden immer teurer! Hier kann mit einer vorausschauenden Planung viel Geld gespart werden.

## StreetTrace - in guter Gesellschaft

Bereits seit vielen Jahren gibt es Systeme zur Erfassung von Strassenzuständen. Sogar der Bund hatte mit EMSG eine gute Lösung gezielt für Gemeinden entwickeln lassen. Auch diverse Fachbüros bieten solide Dienstleistungen zum Thema. Wo liegt nun der Unterschied zu StreetTrace? Während der gesamten Entwicklung wurde darauf geachtet, die Lernkurve möglichst flach zu halten. D.h., selbst wenn jemand ein paar Wochen oder Monate nicht mit dem System arbeitet, soll er rasch wieder einsteigen können! Auch sind alle Schritte selbsterklärend und mit der kurzen Einführung gut nachvollziehbar.

## StreetTrace - das Werkzeug in der Gemeinde

Der zweite Punkt ist die Vernetzung in der Gemeinde. Alle Beteiligten können mobil oder via Desktop auf die Gemeindegarten zugreifen und je nach Schreibrecht, darin Ergänzungen und Pflegearbeiten ausführen. StreetTrace nützt dabei - wo vorhanden - die offiziellen Katasterkarten der Gemeinde sowie hochwertige Kartendienste der Schweizerischen Landestopographie Swisstopo.

## Schritt für Schritt zum Ziel: Die Gesamtübersicht

Die hier vorgestellten Schritte wurden bereits in etlichen Gemeinden erfolgreich durchgespielt. Wichtig zu wissen: Eine Erstinventarisierung ist ein rechtes Stück Arbeit!

- Gesamtinventarisierung nach logischen Abschnitten<sup>\*)</sup>
- Kalkulation von Wiederbeschaffungswert und Unterhalt
- Planung der Prioritäten in den kommenden 3-5 Jahren
- Wahl der Sanierungsmassnahmen

<sup>\*)</sup> Mobile Geräte mit Satellitenempfänger via Bluetooth verbunden (Meter/Submeter/Zentimeterbereich) nehmen die Koordinaten der Strassenabschnitte/Schadensbilder auf und leiten sie direkt in die Cloud.

Teil dieser Inventarisierung ist auch die «Geschichte einer Strasse». D.h., nebst den aktuellen Informationen werden - sofern vorhanden - ältere Pläne, Offerten, Rechnungen, Baubeschriebe etc. sowie alle diesbezüglich zukünftig anfallenden Dokumente, Fotos etc. hinterlegt.

## Videos und Fotos unterstützen die Beurteilung

Das eigens für StreetTrace entwickelte Videosystem bietet Zeitersparnis und - dank hoher Bildqualität - aussagefähige Bilder der Strassenabschnitte. Dabei ist das Videomodul inkl. Abspielsoftware für weniger als CHF 2'000.- erhältlich! Jede Gemeinde kann damit jederzeit Aktualisierungen aufnehmen und in das Managementsystem einfügen.

## Kalkulation und Budgetierung der Sanierungen

StreetTrace bietet die Möglichkeit, das gesamte Schadens- und Zustandsbild einer Gemeinde in ein Budget zu bringen. Neu in der Branche ist dabei der Ansatz, den Wiederbeschaffungswert nicht nur für den gesamten Strassenaufbau sondern gezielt für die sanierungsbedürftigen Asphaltsschichten zu berechnen!

## Dienstleistungen der Groupe PRODO

StreetTrace wird in der ganzen Schweiz durch die Groupe PRODO vertrieben. Die Sanierungsspezialisten der PRODO SA, Domdidier und CTW Strassenbaustoffe AG, Muttentz unterstützen die Gemeinden bei der Einführung. Auch ein gestaffeltes Outsourcing ist möglich: Hier übernimmt die Groupe PRODO die Erstinventarisierung und Pflege der ganzen Dokumentation. Zu einem beliebigen Zeitpunkt kann die Gemeinde selber weitermachen bzw. in Teilschritten das System übernehmen. Zukünftig lässt sich auch die SIA Norm 405, also alle Werksleitungen in StreetTrace integrieren. Damit erhalten die Gemeinden eine Gesamtsicht ihrer Strasseninfrastruktur.

## Roadshows im Frühling 2018

Geplant sind bislang fünf Termine in der Deutschschweiz. Die Gemeinden werden hierzu direkt via Einladung informiert.

streettrace.ch / prodo.ch / ctwmuttentz.ch / info@webconsult.ch  
Romandie/Projektleitung: PRODO SA, Nicolas Sierro, 079 782 17 00  
D-Schweiz: CTW Strassenbaustoffe AG, Heinz Hutter, 079 205 92 16



## Einsatz auf breiter Ebene

Der Schweizerische Gemeindeverband (SGV) hat sich im vergangenen Jahr in den verschiedensten Bereichen für die Gemeinden engagiert, von A wie Asylwesen bis Z wie Zukunft des Poststellennetzes. Anhand des letztgenannten Themas lässt sich exemplarisch zeigen, wie sich der SGV erfolgreich für die kommunalen Interessen einsetzt. Bei Poststellenschliessungen fühlten sich viele Gemeinden von der Post vor vollendete Tatsachen gestellt. Der SGV forderte 2017 in zwei Anhörungen zur Entwicklung des Poststellennetzes bei den zuständigen Kommissionen des National- und Ständerats, dass die Gemeinden auf Augenhöhe einbezogen werden. Anhand des Beispiels der Gemeinde Leubringen/Maggingen konnte er konkret darlegen, was in der Vergangenheit bei den Schliessungsverfahren schief gelaufen war. Er brachte seinen Standpunkt ebenfalls gegenüber dem zuständigen Departement und zweimal gegenüber der strategischen und operativen Führung der Post ein. Verschiedene kantonale Gemeindeorganisationen wurden ebenfalls aktiv. Der mannigfache Druck hat einiges in Bewegung gebracht: Der SGV ist mit zwei Personen in der Arbeitsgruppe des Bundes zum Poststellennetz vertreten, und er nimmt mit Genugtuung zur Kenntnis, dass die Post stärker mit den Gemeinden zusammenarbeiten möchte. Welche weiteren Erfolge der SGV 2017 erzielt hat, lesen Sie ab Seite 6.

Auch 2018 wird sich der SGV mit einer breiten Themenpalette beschäftigen. Zum Beispiel mit der Frühen Förderung. Hier geht es um eine wirksame Prävention und Bekämpfung von Armut auf kommunaler Ebene. Der SGV zeigt mit einer Studie Wege für künftige kommunale und regionale Strategien auf und bietet Orientierungshilfe. Mehr dazu erfahren Sie auf Seite 36.

Der SGV dankt Ihnen für Ihre wertvolle Unterstützung und wünscht Ihnen ein erfolgreiches neues Jahr.

## Interventions tous azimuts

Au cours de l'année écoulée, l'Association des Communes Suisses (ACS) s'est engagée en faveur des communes dans les domaines les plus divers, allant de l'asile à l'avenir du réseau des offices de poste. Ce dernier sujet illustre parfaitement la manière dont l'ACS se bat avec succès pour défendre les intérêts communaux. Lors de fermetures d'offices de poste, de nombreuses communes se retrouvent placées par La Poste devant le fait accompli. En 2017, lors de deux consultations sur l'évolution du réseau des offices de poste auprès des commissions compétentes du Conseil national et du Conseil des Etats, l'ACS a réclamé pour que les communes soient impliquées sur un pied d'égalité. A l'exemple de la Commune d'Evilard/Macolin, elle a pu exposer concrètement ce qui avait dérapé dans le passé lors des procédures de fermeture. Elle a également fait valoir son point de vue vis-à-vis du département concerné ainsi qu'à deux reprises vis-à-vis de la direction stratégique et opérationnelle de La Poste. Diverses organisations cantonales des communes sont elles aussi intervenues. Toutes ces pressions ont fait bouger les choses: l'ACS est représentée par deux personnes au groupe de travail de la Confédération chargé du réseau des offices de poste et constate avec satisfaction que La Poste souhaite resserrer sa collaboration avec les communes. Pour en savoir plus sur les succès enregistrés par l'ACS en 2017, poursuivez votre lecture page 6.

En 2018 aussi, l'ACS se consacrera à une vaste gamme de sujets. Citons par exemple l'Encouragement Précoce, un projet de prévention et de lutte efficaces contre la pauvreté au niveau communal. L'ACS a réalisé une étude qui indique la voie menant à des stratégies communales et régionales futures et offre une aide à l'orientation. Pour en savoir plus, rendez-vous page 22.

L'ACS vous remercie de votre précieux soutien et vous souhaite une excellente nouvelle année.

## Interventi su vasta scala

L'anno scorso l'Associazione dei Comuni Svizzeri (ACS) si è impegnata a favore dei comuni nei campi più disparati, dal settore dell'asilo al futuro della rete di uffici postali. Quest'ultimo mostra in modo esemplare con quanto successo l'ACS si adopera a favore degli interessi comunali. Al momento della chiusura di un ufficio postale molti comuni si sentivano messi di fronte al fatto compiuto. Nel 2017, nell'ambito di due audizioni sullo sviluppo della rete di uffici postali davanti alle commissioni competenti del Consiglio nazionale e del Consiglio degli Stati, l'ACS ha chiesto un coinvolgimento alla pari dei comuni nei confronti della Posta. Sulla scorta dell'esempio del Comune di Evilard/Macolin ha potuto illustrare in modo concreto cosa è andato storto nella procedura di chiusura in passato. Ha esposto la sua posizione anche di fronte al dipartimento competente e due volte di fronte alla gestione strategica e operativa della Posta. Anche diverse organizzazioni cantonali dei comuni si sono attivate. Tutta questa pressione non è stata invano: l'ACS partecipa con due rappresentanti al gruppo di lavoro della Confederazione sulla rete di uffici postali e ha preso atto con soddisfazione che La Posta desidera collaborare più strettamente con i comuni. Quali altri successi ha conseguito l'ACS nel 2017 potete leggerlo a partire da pagina 6.

L'ACS si occuperà di un ampio ventaglio di temi anche nel 2018. Uno di questi è il sostegno alla prima infanzia. Qui si tratta di mettere a punto un sistema di prevenzione e lotta contro la povertà possibilmente efficace a livello comunale. Sulla scorta di uno studio, l'ACS presenta possibili future strategie comunali e regionali, offrendo uno strumento di orientamento. Maggiori informazioni in merito a pagina 15.

L'ACS vi ringrazia per il prezioso appoggio e vi augura un nuovo anno ricco di soddisfazioni.

Hannes Germann  
Präsident/président/presidente



Bild: Kim Rüegg

## Leitfaden «Biodiversität in Gemeinden» herausgegeben

Eine intakte Biodiversität ist von grösstem volkswirtschaftlichem Wert und für unsere Lebensqualität unabdingbar. Gemeinden nehmen bei der Förderung und Erhaltung der Biodiversität eine Schlüssel- und Vorbildrolle ein. Der SGV hat deshalb den Leitfaden «Biodiversität in Gemeinden» herausgegeben. Erarbeitet wurde die Publikation zusammen mit Pusch – Praktischer Umweltschutz. Im Leitfaden mit Praxisbeispielen aus zwölf Gemeinden wird aufgezeigt, welche Faktoren entscheidend sind, damit Biodiversitätsprojekte von Erfolg gekrönt werden. Daneben beinhaltet die Publikation Handlungsanleitungen für Planung und Kommunikation sowie eine umfangreiche Linkliste für weiterführende Informationen.

### E-Paper:

[www.tinyurl.com/leitfaden-biodiversitaet](http://www.tinyurl.com/leitfaden-biodiversitaet)

## Publication du guide «Biodiversité dans les communes»

Une biodiversité intacte a une très grande valeur économique et est essentielle pour notre qualité de vie. Les communes jouent un rôle-clé et exemplaire dans la promotion et la préservation de la biodiversité. C'est pourquoi l'ACS a publié le guide «Biodiversité dans les communes», élaboré en collaboration avec l'organisation Pusch – l'environnement en pratique. Il présente les cas de douze communes qui ont mis en œuvre des mesures efficaces pour promouvoir la biodiversité. Outre ces exemples concrets, le guide fournit une série de recommandations pratiques en matière de planification et de communication ainsi qu'une liste complète de liens d'accès à des informations complémentaires.

### E-paper:

[www.tinyurl.com/guide-biodiversite](http://www.tinyurl.com/guide-biodiversite)

## Publicata la guida «Biodiversità nei comuni»

Una biodiversità intatta è di grandissima importanza economica ed è un fattore imprescindibile per la qualità di vita. Nella promozione e nel mantenimento della biodiversità i comuni svolgono un ruolo chiave e fungono da esempio. Per questo motivo l'ACS e Pusch hanno elaborato insieme la guida «Biodiversità nei comuni». La guida presenta dodici comuni che hanno realizzato con successo varie misure per promuovere la biodiversità. Oltre a questi esempi concreti, la guida contiene varie informazioni pratiche in materia di pianificazione e comunicazione, nonché un lungo elenco di link per maggiori approfondimenti.

### E-paper:

[www.tinyurl.com/guida-biodiversita](http://www.tinyurl.com/guida-biodiversita)

## Poststellen: Mitsprache sichergestellt

Der SGV hat sich in zwei Anhörungen zur Entwicklung des Poststellennetzes bei den zuständigen Kommissionen des National- und Ständerats dafür eingesetzt, dass die Gemeinden auf Augenhöhe einbezogen werden. Zudem hat er mehr Spielraum bei der Erreichbarkeitsregelung verlangt. Die Erreichbarkeitskriterien müssen überprüft werden, die regionalen Gegebenheiten mehr Gewicht erhalten. Auch fordert der SGV, dass Agenturlösungen ein vollständiges Dienstleistungsangebot aufweisen und zu 100 Prozent ausfinanziert sind, insbesondere dort, wo die Agentur in die Gemeindeverwaltung integriert wird. Der SGV konnte seinen Standpunkt im Frühjahr zusätzlich gegenüber dem zuständigen Departement (UVEK) und zweimal gegenüber der strategischen und operativen Führung der Post einbringen. Bundesrätin Doris Leuthard hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die die Diskussionen über den Zugang zur postalischen Grundversorgung begleitet. Der Arbeitsgruppe gehören mit Gustave Muheim, Vizepräsident SGV und Syndic von Belmont-sur-Lausanne, und Reto Lindegger, Direktor SGV, auch zwei Vertreter des SGV an.

## Offices postaux: participation assurée

Lors de deux auditions sur la réorganisation du réseau postal devant les commissions compétentes du Conseil national et du Conseil des Etats, l'ACS s'est engagée pour une prise en compte d'égal à égal des communes. L'ACS a exigé aussi davantage de marge de manœuvre en ce qui concerne la réglementation sur l'accessibilité. Selon elle, les critères d'accessibilité doivent être vérifiés et il faut accorder plus de poids aux spécificités régionales. L'ACS demande également que les agences postales assurent une palette complète de prestations et soient financées à 100% par La Poste, notamment là où elles sont intégrées dans l'administration communale. L'ACS a par ailleurs pu défendre son point de vue ce printemps auprès du département compétent (DETEC) ainsi que deux fois devant la direction stratégique et opérationnelle de La Poste. Un groupe de travail a été créé par la conseillère fédérale Doris Leuthard pour réfléchir au profil du réseau postal et encadrer les débats sur l'accès à ce service universel. Avec Gustave Muheim, vice-président de l'ACS et syndic de Belmont-sur-Lausanne, ainsi qu'avec Reto Lindegger, directeur de l'ACS, le groupe de travail réunit également deux représentants de l'ACS.

## Uffici postali: voce in capitolo assicurata

In occasione di due audizioni sull'evoluzione della rete degli uffici postali, l'ACS si è impegnata presso le commissioni competenti del Consiglio nazionale e del Consiglio degli Stati affinché i comuni vengano coinvolti alla pari. L'Associazione chiede inoltre un maggiore margine di manovra in relazione alla regola della raggiungibilità. I criteri inerenti alla raggiungibilità devono essere verificati e le particolarità regionali maggiormente considerate. Inoltre, l'ACS chiede che le soluzioni che prevedono un'agenzia presentino un'offerta di servizi completa e si finanzino al 100%, in particolare nei casi in cui le agenzie sono integrate nell'Amministrazione comunale. L'ACS ha inoltre avuto modo di presentare i suoi punti di vista al dipartimento competente (DATEC) e due volte nei confronti della direzione strategica e operativa della Posta. La consigliera federale Doris Leuthard ha istituito un gruppo di lavoro che seguirà le discussioni sull'accesso al servizio universale in ambito postale. Al gruppo di lavoro partecipano anche due rappresentanti dell'ACS: Gustave Muheim, vicepresidente dell'ACS e sindaco di Belmont-sur-Lausanne, e Reto Lindegger, direttore dell'ACS.

## Gemeindeklausel in der SV17 erkämpft

Mit Erfolg hat sich der SGV dafür eingesetzt, dass die Steuervorlage 17 (SV17) eine Bestimmung enthält, wonach die Kantone Städte und Gemeinden angemessen berücksichtigen müssen. In der Vernehmlassung hat der SGV dann eine noch griffigere Formulierung der Gemeindeklausel verlangt. Er fordert, dass die Kantone die Auswirkungen der Steuerreform auf die Gemeinden angemessen abgelten müssen. Und er verlangt, dass in der SV17 der Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer wieder auf 21,2 Prozent erhöht wird.

## Obtention de la clause relative aux communes dans le PF17

C'est avec succès que l'ACS s'est investie pour que le projet fiscal 17 (PF17) contienne une disposition stipulant que les cantons doivent tenir dûment compte des villes et des communes. Lors de la consultation, l'ACS a alors réclamé une formulation encore plus efficace de la clause sur les communes. Elle exige que les cantons indemnisent de manière appropriée les conséquences de la réforme de l'imposition sur les communes. Et elle réclame aussi que dans le PF17, la part cantonale à l'impôt fédéral direct soit de nouveau portée à 21,2%.

## PF17: ottenuta la clausola sulla considerazione dei comuni

L'ACS ha lottato con successo affinché il Progetto fiscale 17 (PF17) comprenda una disposizione che impegna i cantoni a tenere adeguatamente in considerazione le città e i comuni. Nella procedura di consultazione l'ACS ha sollecitato una formulazione più esplicita della clausola sulla considerazione dei comuni. Chiede che i cantoni siano tenuti a compensare in modo adeguato gli effetti della riforma fiscale sui comuni. Ed esige che nel PF17 la quota-parte dell'imposta federale diretta versata ai cantoni vada riportata al 21,2 per cento.

## Idee eines Gemeindereferendums auf Bundesebene eingebracht

Mitte September 2017 plädierten Reto Lindegger, Direktor des SGV, und Andreas Müller, Projektleiter Miliz beim SGV, dafür, ein Gemeindereferendum auf Bundesebene einzuführen. Nun wird die Diskussion auf politischer Ebene geführt: Nationalrat Stefan Müller-Altermatt hat eine parlamentarische Initiative eingereicht. Mit dem Gemeindereferendum würde die Bundesverfassung auf sinnvolle Weise ergänzt. Kommunale Organe hätten bei einer Bundesvorlage, durch die die Gemeinden ihre Gestaltungsfreiheit bedroht sähen, eine (abwehrende) Einflussmöglichkeit. Das Stimmvolk könnte entscheiden, ob es dem Erlass des Bundesparlaments zustimmt oder ob es den Gemeinden recht gibt.

### Informationen:

[www.tinyurl.com/gemeindereferendum](http://www.tinyurl.com/gemeindereferendum)

## Lancement de l'idée d'un référendum des communes au niveau fédéral

Mi-septembre 2017, Reto Lindegger, directeur de l'ACS, et Andreas Müller, responsable du projet milice auprès de l'ACS, plaidaient en faveur de l'introduction du référendum des communes au niveau fédéral. Au cours de la session d'automne 2017, le conseiller national Stefan Müller-Altermatt a déposé l'initiative parlementaire «Référendum des communes». Du fait du référendum des communes, la Constitution fédérale serait complétée de manière judicieuse: les organes communaux disposeraient ainsi, lors d'un projet fédéral susceptible de menacer leur autonomie, d'une influence (défensive). Le souverain pourrait décider s'il accepte l'acte du Parlement ou s'il donne raison aux communes.

### Informations:

[www.tinyurl.com/referendum-communal](http://www.tinyurl.com/referendum-communal)

## Promossa l'idea di un referendum dei comuni a livello federale

A metà settembre 2017, Reto Lindegger, direttore dell'ACS, e Andreas Müller, responsabile del progetto Milizia presso l'ACS, hanno chiesto l'introduzione di un referendum dei comuni a livello federale. Nella sessione autunnale 2017, il consigliere nazionale Stefan Müller-Altermatt ha presentato l'iniziativa parlamentare «Referendum dei comuni a livello federale». Con il referendum dei comuni, la Costituzione federale otterrebbe un'integrazione sensata: gli organi comunali avrebbero la possibilità di esercitare un'influenza a difesa della propria libertà di organizzazione nel caso in cui dovessero vederla minacciata da un progetto federale. Gli elettori potrebbero decidere se approvare l'atto del Parlamento federale o se dare ragione ai comuni.

### Informazioni:

[www.tinyurl.com/referendum-dei-comuni](http://www.tinyurl.com/referendum-dei-comuni)

## Tripartite Erarbeitung des Nationalen Aktionsplans gegen Extremismus

Unter der Leitung des Delegierten des Sicherheitsverbands Schweiz haben Bund, Kantone, Städte und Gemeinden gemeinsam den Nationalen Aktionsplan zur Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus erarbeitet. Die Präsidien der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren, der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren, der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren sowie des SGV und des Schweizerischen Städteverbands haben den Aktionsplan im November 2017 einstimmig verabschiedet. Der Aktionsplan enthält 26 Massnahmen, die auf vielen bereits bestehenden Bemühungen aufbauen. Er orientiert sich am Grundgedanken, dass eine institutionalisierte interdisziplinäre Zusammenarbeit das wichtigste Element für eine wirkungsvolle Prävention ist.

## Elaboration tripartite du Plan d'action national de lutte contre l'extrémisme

Sous la houlette du délégué du Réseau national de sécurité, la Confédération, les cantons, les villes et les communes ont élaboré conjointement le plan d'action national de lutte contre la radicalisation et l'extrémisme violent. Celui-ci a été adopté à l'unanimité en novembre 2017 par les présidences de la Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et de police, de la Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique, de la Conférence des directrices et directeurs cantonaux des affaires sociales ainsi que par l'ACS et l'Union des villes suisses. Ce plan d'action contient 26 mesures qui s'appuient sur de nombreux efforts déjà existants. Il s'oriente sur l'idée de base qu'une collaboration interdisciplinaire institutionnalisée est l'élément le plus important d'une prévention efficace.

## Elaborazione tripartita del piano d'azione nazionale per combattere l'estremismo

Sotto la direzione del Delegato della Rete integrata Svizzera per la sicurezza, Confederazione, cantoni, città e comuni hanno elaborato di comune intesa il Piano d'azione nazionale per prevenire e combattere la radicalizzazione e l'estremismo violento. Nel mese di novembre 2017 i presidenti della Conferenza delle direttrici e dei direttori dei dipartimenti cantonali di giustizia e polizia, della Conferenza svizzera dei direttori cantonali della pubblica educazione, della Conferenza delle direttrici e dei direttori cantonali delle opere sociali nonché dell'ACS e dell'Unione delle città svizzere hanno adottato il piano d'azione all'unanimità. Il piano d'azione contiene 26 misure che poggiano sui numerosi sforzi già in atto. Si basa sul principio fondamentale secondo cui la collaborazione interdisciplinare istituzionalizzata è l'elemento portante di una prevenzione efficace.



Bild: Patrick Lüthy

## GV mit Bundesrat Alain Berset, spannenden Referaten und Preisverleihung

Bundesrätlicher Besuch, Referate zur Alters- und Gesundheitspolitik und die Verleihung des Preises «Gesunde Gemeinde/Gesunde Stadt 2017» an Kriens, Lancy sowie Schaffhausen: Die 64. Generalversammlung des SGV, die im Rahmen der Fachmesse Suisse Public in Bern stattfand, bot nebst den statutarischen Geschäften ein abwechslungsreiches und spannendes Programm. Bundesrat Alain Berset bezeichnete die Gemeinden an der Generalversammlung als die «wichtigsten staatlichen Bezugspunkte der Bürgerinnen und Bürger». Die Schweiz könne nur funktionieren, wenn die verschiedenen staatlichen Ebenen in einem engen und vertrauensvollen Dialog miteinander stünden.

**Informationen:**  
[www.tinyurl.com/gv-sgv-2017](http://www.tinyurl.com/gv-sgv-2017)

## AG avec le conseiller fédéral Alain Berset, exposés et remise de prix

Visite d'un conseiller fédéral, exposés sur la politique de la vieillesse et de la santé et attribution du prix «Commune en santé» resp. «Ville en santé» à Kriens, Lancy et Schaffhouse: la 64<sup>e</sup> Assemblée générale de l'ACS qui a eu lieu dans le cadre de l'exposition professionnelle Suisse Public à Berne a proposé, outre les affaires statutaires, un programme aussi varié qu'attrayant. Lors de l'assemblée générale, le conseiller fédéral Alain Berset a décrit les communes comme les «principaux interlocuteurs de l'Etat pour les citoyens». Selon lui, la Suisse ne peut fonctionner que si les différents niveaux de l'Etat instaurent un dialogue intense et basé sur la confiance.

**Informations:**  
[www.tinyurl.com/ag-ac-17](http://www.tinyurl.com/ag-ac-17)

## AG con il consigliere federale Alain Berset, relazioni e conferimento di premi

Visita di un consigliere federale, relazioni sulla politica della vecchiaia e della salute e conferimento del premio «Comune sano/Città sana 2017» a Kriens, Lancy e Sciaffusa: la 64<sup>a</sup> Assemblea generale dell'ACS, svoltasi a Berna nell'ambito dell'esposizione specialistica Suisse Public, ha offerto, oltre alle questioni statutarie, un programma interessante e variegato. In occasione dell'Assemblea generale, il consigliere federale Alain Berset ha definito i comuni «gli interlocutori statali più importanti dei cittadini». Per la Svizzera, così Berset, è fondamentale che i diversi livelli istituzionali collaborino strettamente e senza riserve.

**Informationen:**  
[www.tinyurl.com/ag-ac-2017](http://www.tinyurl.com/ag-ac-2017)



Bild: Daniel Spehr

## carvelo2go: Angebot für Gemeinden lanciert

Zusammen mit dem SGV hat die Mobilitätsakademie Anfang 2017 das Angebot «carvelo2go für Gemeinden» ins Leben gerufen. Die eCargo-Bikes als neue Mobilitätsform ergänzen die bisherigen Mobilitätspakete und haben nicht nur in der Stadt, sondern auch in kleineren Gemeinden viel Potenzial: Sie kennen keine Stau- oder Parkplatzprobleme, sind effizient und halten fit. Ausserdem sind sie in vielen Fällen eine clevere Alternative zum Auto.

**Informationen:**  
[www.tinyurl.com/carvelo2go](http://www.tinyurl.com/carvelo2go)

## carvelo2go: lancement d'une offre pour les communes

En collaboration avec l'ACS, l'Académie de la mobilité a lancé début 2017 l'offre «carvelo2go pour les communes». Proposant une nouvelle forme de mobilité, les vélos-cargos électriques complètent idéalement les programmes de mobilité actuels. Ils ont un énorme potentiel, non seulement dans les villes, mais aussi dans des plus petites communes: leurs utilisateurs ignorent les problèmes de bouchons ou de parcage. Efficaces et bons pour la santé, ces engins offrent très souvent une alternative judicieuse par rapport à la voiture.

**Informations:**  
[www.tinyurl.com/carvelo2go-fr](http://www.tinyurl.com/carvelo2go-fr)

## carvelo2go: lanciata un'offerta per i comuni

In collaborazione con l'ACS, all'inizio del 2017 l'Accademia della mobilità ha lanciato l'offerta «carvelo2go per i comuni». Proponendo una nuova forma di mobilità, le bici cargo elettriche completano idealmente gli attuali programmi di mobilità. Questi mezzi hanno un enorme potenziale, non soltanto nelle città, ma anche nei comuni più piccoli: i loro utenti ignorano i problemi delle code o di posteggio. Efficienti e salutari, queste bici offrono sovente un'alternativa intelligente rispetto alla vettura.

**Informazioni:**  
[www.tinyurl.com/carvelo2go-it](http://www.tinyurl.com/carvelo2go-it)

## Medizinische Grundversorgung: neue Modelle gefordert

Immer mehr Menschen in der Schweiz werden immer älter. Die Nachfrage nach ärztlichen und pflegerischen Leistungen wird in den nächsten 20 Jahren markant zunehmen. Um die vielfältigen Herausforderungen in der medizinischen Gesundheitsversorgung bewältigen zu können, sind eine verbesserte Zusammenarbeit und neue Modelle nötig. Zusammen mit fünf weiteren Organisationen hat der SGV die Politik mittels Resolution aufgefordert, die notwendigen Rahmenbedingungen für neue Modelle der Gesundheitsversorgung zu schaffen und alle finanziellen Fehlanreize zu beseitigen, die die Bildung von integrierten Modellen hemmen. Die Resolution wurde Bundesrat Alain Berset am Forum Medizinische Grundversorgung übergeben.

## Leitfaden «Werterhalt von Strassen» aktualisiert

Die Kommunalverbände haben unter der Leitung des SGV und der Organisation Kommunale Infrastruktur den Leitfaden «Werterhalt von Strassen» neu herausgegeben. Der Leitfaden hilft Gemeinden bei der Erarbeitung und Überprüfung der Strategie für den Werterhalt des Strassennetzes. Die Empfehlungen und die Beispiele sind so gehalten, dass sie für alle Gemeindegrößen passen.

**Informationen:**  
[www.tinyurl.com/werterhalt-strassen](http://www.tinyurl.com/werterhalt-strassen)

## Soins de santé de base: demande de nouveaux modèles

La population suisse compte de plus en plus de personnes âgées. Par conséquent, la demande pour des prestations médicales et de soins va augmenter de manière significative au cours des 20 prochaines années. Afin de répondre aux défis variés posés par les soins médicaux de base, il faut une meilleure collaboration et de nouveaux modèles. En liaison avec cinq autres organisations, l'ACS a incité les responsables politiques, par le biais d'une résolution, à créer les conditions-cadres nécessaires pour de nouveaux modèles de soins de santé et à éliminer toutes les incitations financières inopportunes qui entravent la mise en place de modèles intégrés. La résolution a été remise au conseiller fédéral Alain Berset lors du Forum Soins médicaux de base.

## Actualisation du guide «Maintien de la valeur des routes»

Sous l'égide de l'Organisation Infrastructures communales et de l'ACS, les associations communales ont publié une nouvelle mouture du guide «Maintien de la valeur des routes». Le guide aide les communes lors de l'élaboration et de l'examen de la stratégie pour le maintien de la valeur du réseau routier. Les recommandations et les exemples sont conçus de manière à s'adapter à tous les types de commune.

**Informations:**  
[www.tinyurl.com/maintien-valeur-routes](http://www.tinyurl.com/maintien-valeur-routes)

## Cure mediche di base: si chiedono nuovi modelli

Sempre più persone in Svizzera diventano sempre più anziane. Nei prossimi 20 anni la domanda di prestazioni mediche e di cura aumenterà sensibilmente. Per far fronte alle numerose sfide nella medicina di base sono necessari una migliore collaborazione e nuovi modelli. In collaborazione con cinque altre organizzazioni, mediante risoluzione l'ACS ha chiesto alla politica di creare le condizioni quadro necessarie per nuovi modelli di assistenza sanitaria e di eliminare tutti i disincentivi finanziari che prevengono la creazione di modelli integrati. La risoluzione è stata presentata al consigliere federale Alain Berset al Forum per la medicina di base.

## Aggiornata la guida «Mantenimento del valore delle strade»

Con la supervisione dell'Organizzazione infrastrutture comunali (OIC) e dell'ACS, le associazioni comunali hanno recentemente ripubblicato le linee guida «Mantenimento del valore delle strade». Le linee guida aiutano i comuni nell'elaborazione e nella verifica delle strategie tese al mantenimento del valore delle reti stradali. Le raccomandazioni e gli esempi sono tali da adattarsi ai comuni di ogni dimensione.

**Informazioni** (in tedesco e francese):  
[www.tinyurl.com/werterhalt-strassen](http://www.tinyurl.com/werterhalt-strassen)  
[www.tinyurl.com/maintien-valeur-routes](http://www.tinyurl.com/maintien-valeur-routes)

## In comune: Partizipation in Gemeinden gefördert

Mit verschiedenen Gemeinden ist das SGV-Projektteam von «in comune» 2017 das Thema Partizipation direkt angegangen und hat Projekte entwickelt. So wurden in Bühler (AR) neue Wege gefunden, um mit den Vereinen in einen Dialog zu treten, ein Jugendtreff in Zusammenarbeit mit Jugendlichen umgebaut und ein Vernetzungshöck für Pensionierte organisiert. In Bussigny (VD) ist ein Austausch mit den Bewohnern des südlichen Ortsteils, eines Quartiers mit einem hohen Anteil an Migrationsbevölkerung, im Gang. Das Ziel ist es, das Quartier gemeinsam aufzuwerten. Auf der Website [in-comune.ch](http://in-comune.ch) finden Interessierte laufend neue, inspirierende Projekte aus der ganzen Schweiz.

**Informationen:**  
[www.in-comune.ch](http://www.in-comune.ch)

## In comune: participation réclamée dans les communes

Au cours de 2017, l'équipe en charge du projet «in comune» de l'ACS a abordé directement différentes communes et développé des projets. C'est ainsi que l'on a trouvé à Bühler (AR) de nouveaux moyens pour entamer un dialogue avec des associations, transformer une réunion de jeunes en collaboration avec des adolescents et organisé une réunion conviviale pour retraités. A Bussigny (VD), un échange avec des habitants de la partie sud de la localité, un quartier à forte densité de population migrante, est en cours. L'objectif consiste à revaloriser ensemble le quartier. Les intéressés trouveront sur le site internet [in-comune.ch](http://in-comune.ch) de nouveaux projets inspirants en provenance de toute la Suisse.

**Informations:**  
[www.in-comune.ch/in-comune-fr/](http://www.in-comune.ch/in-comune-fr/)

## In comune: necessaria una gestione partecipativa nei comuni

Negli ultimi dodici mesi, il team dell'ACS di «in comune» ha affrontato con numerosi comuni il tema dell'approccio partecipativo e sviluppato vari progetti. A Bühler (AR), ad esempio, è stato possibile trovare nuove soluzioni per instaurare un dialogo con le associazioni, ristrutturare un centro giovani con i giovani e organizzare un punto d'incontro per i pensionati. A Bussigny (VD) è in corso un dialogo con gli abitanti della zona sud del paese, caratterizzata da un'alta quota di popolazione migrante, con l'obiettivo di valorizzare insieme il quartiere. Sul sito [in-comune.ch](http://in-comune.ch) (in tedesco e francese) vengono regolarmente presentati nuovi stimolanti progetti provenienti da tutta la Svizzera.

**Informazioni** (in tedesco e francese):  
[www.in-comune.ch](http://www.in-comune.ch)

## Website zum Milizsystem erstellt

Der SGV setzt sich für die Stärkung des Milizsystems ein. Insbesondere die Jungen sollen motiviert werden, sich in den Gemeindeexekutiven zu engagieren. In Zusammenarbeit mit Economiesuisse und der «Gruppe junger Gemeinderäte Oberaargau» hat der SGV die Informationsplattform [milizsystem.ch](http://milizsystem.ch) realisiert. Sie beinhaltet u.a. Erfahrungsberichte, Best-Practice-Beispiele und Videostatements. Damit sollen sowohl Politikerinnen und Politiker als auch Unternehmen angesprochen werden. Die Erhaltung und Weiterentwicklung des Milizsystems hat für den SGV oberste Priorität. Für 2019 plant er deshalb das «Jahr der Milizarbeit».

**Informationen:**  
[www.milizsystem.ch](http://www.milizsystem.ch)

## Création d'un site web sur le système de milice

L'ACS se mobilise en faveur du renforcement du système de milice. Elle entend notamment motiver les jeunes à s'engager dans les exécutifs communaux. En collaboration avec Economiesuisse et le «Groupe des jeunes conseillers communaux de Haute-Argovie», l'ACS a mis sur pied la plateforme d'information [milizsystem.ch](http://milizsystem.ch) (en allemand). Celle-ci contient des témoignages, des exemples de bonne pratique et des messages vidéo. Il s'agit ainsi d'interpeller les politiciens et les politiciennes ainsi que les entreprises. La préservation du système de milice a une priorité absolue pour l'ACS. Pour 2019, l'ACS planifie donc l'«Année du travail de milice».

**Informations** (en allemand):  
[www.milizsystem.ch](http://www.milizsystem.ch)

## Creato un sito web sul sistema di milizia

L'ACS si impegna in favore del rafforzamento del sistema di milizia. Occorre soprattutto motivare i giovani a impegnarsi negli esecutivi comunali. In collaborazione con Economiesuisse e il «Gruppo junger Gemeinderäte Oberaargau», l'ACS ha realizzato la piattaforma informativa [milizsystem.ch](http://milizsystem.ch) (in tedesco), contenente tra l'altro resoconti di esperienze, esempi di best practice e dichiarazioni video. Con questo si intende interpellare politiche e politici, ma anche le aziende. Per l'ACS, il mantenimento del sistema di milizia riveste la massima priorità, ed essa ne rafforza la sopravvivenza e l'ulteriore sviluppo mediante misure mirate. Per il 2019, perciò, l'ACS ha in progetto l'«Anno dell'operato di milizia».

**Informazioni** (in tedesco):  
[www.milizsystem.ch](http://www.milizsystem.ch)



Bild: Stephanie Schulze

## Mit Tagungen den Erfahrungsaustausch gefördert

Der SGV informiert an Fachtagungen über Best-Practice-Beispiele, damit Gemeinden gegenseitig vom vorhandenen Fachwissen und von Erfahrungen profitieren können. Im Jahr 2017 führte er zusammen mit benevol Schweiz eine Veranstaltung zur Förderung der Freiwilligenarbeit in den Gemeinden durch. Zudem war der SGV Patronatspartner verschiedener Tagungen – u.a. zu den Themen E-Government, Altersheime und Arbeitszonen im ländlichen Raum – und ermöglichte seinen Mitgliedern damit eine Teilnahme zu günstigen Konditionen.

## Réunions destinées à encourager les échanges d'expériences

Lors de colloques, l'ACS diffuse des informations sur des exemples de bonnes pratiques afin que les communes puissent profiter mutuellement de leurs expériences et de leurs connaissances spécialisées. En 2017, en liaison avec benevol Suisse, elle a organisé une manifestation destinée à promouvoir le travail bénévole dans les communes. En outre, l'ACS a été partenaire de patronage de diverses réunions portant notamment sur la cyberadministration, les homes pour personnes âgées et les zones de travail dans les zones rurales, et a permis ainsi à ses membres de participer à des conditions avantageuses.

## Promosso lo scambio di esperienze tramite convegni

Nell'ambito di convegni specialistici l'ACS fornisce informazioni su esempi di buona pratica, consentendo così ai comuni di beneficiare reciprocamente delle conoscenze ed esperienze acquisite. Nel 2017 ha condotto in collaborazione con benevol Svizzera un incontro sulla promozione del volontariato nei comuni. L'ACS è stata inoltre partner patrocinatrice di diverse conferenze – su temi quali e-government, case di riposo e zone di attività nello spazio rurale – consentendo così ai propri membri di parteciparvi a condizioni vantaggiose.

# Il portale del lavoro della mano pubblica

Dal 1° gennaio 2018 i candidati trovano il loro nuovo impiego nel settore pubblico sul portale [karriereschweiz.ch](http://karriereschweiz.ch).

[karriereschweiz.ch](http://karriereschweiz.ch) offre a città, comuni e cantoni, nonché alle aziende e organizzazioni pubbliche una piattaforma moderna e proiettata al futuro per i loro posti di lavoro vacanti. È stata realizzata da Monster Worldwide Switzerland SA in collaborazione con l'Associazione dei Comuni Svizzeri (ACS). Il nuovo portale raggruppa le offerte d'impiego e, tramite servizi innovativi, mette in contatto tra di loro candidati, aziende e organizzazioni in tutta la Svizzera. Il portale privo di pubblicità contiene esclusivamente annunci del settore pubblico, in tutte le regioni del paese e aree di attività, per esordienti e per chi ha già esperienza. Nell'intervista, Peter Zabel, responsabile delle vendite di [karriereschweiz.ch](http://karriereschweiz.ch) e Monster in Svizzera, spiega come è cambiato il reclutamento di personale e come ciò ha influenzato l'impostazione di [karriereschweiz.ch](http://karriereschweiz.ch).

**Comune Svizzero: I comuni constatano grandi trasformazioni nel ramo del reclutamento di personale. Quali sono per lei le modifiche principali?**

**Peter Zabel:** Da numerosi studi e dai colloqui con imprese, organizzazioni e naturalmente anche con i candidati emergono tre grandi tendenze: prima di tutto, i candidati cercano il prossimo impiego in modo diverso dal passato, per cui i datori di lavoro, oltre a servirsi dei canali tradizionali, intraprendono per il reclutamento anche altre strade. In secondo luogo, oggi si cerca un posto di lavoro via smartphone, il che significa che le offerte d'impiego vanno ottimizzate per questi terminali mobili. In terzo luogo, i candidati sono diventati più esigenti e vogliono poter capire in un attimo quale datore di lavoro fa per loro: qui sono importanti concetti quali employer branding, reputazione di un'impresa quale datore di lavoro e competitività nell'acquisizione dei migliori talenti.

**In che misura avete tenuto conto di questi temi nella creazione del nuovo sito [karriereschweiz.ch](http://karriereschweiz.ch)?**

È vero che l'offerta è nuova, ma è anche vero che poggia su decenni di espe-

rienza nel settore pubblico. Succedendo a [publicjobs.ch](http://publicjobs.ch), il sito vi apporta già oggi contatti qualificati verso più di 13000 candidati registrati. Sul piano tecnologico, [karriereschweiz.ch](http://karriereschweiz.ch) poggia sull'innovativa piattaforma [monster.ch](http://monster.ch), il che significa ad esempio che ogni annuncio è automaticamente ottimizzato per terminali mobili. Le offerte d'impiego sono quindi ben leggibili sullo smartphone in qualsiasi momento e la prima impressione funziona. [karriereschweiz.ch](http://karriereschweiz.ch) utilizza amplificatori di campo e abbonamenti alle job mail per convogliare gli annunci direttamente ai candidati. Inoltre, l'offerta di curare l'impostazione grafica degli annunci consente un'integrazione praticamente perfetta dell'employer branding nell'annuncio.

**Perché avete scelto questo momento per il lancio della nuova piattaforma?**

Per molte persone il passaggio al nuovo anno significa anche un passaggio a un nuovo posto di lavoro. Gennaio ci sembra pertanto il mese ideale per presentare la nostra nuova offerta per impieghi nel settore pubblico. In quanto veterani nel campo delle borse degli impieghi in Svizzera, sappiamo che i candidati cercano più spesso una nuova sfida proprio all'inizio dell'anno. Il settore pubblico è in crescita e diventa sempre più attraente per i candidati, anche per i cosiddetti millennial e young professional. Per questo motivo abbiamo creato una nuova offerta priva di pubblicità che consente ai datori di lavoro e ai talenti di trovarsi in modo facile e comodo. Un comune forte ha infatti bisogno di collaboratori qualificati e motivati.

*Intervista: Philippe Blatter*

**Ulteriori informazioni:**  
[www.karriereschweiz.ch](http://www.karriereschweiz.ch)

## Esame di «Specialista in amministrazione pubblica»

L'Associazione Organizzazione svizzera d'esame formazione professionale superiore in amministrazione pubblica (FPS ap) organizza dal 18 al 20 giugno 2018, per la prima volta in tutta la Svizzera e presso sedi decentralizzate scelte in funzione delle regioni linguistiche, l'esame federale di professione «Specialista in amministrazione pubblica». L'ACS è membro fondatore dell'associazione FPS ap. pb

**Ulteriori informazioni:**  
[www.hbboev.ch](http://www.hbboev.ch)

## Nuova responsabile di progetti



Anna Panzeri (foto) è entrata in servizio presso la sede operativa dell'ACS all'inizio di dicembre. Anna Panzeri, ticinese di nascita, è responsabile del progetto «in comune» e del settore eventi e manifestazioni. Ha conseguito un master in scienze politiche presso l'Università di Zurigo e ha lavorato per il think tank Avenir Suisse. I suoi hobby sono viaggi, gastronomia e lettura. L'équipe della sede operativa dell'ACS le dà il benvenuto, felice di averla a bordo. pb

# Elementi di rete del sostegno alla prima infanzia

I comuni svolgono un ruolo centrale nel sostegno alla prima infanzia. Grazie a uno studio, l'ACS illustra le possibili vie per future strategie comunali e regionali e propone un sussidio orientativo.



*Crescere serenamente e in salute facilita il passaggio alla scuola elementare e prepara la strada per un'istruzione equa. Per l'Associazione dei Comuni Svizzeri il sostegno alla prima infanzia è un tema di importanza prioritaria.*

*Foto: Familienzentrum am Park*

Nel corso degli ultimi anni, il sostegno alla prima infanzia e quello ai genitori con figli in età prescolastica hanno acquistato importanza crescente e sono diventati un tema centrale, in particolare per quanto concerne la prevenzione e la lotta contro la povertà. Obiettivo del sostegno alla prima infanzia è il promozione delle competenze linguistiche e sociali e della salute di tutti i bambini, dalla nascita all'accesso alla scuola, e il contemporaneo coinvolgimento dei loro genitori in questo processo evolutivo quali partner equivalenti. A beneficiarne sono soprattutto i bambini e le rispettive

famiglie con situazioni famigliari difficili e i figli di famiglie di migranti e profughi con conoscenze insufficienti delle lingue locali. Questo permette di facilitare a tutti i bambini l'accesso alla scolarizzazione e di spianare loro la strada verso una formazione con pari opportunità.

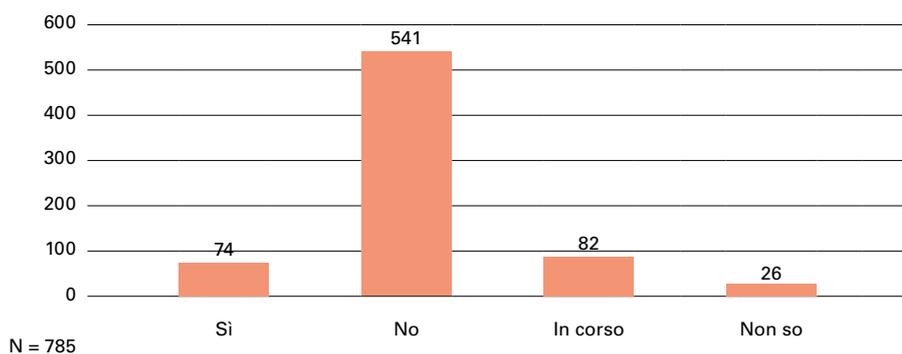
### **Sostegno alla prima infanzia, colonna portante di una politica educativa**

Per l'Associazione dei Comuni Svizzeri (ACS), il sostegno alla prima infanzia è un tema di particolare importanza. Essa lo ritiene la colonna portante strategica di una politica educativa, sociale e della

salute unitaria e comprensiva, in particolare in connessione all'efficacia e alla continuità della prevenzione e della lotta contro la povertà a livello comunale. Infatti, la povertà sta di casa nelle città, nei comuni e nei quartieri.

Nella sua veste di partner del Programma nazionale di prevenzione e di lotta alla povertà in Svizzera, l'ACS ha perciò avviato e implementato il progetto «I comuni come piattaforme strategiche ed elementi di rete nel campo del sostegno precoce», i cui obiettivi sono una maggiore sensibilizzazione dei comuni sul tema del sostegno alla prima

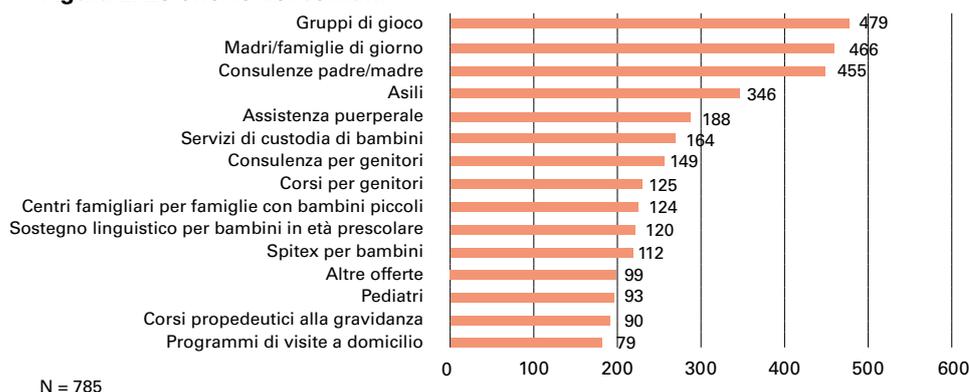
**Figura 1: Gestione delle offerte mediante un programma o una strategia comunale**



Solo 74 dei 785 comuni aderenti dispongono di un programma proprio o di una strategia comunale. 82 li stanno invece pianificando.

Grafico: Martina Rieben, fonte: Meier Magistretti C. & Schraner M. (2017): Frühe Förderung in kleineren und mittleren Gemeinden. Die Gemeinden als strategische Plattform und Netzwerker der Frühen Förderung: Situationsanalyse und Empfehlungen

**Figura 2: Le offerte dei comuni**



Nei comuni piccoli e medi, l'ampiezza dell'offerta di attrezzature a complemento e sostegno delle famiglie è diversa.

Grafico: Martina Rieben, fonte: Meier Magistretti C. & Schraner M. (2017): Frühe Förderung in kleineren und mittleren Gemeinden. Die Gemeinden als strategische Plattform und Netzwerker der Frühen Förderung: Situationsanalyse und Empfehlungen

**Figura 3: Le difficoltà nell'attuazione delle offerte**



La sfida maggiore all'implementazione di offerte a sostegno delle famiglie con bambini in età prescolare sembra essere la ridotta dimensione del comune.

Grafico: Martina Rieben, fonte: Meier Magistretti C. & Schraner M. (2017): Frühe Förderung in kleineren und mittleren Gemeinden. Die Gemeinden als strategische Plattform und Netzwerker der Frühen Förderung: Situationsanalyse und Empfehlungen

infanzia, il rilevamento delle conoscenze e delle esperienze in tale ambito in particolare dei comuni più piccoli e medi e, più in generale, il sostegno a questi ultimi a complemento degli strumenti esistenti nello sviluppo e nell'applicazione di strategie, piani di intervento e reti per il sostegno precoce. Il progetto è attuato unitamente all'Ufficio federale delle assicurazioni sociali e in stretta collaborazione con l'Unione delle città svizzere e altri partner.

### I comuni come piattaforme strategiche

Il piano si fonda su tre elementi costitutivi. Il primo comporta un sondaggio online tra i comuni al fine di accertare le strategie e gli schemi da essi approntati e il loro fabbisogno in termini di sostegno. In tal senso, l'ACS ha incaricato la Scuola superiore per le attività sociali di Lucerna (HSLU-SA) dello svolgimento di uno studio\*. La HSLU-SA ha intervistato 2109 comuni fino a 10000 abitanti sul tema del sostegno alla prima infanzia, con domande incentrate tra l'altro sugli orientamenti strategici delle misure di sostegno e promozione per famiglie con bambini in età prescolare, come pure sulla cooperazione e il coordinamento nel campo del sostegno precoce. I comuni che hanno risposto sono 785, corrispondenti a un ritorno pari al 37,2 per cento.

Nell'ambito del secondo elemento è stato allestito un sussidio orientativo\* che offre un'utile panoramica sugli studi, i progetti e altre attività specifiche inerenti al tema del sostegno alla prima infanzia. Essa fornisce a tutti i comuni stimoli pratici e concreti tesi allo sviluppo di una strategia comunale del sostegno precoce, fa conoscere gli strumenti operativi esistenti e utili e illustra esempi di good practice e quindi esperienze già acquisite sulla base di misure già applicate in ambito comunale. Il sussidio orientativo si intende come uno strumento di lavoro pratico per i comuni, teso a sostenerli nei processi pianificatori e decisionali.

Il terzo elemento include sei seminari regionali\* per i comuni in tutte e tre le regioni linguistiche, nel corso dei quali verranno presentati i due studi e degli esempi pratici attuati da comuni e cantoni. Si discuterà inoltre sulle opportunità e le sfide connesse al sostegno alla prima infanzia. Questa rete di incontri verrà messa in atto nella primavera 2018.

Il promovimento dei bambini in età prescolare rientra nell'ambito di responsabilità dei comuni, che negli ultimi anni hanno messo in atto tutta una serie di offerte di assistenza e sostegno. Al

tempo stesso, a livello cantonale sono stati sviluppati programmi e strategie tesi a sostenere gli sforzi dei comuni e a metterli in connessione sia con gli offerenti, sia con altri comuni. Stando a una valutazione sul piano cantonale condotta nel marzo 2017 dall'INFRAS, dieci cantoni dispongono di una propria strategia per il sostegno alla prima infanzia, sei ne stanno elaborando una, mentre altri dieci non hanno alcuna strategia specifica.

### I primi accertamenti dello studio della HSLU-SA

La situazione nei cantoni ha costituito un importante punto di partenza per il sondaggio a livello comunale condotto della HSLU-SA per conto dell'ACS (Meier Magistretti C. & Schraner M. (2017): Frühe Förderung in kleineren und mittleren Gemeinden. Die Gemeinden als strategische Plattform und Netzwerker der Frühen Förderung: Situationsanalyse und Empfehlungen). Dei 785 comuni che vi hanno aderito, 235 hanno affermato di essere a conoscenza delle rispettive strategie cantonali, ma solo 133 comuni vi fanno anche effettivamente ricorso. Dal sondaggio intercomunale della HSLU-SA è emerso che solo 74 dei 785 comuni aderenti dispongono di un proprio programma o di una strategia comunale per il sostegno precoce. D'altro canto, 82 comuni hanno affermato di essere attualmente in procinto di pianificare o elaborare una tale strategia (fig. 1: Gestione delle offerte mediante un programma o una strategia comunale). Si osserva inoltre come l'offerta più diffusa su scala svizzera sia quella dei gruppi di gioco, seguiti da madri/famiglie diurne, consulenze madre/padre e asili diurni (fig. 2). Le conclusioni del sondaggio intercomunale della HSLU-SA mostrano che sono appena 113 comuni che hanno dato vita a un centro di coordinamento o intermediazione destinato al sostegno precoce delle famiglie con bambini in età prescolare, mentre sono più di due terzi quelli che non ne hanno alcuno. «Il problema maggiore nell'implementazione di offerte di sostegno e promovimento di questo segmento della popolazione sembra essere la ridotta dimensione del comune, menzionata 374 volte», scrivono gli autori dello studio della HSLU-SA. Tuttavia sono pure state segnalate l'esiguità delle risorse finanziarie (332 citazioni) e la scarsità di personale (239 citazioni). Citate 945 volte su un totale di 1631 risposte, queste tre difficoltà rappresentano apparentemente le sfide maggiori e indicano ge-

neralmente una carenza di risorse (fig. 3).

Attraverso il suo impegno, l'ACS intende contribuire al miglioramento della collaborazione e del coordinamento tra cantoni e comuni e stimolare questi ultimi a utilizzare maggiormente i programmi e le strategie cantonali come punti di partenza per le proprie riflessioni strategiche nel campo del sostegno alla prima infanzia.

Per i comuni piccoli e medi è perciò determinante riuscire a connettersi su scala regionale e affrontare la pianificazione delle offerte in tale ambito assieme ad altri comuni. L'ACS ha formulato delle raccomandazioni in tal senso.

*Claudia Hametner  
vice direttrice dell'Associazione  
dei Comuni Svizzeri*

### Info:

\* Lo studio completo della HSLU-SA e il sussidio orientativo dell'ACS e dell'UFAS saranno pubblicati in gennaio 2018 in tedesco. La versione francese e quella italiana saranno pubblicate in febbraio 2018.

I seminari proposti per le diverse regioni linguistiche «I comuni come piattaforme strategiche ed elementi di rete nel campo del sostegno precoce: come riuscirci?» sono parte del progetto attuato dell'ACS e dell'UFAS nell'ambito del Programma nazionale di prevenzione e lotta contro la povertà in Svizzera in stretta collaborazione con l'Unione delle città svizzere. La Fondazione svizzera per la salute RADIX è stata incaricata dell'organizzazione e della tenuta dei seminari. I dettagli concernenti le date dei seminari in Ticino seguiranno.

# Il Cantone Ticino sostiene le famiglie

Con asili nidi, centri extrascolastici, scuole dell'infanzia e assegni integrativi il Cantone Ticino e i suoi comuni cercano di dare sostegno agli abitanti più giovani e ai loro genitori.



*Il 75 per cento dei bambini di tre anni in Ticino frequenta la scuola dell'infanzia.*

*Foto: Familienzentrum am Park*

I bambini che vivono in famiglie svantaggiate dal punto di vista socio-economico rischiano maggiormente di essere sfavoriti nel loro sviluppo durante i primi anni di vita. Spesso questi svantaggi si manifestano più tardi sotto forma di minori opportunità di riuscita a scuola, nella formazione e sul mercato del lavoro. Diversi studi dimostrano che i figli di migranti traggono il maggior beneficio dalle offerte formative, assistenziali ed educative nel quadro del sostegno alla prima infanzia. «Cerchiamo di investire in questi primi anni perché così facendo evitiamo maggiori spese sociali più tardi», dice Marco Galli, capo dell'Ufficio del sostegno a enti e attività per le famiglie e i giovani, presso il Dipartimento della sanità e della socialità (DSS). Il sostegno, in generale, va alle famiglie e alla lotta contro la povertà, precisa Galli.

## **Il 75 per cento dei bambini di tre anni in Ticino frequenta la scuola dell'infanzia**

Un'importante colonna portante per il sostegno e l'integrazione dei più piccoli è la scuola dell'infanzia che i comuni ticinesi organizzano per bambini a partire da tre rispettivamente quattro anni, un luogo dove bambini di tutti i ceti sociali si incontrano e dove imparano a socializzare. Il 75 per cento dei bambini di tre anni in Ticino frequenta la scuola dell'infanzia e le maestre sono un'importante figura di riferimento e sostegno soprattutto per chi ha più bisogno.

## **Solo pochi comuni hanno un asilo nido comunale**

Per la fascia di età sotto i tre anni un ruolo fondamentale è svolto dalle strutture di accoglienza extrafamiliare quali i nidi dell'infanzia e le famiglie diurne. Negli ultimi anni sono stati fatti molti sforzi per favorire lo sviluppo di queste strutture. Gli asili nido sono passati da 33 nel 2006 con 737 posti disponibili a 52 nel 2015 con 1583 posti, mentre le famiglie diurne, pur non essendo aumentate, hanno visto crescere il numero di bambini ospitati, dai 798 del 2006 ai 1369 del 2015 come pure le prestazioni erogate. È interessante rilevare che nel Cantone Ticino gli asili nido sono gestiti prevalentemente da privati sovvenzionati dallo Stato. Solo pochi comuni hanno un asilo nido comunale, la città di Lugano gestisce quattro asili nido, Locarno e Mendrisio uno ciascuno.

## **Contributo dal Cantone**

Un focus della politica cantonale sta nel fatto di permettere alle famiglie di conciliare gli impegni familiari con gli impegni lavorativi e formativi affidando i

bambini a nidi dell'infanzia, famiglie diurne o centri extrascolastici. Da inizio settembre 2017 il Cantone dà un contributo che può raggiungere il 20 per cento della retta, alle famiglie beneficiarie della riduzione dei premi per l'assicurazione obbligatoria delle cure medico-sanitarie. Il costo massimo riconosciuto per la retta è di franchi 1200 mensili per una retta a tempo pieno. Fra le misure contro la povertà ci sono gli assegni familiari integrativi e di prima infanzia.

In aggiunta agli assegni per figli di base e di formazione, il Ticino prevede aiuti alle famiglie che non raggiungono con le proprie risorse il minimo vitale. Gli assegni familiari integrativi (AFI) che hanno quale obiettivo la copertura del fabbisogno dei figli minori di 16 anni e gli assegni di prima infanzia (API) che coprono il fabbisogno di tutta la famiglia fino al mese in cui il figlio più piccolo può entrare alla scuola dell'infanzia (tra i tre e i quattro anni).

Di recente il Gran Consiglio ha accolto la proposta di un pacchetto di riforma fiscale e sociale comprendente un nuovo assegno familiare di 3000 franchi alla nascita di un figlio e sussidi per le rette degli asili nido, la cui entrata in vigore è però incerta in quanto è stato lanciato un referendum, che i Verdi e PS sosterranno, poiché la riforma sociale è legata a una riforma fiscale che fra varie misure prevede sgravi fiscali per le aziende e i «super ricchi». «Si sta facendo molto, ma si potrebbe sempre fare di più», rileva Galli. Per il sostegno individuale ai più giovani svantaggiati il Cantone Ticino sta guardando cosa succede nelle grandi città come Ginevra, Losanna oppure Zurigo. «In questo campo loro sono più avanti di noi», dice Galli.

*Gerhard Lob*



Foto: Familienzentrum am Park

# Materiale sul sostegno alla prima infanzia

## BabyGuide – il manuale ufficiale Svizzero per accompagnare i genitori

Più che mai, i genitori stanno affrontando sfide significative e devono filtrare le innumerevoli informazioni su internet. BabyGuide – il manuale ufficiale Svizzero accompagna i genitori con informazioni affidabili di prima mano sulla gravidanza, la nascita e i primi tre anni del bambino. Disponibile gratuitamente su prescrizione in farmacia/drogheria, ha lo scopo di migliorare le competenze e l'auto-responsabilità dei genitori. Questo è in linea con gli obiettivi dei Comuni di promuovere e sostenere la famiglia. Pertanto, raccomandiamo – proprio come le organizzazioni professionali e gli Uffici federali – questo documento di riferimento che informa anche sui

servizi dei Comuni. Attualmente BabyGuide è disponibile solo in tedesco e in francese. I genitori ticinesi possono scegliere la versione che preferiscono.

[www.babyguide.ch](http://www.babyguide.ch)



## conTAKT-infanzia.ch, sostegno precoce ed educazione

conTAKT-infanzia.ch dà la possibilità a chi si occupa dell'insegnamento dell'italiano agli stranieri (italiano come seconda lingua) di integrare nelle lezioni il tema del sostegno precoce e dell'educazione dei figli nella società di oggi. Gli strumenti didattici appositamente sviluppati combinano elementi contenutistici su questi temi con esercizi per l'apprendimento della lingua. Il progetto è inteso a sensibilizzare la popolazione proveniente da un contesto migratorio sui temi del sostegno precoce e dell'educazione. Si prefigge, inoltre, di fornire agli inte-

ressati stimoli a favore di uno stile educativo che consenta ai bambini di integrarsi nel tessuto sociale svizzero negli anni della crescita. Il progetto è condotto in collaborazione con le istituzioni che si occupano di sostegno precoce e di educazione e con le istituzioni responsabili della politica migratoria e dell'integrazione. Il progetto è una realizzazione del Migros per cento culturale. [www.contact.ch](http://www.contact.ch)



**CONTACT-KIND.CH**

# Le portail des emplois du secteur public

Depuis le 1<sup>er</sup> janvier 2018, les candidates et les candidats trouvent leur nouvel emploi dans le secteur public sur la plateforme [www.karriereschweiz.ch](http://www.karriereschweiz.ch).

En liaison avec l'Association des Communes Suisses (ACS), la société Monster Worldwide Switzerland SA propose aux villes, aux communes, aux cantons ainsi qu'aux entreprises et organisations publiques une plateforme à la pointe de la modernité pour présenter leurs postes à pourvoir. Ce nouveau portail [karriereschweiz.ch](http://karriereschweiz.ch) rassemble les offres d'emplois vacants et propose des services innovants pour mettre en relation les candidats, les entreprises et les organisations dans toute la Suisse. Ce portail sans publicités rassemble des annonces relevant exclusivement du secteur public dans toutes les régions du pays et dans tous les domaines d'activité, pour les novices comme pour les chevronnés. Dans l'interview qu'il nous a accordé, Peter Zabel, directeur des ventes de [karriereschweiz.ch](http://karriereschweiz.ch) et de Monster en Suisse, explique en quoi le recrutement du personnel change et quelles répercussions cela a sur la conception de [karriereschweiz.ch](http://karriereschweiz.ch).

**«Commune Suisse»: Les communes constatent une nette évolution dans le domaine du recrutement du personnel. Quelles en sont les principales modifications selon vous?**

**Peter Zabel:** De nombreuses études ainsi que nos entretiens avec les entreprises, les organisations et bien sûr aussi les candidats permettent de dégager trois grandes tendances: premièrement, les candidats d'aujourd'hui recherchent leur prochain emploi différemment, de sorte que les employeurs sont tenus d'explorer de nouvelles voies de recrutement, parallèlement aux canaux traditionnels. Deuxièmement, la recherche d'emplois passe aujourd'hui par les smartphones, ce qui signifie qu'il faut optimiser les offres d'emplois pour ces terminaux mobiles. Troisièmement, les candidats deviennent plus exigeants et veulent voir en un coup d'œil quel employeur pourrait leur convenir – dans ce contexte, on parle volontiers d'image de marque de l'employeur, de «employer branding» et de compétitivité dans la chasse aux meilleurs candidats.

**Dans quelle mesure avez-vous tenu compte de ces sujets sur le nouveau site [karriereschweiz.ch](http://karriereschweiz.ch)?**

L'offre est nouvelle, mais repose sur des dizaines d'années d'expérience dans le secteur public. En prenant la suite de [publicjobs.ch](http://publicjobs.ch), ce site fournit dès aujourd'hui des contacts qualifiés avec plus de 13000 candidats inscrits. Sur le plan technologique, [karriereschweiz.ch](http://karriereschweiz.ch) s'appuie sur la plateforme innovante [Monster.ch](http://Monster.ch), c'est-à-dire par exemple que chaque annonce est automatiquement optimisée pour les terminaux mobiles. Ainsi, les offres d'emplois sont facilement lisibles à tout moment sur un smartphone, et la première impression est bonne. [karriereschweiz.ch](http://karriereschweiz.ch) utilise des répéteurs et des abonnements d'emplois pour livrer directement les annonces aux candidats, et la conception adaptée des annonces permet aussi de transférer telle quelle l'image de marque existante d'un employeur à ses offres d'emplois.

**Pourquoi avez-vous choisi le moment actuel pour lancer cette nouvelle plateforme?**

Beaucoup de travailleuses et de travailleurs profitent de la fin de l'année pour changer également d'emploi. C'est pourquoi nous trouvons que janvier est le mois idéal pour présenter notre nouvelle offre d'emplois dans le secteur public. En tant que pionnier des bourses d'emplois suisses, nous savons que c'est souvent en début d'année que les candidats se mettent en quête d'un nouveau défi. Or, le secteur public est en pleine croissance et devient de plus en plus attrayant pour les candidats, y compris ceux que l'on appelle les «millennials» et les «young professionals». De ce fait, nous avons créé une nouvelle offre sans publicités permettant aux employeurs et aux talents de se trouver mutuellement en toute simplicité et en toute convivialité. Car des communes fortes ont besoin de collaborateurs qualifiés et motivés.

*Interview: Philippe Blatter*

**Plus d'informations:**  
[www.karriereschweiz.ch](http://www.karriereschweiz.ch)

## Examen «spécialiste en administration publique»

L'association «Organisation suisse d'examen formation professionnelle supérieure en administration publique» (FPS ap) organise pour la première fois, du 18 au 20 juin 2018, l'examen professionnel fédéral de spécialiste en administration publique décentralisé dans plusieurs endroits adaptés aux régions linguistiques répartis dans toute la Suisse. L'ACS est membre fondateur de l'Association FPS ap. pb

**Plus d'informations:**  
[www.fpsap.ch](http://www.fpsap.ch)

## Nouvelle responsable de projet



Début décembre, Anna Panzeri (photo) a commencé son travail au secrétariat de l'ACS. La Tessinoise est notamment responsable du projet «in comune» et du domaine des manifestations. Elle est titulaire d'un master en sciences politiques de l'Université de Zurich et a travaillé pour le think tank Avenir Suisse. Ses hobbies sont les voyages, la gastronomie et la lecture. L'équipe du secrétariat de l'ACS souhaite une chaleureuse bienvenue à Anna Panzeri et se réjouit de collaborer avec elle. pb

# Les promotrices de l'Encouragement Précoce

Les communes jouent un rôle stratégique en matière d'Encouragement Précoce. L'ACS montre des pistes sur la base d'une étude et donne un aperçu des prestations grâce à un guide.



L'Encouragement Précoce présente une multitude d'offres pour le soutien et l'accompagnement de familles avec des enfants en âge préscolaire, telles que groupes de jeu/garderies, crèches, familles de jour.

Photo: Familienzentrum am Park

Ces dernières années, l'Encouragement Précoce et le soutien des parents avec des enfants en âge préscolaire ont gagné en actualité et en importance, jusqu'à devenir un enjeu central de la prévention et de la lutte contre la pauvreté.

Pour l'Association des Communes Suisses (ACS), l'Encouragement Précoce est un thème central important et un pilier stratégique d'une politique de formation, sociale et de santé efficace. En particulier lorsqu'il s'agit d'une pré-

vention efficace, durable et de lutte contre la pauvreté au niveau communal. La pauvreté existe dans les villes, les communes et les quartiers. Il n'y a pas de solution brevetée pour lutter contre elle. Cependant, la formation est un moyen décisif. Le plus tôt nous investissons dans la formation et dans le développement linguistique et social des enfants, mieux c'est.

## L'Encouragement Précoce est utile

L'ACS s'y engage parce qu'elle est convaincue que l'Encouragement Précoce «vaut le coup». Durant les premières années de vie, les jalons pour le développement des enfants sont posés. L'Encouragement Précoce présente une multitude d'offres et de mesures pour le soutien et l'accompagnement de familles avec des enfants d'âge préscolaire, telles que groupes de jeu/garderies, crèches, familles de jour.

En particulier, l'Encouragement Précoce améliore les conditions de départ pour une entrée à l'école prometteuse, encourage le développement social et cognitif de l'enfant d'âge préscolaire, contribue à éviter que la pauvreté des parents ne soit transmise aux enfants (et réduit ainsi le danger que les enfants ne se trouvent plus tard eux-mêmes au chômage ou dépendant de l'aide sociale), renforce les enfants dans leur environnement familial, élargit la marge de manœuvre des parents et les soutient dans leur tâche éducative, mène à des économies durables dans le domaine social et de la formation, réduit le risque de dépendance à l'aide sociale et, finalement, donne aux mères la possibilité d'exercer plus tard une activité lucrative, respectivement d'entrer de nouveau dans le marché de travail.

## Santé, langue, environnement

Les offres et les mesures de l'Encouragement Précoce peuvent être attribuées à différents types de champs d'activités. Quatre champs d'activités éprouvés de l'Encouragement Précoce sont les suivants :

- *Le domaine de la santé. Sont à nommer ici des mesures telles que le suivi*

postnatal par l'association Aide et Soins à Domicile (ASD), le pédiatre, le Centre de puériculture et le Service psychologique.

- **L'encouragement linguistique précoce.** L'acquisition des langues a lieu au quotidien. L'encouragement linguistique précoce est effectif quand il a lieu sur différents sites d'apprentissage tels que la famille, des groupes de jeux, la crèche et la famille de jour. Les communes telles que Coire donnent ici le bon exemple: la Ville de Coire recueille annuellement et systématiquement les compétences linguistiques de parents avec des enfants d'âge préscolaire et sensibilise les parents allophones à l'encouragement linguistique précoce.
- **L'aménagement de l'espace de vie, du voisinage et du quartier.** Un autre champ d'activités de l'Encouragement Précoce est l'aménagement du milieu de vie, du voisinage et du quartier. Ici, les communes assument une tâche importante en créant, par exemple, des lieux de rencontre pour familles dans les quartiers, des rues de quartier, des chemins d'école et des aires de jeux sûrs. Moyennant des processus participatifs, les communes aménagent un environnement favorable aux enfants et aux familles.
- **La mise en réseau des acteurs.** Finalement, l'implication et la mise en réseau des différents acteurs et offres de l'Encouragement Précoce sont des éléments centraux. Si les acteurs de l'Encouragement Précoce se connaissent personnellement au sein d'une commune, cela contribue à améliorer manifestement leur collaboration et l'harmonisation des offres entre elles. En outre, il est utile et efficace de créer des services de coordination et de placement correspondants.

### Les communes en tant que plateformes stratégiques

L'ACS, en sa qualité de partenaire du Programme national contre la pauvreté, a initié et fait avancer le projet intitulé «Les communes en tant que plateforme stratégique et réseaux de l'Encouragement Précoce» en 2014. L'objectif est de sensibiliser plus fortement les communes au sujet de l'Encouragement Précoce et, en particulier, de rassembler et de connaître les enseignements et les expériences acquis par les petites et moyennes communes dans ce domaine, de les soutenir en complément aux instruments existants dans le développement et la réalisation de stratégies, de plans d'action et de mise en réseau de l'Encouragement Précoce. Le projet est

réalisé en étroite collaboration avec l'Office fédéral des assurances sociales et d'autres partenaires comme l'Union des villes suisses et les Conférences cantonales CDAS (directeurs des affaires sociales) et CDIP (directeurs de l'instruction publique).

Le projet englobe les trois modules suivants: Le module 1 contient un sondage en ligne des communes pour relever les stratégies et concepts communaux de l'Encouragement Précoce et leur besoin de soutien. Pour ceci, l'ACS a mandaté la Haute école spécialisée de Lucerne – Travail social (HSLU-SA) avec une étude\*. La HSLU-SA a sondé 2109 communes comptant jusqu'à 10 000 habitants au sujet de l'Encouragement Précoce. Les communes ont été interrogées, entre autres, quant à l'orientation stratégique des mesures de soutien et d'encouragement de familles ayant des enfants d'âge préscolaire ainsi que sur la coopération et la coordination dans le domaine de l'Encouragement Précoce. 785 communes ont répondu, ce qui correspond à un retour d'information de 37,2%.

Le module 2 consiste en l'établissement d'un guide pratique d'orientation, respectivement d'une documentation relative aux études professionnelles de base existantes en matière d'Encouragement Précoce pour les communes. Ce guide\*, conçu en collaboration avec l'Office fédéral des assurances sociales (OFAS), veut clarifier le terme d'«Encouragement Précoce», fournir des arguments pour un engagement dans l'Encouragement Précoce, donner des suggestions pour le développement d'une stratégie communale et montrer également le rôle des cantons et leurs stratégies en la matière. Le module 3 comporte six séminaires régionaux et

rencontres de mise en réseau pour les communes\*.

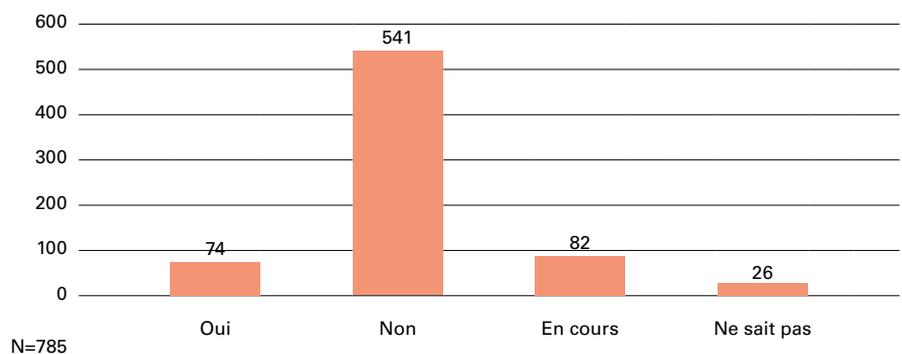
### Les stratégies cantonales

L'encouragement des enfants en âge préscolaire relève de la compétence des communes. Aussi, ces dernières années, un vaste éventail d'offres de prise en charge et de soutien dans ce domaine ont été développées et proposées à l'échelon communal. En parallèle, les cantons ont élaboré des concepts et des stratégies. Selon une étude réalisée par le bureau INFRAS publiée en mars 2017, 10 cantons disposent d'une stratégie en matière d'Encouragement Précoce, six cantons sont en train d'élaborer une telle stratégie, dans les 10 autres cantons, il n'existe pas de stratégie spécifique en matière d'Encouragement Précoce.

### Premier bilan de l'étude de la HSLU-SA

Le sondage de la HSLU-SA auprès des petites et moyennes communes (Meier Magistretti C & Schraner M (2017): Frühe Förderung in kleineren und mittleren Gemeinden. Die Gemeinden als strategische Plattform und Netzwerker der Frühen Förderung: Situationsanalyse und Empfehlungen) montre que 235 communes ayant répondu ont connaissance de la stratégie de leur canton, mais seules 133 communes l'utilisent. En effet, le sondage a révélé les faits suivants: seules 74 communes ont leur propre stratégie en matière d'Encouragement Précoce. 541 n'ont pas de stratégie. Par contre, 82 communes, soit 10,4%, ont des stratégies en cours d'élaboration (graphique 1: Pilotage des offres grâce à un concept/une stratégie propre à la commune). Parmi les offres les plus proposées au niveau suisse fi-

**Graphique 1:**  
Pilotage des offres grâce à un concept/une stratégie propre à la commune



Sur les 785 communes qui ont répondu, seules 74 disposent d'un concept ou d'une stratégie à l'échelle communale. 82 communes sont en train d'en planifier une ou une.

Graphique: Martina Rieben, source: Meier Magistretti C & Schraner M (2017): Frühe Förderung in kleineren und mittleren Gemeinden. Die Gemeinden als strategische Plattform und Netzwerker der Frühen Förderung: Situationsanalyse und Empfehlungen.

gurent les groupes de jeux/garderies, les mères de jour/familles de jour, les conseils pour les mères et les pères et les crèches (graphique 2: Offres proposées dans les communes). En outre, il ressort que seules 113 communes ont mis sur place un service de coordination ou de placement pour le soutien et l'Encouragement Précoce de familles ayant des enfants d'âge préscolaire. Plus de deux tiers des communes n'en ont pas. La mise sur pied et l'extension de la mise en réseau des offres pour le soutien et l'accompagnement des familles ayant des enfants d'âge préscolaire comptent parmi les plus grands défis selon le sondage. D'après les auteurs de l'étude, «le plus grand défi à relever lors de la mise en place d'offres de soutien pour les familles avec des enfants en âge préscolaire semble être la trop petite taille de la commune» (graphique 3: Défis à relever lors de la mise en place des offres). Ce défi est complété par un manque de ressources financières et en personnel. L'ACS tire le bilan suivant: les résultats montrent que le but et l'objet de l'Encouragement Précoce sont encore trop peu au centre d'une politique de formation/sociale et de santé efficace dans les petites et moyennes communes. Ces dernières années, un vaste éventail d'offres de prise en charge et de soutien dans ce domaine ont été développées et proposées à l'échelon communal, mais celles-ci ne sont que partiellement ou pas du tout intégrées dans une stratégie globale. Les résultats du sondage HSLU-SA montrent aussi que les communes sont encore trop peu liées avec des prestataires de services et avec d'autres communes; elles ont aussi trop rarement recours à la stratégie cantonale ou aux compétences de services spécialisés cantonaux.

Les communes assument une tâche centrale en matière d'Encouragement Précoce en encourageant et en finançant des groupes de jeux, des crèches, mais aussi des offres dans le domaine public telles que des places de jeux, des chemins de quartier et scolaires ainsi que des lieux de rencontre pour des familles dans le quartier. Compte tenu des défis de l'intégration linguistique et sociale, les communes sont appelées à y prendre part activement et à inscrire l'Encouragement Précoce dans leur agenda politique. Plus de dix cantons ont déjà une stratégie en matière d'Encouragement Précoce. Les communes devraient inclure les stratégies cantonales comme base/dans leur travail. Avec des plateformes/réseaux, les décideurs politiques ainsi que les prestataires de services et autres acteurs peuvent être incités à par-

ticiper à une stratégie commune coordonnée et orientée sur l'action. Il est utile de créer des services de coordination et de les faire connaître auprès des familles ayant des enfants d'âge préscolaire. Il ne s'agit pas de mettre à disposition de nouvelles infrastructures supplémentaires, mais plutôt de lier les compétences et ressources existantes et de les utiliser. Pour conclure: il est important de se mettre en réseau et d'aborder la planification des structures d'offres avec d'autres communes, pour une meilleure harmonisation des offres adaptées aux besoins. Les communes peuvent et doivent apprendre les unes des autres et se soutenir mutuellement.

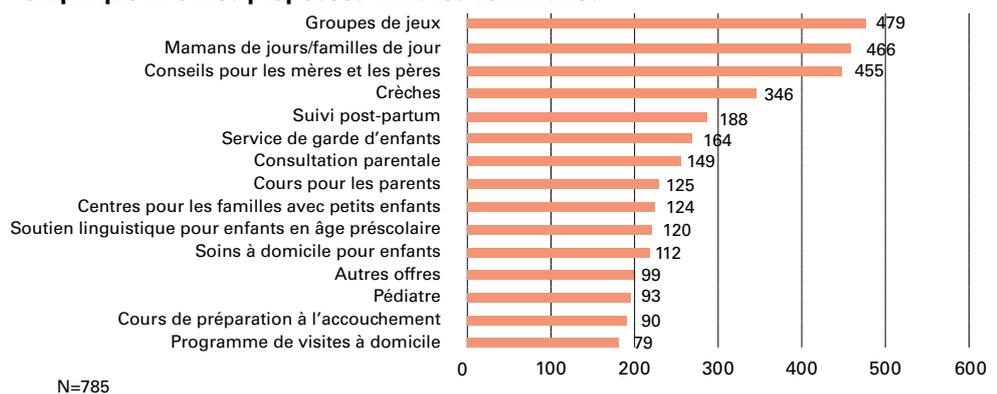
*Claudia Hametner,  
directrice suppléante de  
l'Association des Communes Suisses*

\* L'étude complète de la HSLU-SA ainsi que le guide de l'ACS et de l'OFAS seront publiés en allemand en janvier 2018. Les versions françaises et italiennes suivront en février 2018.

Les séminaires régionaux auront lieu le 8 mars 2018 de 13h30 à 17h00 à Neuchâtel et le 13 mars 2018 de 13h30 à 17h00 à Lausanne. Les séminaires font partie du projet «Les communes en tant que plateforme stratégique et promotrice d'un réseau dans le domaine de l'encouragement précoce». Ce projet est mené par l'ACS et l'OFAS dans le cadre du Programme national de prévention et de lutte contre la pauvreté, en étroite collaboration avec l'Union des villes suisses.

RADIX Fondation suisse pour la santé a été mandatée pour organiser les séminaires.

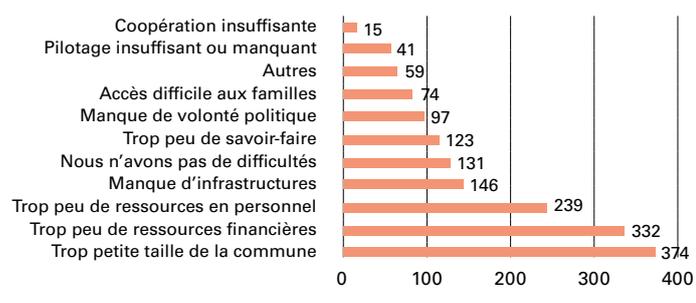
**Graphique 2: Offres proposées dans les communes**



*Dans les communes de petite et de moyenne taille, la palette des offres en matière d'accueil extrafamilial et de soutien aux familles est très différenciée.*

*Graphique: Martina Rieben, source: Meier Magistretti C & Schraner M (2017): Frühe Förderung in kleineren und mittleren Gemeinden. Die Gemeinden als strategische Plattform und Netzwerker der Frühen Förderung: Situationsanalyse und Empfehlungen.*

**Graphique 3: Défis à relever lors de la mise en place des offres**



*Le plus grand défi à relever lors de la mise en place d'offres de soutien pour les familles avec des enfants en âge préscolaire semble être la trop petite taille de la commune.*

*Graphique: Martina Rieben, source: Meier Magistretti C & Schraner M (2017): Frühe Förderung in kleineren und mittleren Gemeinden. Die Gemeinden als strategische Plattform und Netzwerker der Frühen Förderung: Situationsanalyse und Empfehlungen.*



# Des liens vers l'Encouragement Précoce

Photo: Familienzentrum am Park

## «BabyGuide», le manuel officiel suisse pour futurs et jeunes parents

L'idée d'origine provient de l'expérience personnelle d'une jeune journaliste et maman en 1984, qui souhaitait que tous les parents puissent avoir accès à une information complète autour de la grossesse, de la naissance et des premières années de vie de l'enfant. Des recherches intenses et la compilation de nombreuses données auprès des parents et des professionnels ont démontré un vrai besoin pour un guide-conseil fiable. Dix ans plus tard, donc début 1994, cette journaliste présentait son concept d'information à divers groupes scientifiques. C'est ainsi que le projet BabyGuide a été approfondi et développé en Suisse avec des organisations professionnelles, des services cantonaux et fédéraux. En 1996, le premier «BabyGuide» a été diffusé aux futurs et jeunes parents en Suisse romande puis, dès 1997, dans toute la Suisse.

Ce concept unique a permis d'offrir une plateforme d'information venant uniquement de spécialistes de renom, choisis par leurs organisations professionnelles respectives. Plus de 160 auteurs spécialisés partagent leurs connaissances et leur expérience. Un répertoire complet – provenant également de sources officielles – permet aux parents de trouver le bon spécialiste au bon moment pour approfondir l'une ou l'autre question ou simplement pour trouver un gynécologue, un pédiatre, une sage-femme, une conseillère en lactation, une puéricultrice, la maternité, etc. C'est un véritable manuel complet de 336 pages qui accompagne les parents. Il est disponible sur prescription médicale en pharmacie et droguerie.

[www.babyguide.ch](http://www.babyguide.ch)



## conTAKT-enfance.ch, promotion précoce et éducation

conTAKT-enfance.ch offre aux enseignants de langues (notamment allemand comme langue étrangère) la possibilité d'intégrer les questions de «Promotion précoce et éducation des enfants dans notre société moderne» dans leurs cours. Les instruments didactiques spécialement développés à cet effet fournissent un contenu thématique intéressant combiné avec des exercices de langue. Le projet vise à sensibiliser la population issue de la migration au thème de l'aide à la petite enfance et aux questions d'éducation. Il s'agit également de les inciter à évoluer vers un style d'éducation permettant à leurs

enfants de bien s'intégrer et se développer dans leur environnement social suisse. Le projet est développé en collaboration avec des institutions actives dans le domaine de la promotion précoce et de l'éducation des enfants ainsi que dans la politique en matière d'intégration et de migration. Le projet a été conçu et réalisé grâce au Pourcent culturel Migros.

<http://www.contakt.ch>



# CONTACT-KIND.CH

# Soutien à l'encouragement précoce: Vernier et Bagnes

A chaque situation son modèle. Voici deux exemples de Suisse romande: Vernier (GE) avec ses 35 500 habitants et ses plus de 140 langues, Bagnes (VS) avec ses 8 000 habitants, les travailleurs de saison et les touristes.



L'ensemble du personnel a été formé au programme d'encouragement de la parole, même les cuisiniers.

Photo: Ville de Vernier

Vernier se singularise par sa taille – 35 500 habitants – et par son caractère populaire et cosmopolite. Plus de 140 langues, dont quelques idiomes helvètes, sont pratiquées sur son territoire. Ce monde en miniature se côtoie notamment dans huit crèches et jardins d'enfants, une halte garderie pour les besoins ponctuels et un espace d'accueil enfants-parents. Ces structures bénéficient à quelque 800 enfants par année. Et des projets de construction sont en cours dans deux quartiers de la ville. Porté par une volonté politique forte, la commune entend ouvrir la porte à chacun. Les enfants dont les parents travaillent sont prioritaires dans les crèches.

Les jardins d'enfants, qui accueillent des enfants le matin ou l'après-midi, sont considérés comme des lieux de socialisation. «Nous encourageons tout le monde à inscrire son enfant, cela ne coûte rien», plaide Chantal Magnin, responsable adjointe au Service de la petite enfance. «Ce sont des lieux propices à la lutte contre les inégalités», indique Thierry Apothéloz, conseiller administratif en charge de la petite enfance. Une augmentation des difficultés d'apprentissage de la parole a été détectée il y a une petite dizaine d'années par les éducateurs de Vernier. Et pas seulement chez les allophones. Or, les études montrent une très forte corrélation entre

les difficultés d'apprentissage de la parole par les 18 mois à 3 ans, et celles de lecture chez les 8 à 9 ans. Mieux vaut donc agir au plus tôt. Les équipes de Vernier sont parties à la recherche de solutions. Elles ont découvert un programme innovant à Grenoble avant de réaliser que la faculté de psychologie de Genève avait elle aussi développé des outils, qu'elle cherchait à tester. Chantal Magnin: «Le programme «Parle avec moi» suit plusieurs axes. D'abord, les collaborateurs doivent suivre une formation sur les techniques d'acquisition du langage et travailler sur leur posture. Une attitude préconisée consiste à s'adresser davantage individuellement

à chaque enfant. Sinon, dans un groupe ce sont toujours les mêmes qui répondent. Parler aux enfants, c'est le cœur du métier. Par exemple, avec un enfant de 2 ans: on se baisse, on se met à sa hauteur, on le regarde et on lui pose une question ouverte, on attend sa réponse et on valorise ses productions vocales. Les résultats sont particulièrement intéressants! Ensuite, le programme nécessite aussi d'instaurer des ateliers de langage. Comme un atelier de bricolage d'un quart d'heure, mais qui permet, en très petits groupes, d'encourager l'enfant à parler. L'objectif est toujours de renforcer la confiance en soi. Le troisième axe cible les familles. Les études montrent qu'une langue maternelle bien maîtrisée facilite l'acquisition des autres langues.» Vouloir absolument pratiquer un français imparfait à la maison serait donc une fausse bonne idée. Ce programme innovant, soutenu par le Bureau de l'intégration des étrangers, est appliqué à Vernier depuis 2014. Meyrin a commencé à le reprendre, d'autres pourraient suivre.

## Engagement d'un psychologue

Mais il n'y a pas que le langage. En fonction des besoins, les éducateurs sont soutenus par des spécialistes. Comme à Bagnes (lire ci-contre), Vernier, confronté à des services cantonaux suroccupés, s'est assuré les services d'un psychologue à 50%. «Nous ne problématisons pas tout de suite. Le spécialiste commence par donner des conseils aux équipes. Cela peut suffire. Mais toujours, nous nous adressons aux parents pour un travail en partenariat. L'objectif est d'instaurer un dialogue, à comprendre comment cela se passe au domicile. Nous échangeons autant que possible

avec les parents pour mettre en place des interventions utiles au développement de l'enfant ou le cas échéant les orienter vers des spécialistes. Car dans les cas exceptionnels, où il faut faire le deuil de la normalité de l'enfant, la douleur est très importante.»

## Bagnes en Valais ne veut «pas tout institutionnaliser»

La volonté de pouvoir accueillir un maximum d'enfants, et de les entourer d'autant de compétences exige un fort engagement des communes. La commune de Bagnes dans le canton du Valais, qui compte plus de 8000 habitants pour un territoire comparable à celui du canton de Genève (pas moins de 282 km<sup>2</sup>), travaille avec deux crèches, deux unités d'accueil pour écoliers (UAPE) et des crèches-garderies privées. «Nous sommes très satisfaits de l'apport des privés», souligne Stéphane Michellod, chef de service. Elles apportent notamment une offre complémentaire adaptée aux besoins des travailleurs de saison et des touristes. Nous ne voulons certainement pas tout institutionnaliser.»

## Offrir des possibilités à tous les enfants, sans distinction de moyens

A la tête des deux crèches communales, Anne Terrettaz a implémenté l'encouragement précoce il y a déjà longtemps. Elle insiste sur une définition positive: «Cela signifie que nous offrons à chaque enfant, sans distinction de moyens financiers, la possibilité de faire des expériences profitables pour son développement. C'est d'ailleurs une volonté cantonale.»

Elle aborde ensuite l'autre dimension du dispositif. «Notre personnel a suivi des formations, nous sommes des éduca-

trices expérimentées. Nous pouvons détecter, par exemple, un enfant qui progresse moins vite. Nous avons des protocoles, nous plaçons des observations et nous pouvons en parler entre nous à l'occasion de nos colloques d'équipes. Le canton met à notre disposition des moyens, via le Centre pour le développement et la thérapie de l'enfant et de l'adolescent (CDTEA) – surtout des logopédistes et des psychologues. Pour notre part, nous avons trouvé une solution avec une psychologue privée. Avant de faire appel à elle, nous échangeons avec les parents. Selon mon expérience, ils se doutent souvent de quelque chose, et notre intervention déclenche un processus d'acceptation de la différence. Ce protocole est très concret: cette semaine nous rencontrons des parents. Et nous allons obtenir un poste supplémentaire pour offrir à leur enfant un accueil de qualité!»

## Un cahier pour impliquer les parents

Les crèches communales de Bagnes œuvrent aussi pour que les parents soient davantage impliqués. Anne Terrettaz: «Certains enfants, notamment à Verbier, passent huit heures par jour, du lundi au vendredi, chez nous. Même si ils sont très occupés, nous estimons que les parents doivent s'intéresser à l'expérience de vie communautaire de leur(s) enfant(s). Pour leur bien, pas pour le nôtre! Nous avons mis en place un dispositif de petit cahier qui circule entre la crèche et la maison, et dans lequel sont décrites et consignées les activités.»

## Projet de fusion

La structure actuelle permet à Anne Terrettaz de diriger la crèche communale de Verbier et celle de Montagnier, 800 mètres d'altitude plus bas. Mais cette organisation ne va pas pouvoir suivre la croissance attendue. Stéphane Michellod: «Une structure d'accueil est prévue dans le projet de groupe scolaire de Versegères. Et Bagnes et Vollèges (n.d.l.r.: commune voisine de près de 2000 habitants) ont le projet de fusionner. La participation au projet Primokidz 2 des Fondations Jacobs et Roger Federer doit nous permettre de déterminer la structure idéale. C'est un objectif politique: opter pour la structure administrative adaptée à nos besoins, en fonction de l'évolution démographique attendue ces 15 à 20 prochaines années.»

Vincent Borcard



Plus de 140 langues cohabitent dans les rues et les grands ensembles de la ville de Vernier. Chaque année, 800 enfants sont accueillis, et des projets sont en cours. Photo: Vincent Borcard

[www.vernier.ch](http://www.vernier.ch)  
[www.bagnes.ch](http://www.bagnes.ch)

# Zone 30 dans la jurisprudence fédérale et cantonale actuelle

Le bruit routier est de loin la principale source de bruit en Suisse. Comme le montrent les jugements actuels, les tribunaux suisses accordent une grande importance à la protection de la santé des personnes victimes du bruit.

L'Office fédéral de l'environnement (OFEV) estime qu'en Suisse, une personne sur cinq est exposée à un bruit nuisible ou incommodant à son domicile en journée, tandis qu'une personne sur six est concernée la nuit. Cela représente 1,6 million, respectivement 1,4 million de personnes. Le bruit induit des coûts externes considérables et peut notamment entraîner des conséquences durables sur la santé. La population est particulièrement sensible au bruit la nuit.

La loi fédérale sur la protection de l'environnement (LPE), respectivement l'ordonnance sur la protection contre le bruit (OPB), ont fixé des valeurs limites d'immissions relatives au bruit pour la protection de la santé. En dessous de ces valeurs, la population ne doit pas être gênée de manière sensible dans son bien-être, selon l'état de la science et l'expérience (art. 15 LPE). Les valeurs limites d'immissions sont fixées par le Conseil fédéral dans les annexes à l'OPB. La LPE prescrit que les routes existantes dont l'exploitation et l'utilisation entraînent des dépassements des valeurs limites d'immissions déterminantes doivent être assainies de manière à respecter ces valeurs limites. L'assainissement d'une route peut soit s'imposer dans le cadre de la modification notable d'une installation, soit découler de l'échéance d'un délai d'assainissement fixé par le droit fédéral. Comme le délai d'assainissement a été fixé au 31 mars 2018 pour les routes cantonales et les autres routes, il est urgent que les autorités d'exécution agissent afin d'entreprendre les assainissements du bruit routier. Car à partir de cette date, les routes non assainies représentent une situation contraire au droit.

## Mesures à la source

Le problème du bruit routier doit en premier lieu être traité à la source et en deuxième lieu auprès des personnes concernées (fenêtres insonorisées). Entrent en considération en tant que mesures les parois antibruit, les revêtements silencieux et les réductions de la vitesse.

En revanche, les véhicules à moteur, qui sont effectivement à l'origine des émissions, sont seulement compris dans l'ordonnance concernant les exigences techniques requises pour les véhicules routiers, et pas dans l'OPB. Par conséquent, les prescriptions sur les types de véhicules n'entrent pas directement en considération en tant que mesure visant à diminuer les nuisances sonores.

## Zones 30 en ligne de mire

Comme la pose de revêtements silencieux est (encore) rarement choisie en pratique pour des raisons économiques, l'attention en matière d'assainissement du bruit s'est portée sur la réduction de la limitation de la vitesse de 50 km/h à 30 km/h à l'intérieur des localités. Le fait que les zones 30 soient de plus en plus sollicitées est également dû au fait que des programmes de calcul plus précis sont actuellement à disposition. Ces programmes indiquent un potentiel de réduction du bruit bien plus élevé par rapport à la méthode de calcul en vigueur jusqu'ici. Etant donné que le terme «zone 30» est fortement politisé, il empêche de porter un regard impartial sur cette mesure. Un choix de la jurisprudence cantonale et fédérale actuelle peut contribuer à clarifier cette notion.

## Arrêts du Tribunal fédéral

L'arrêt souvent cité du Tribunal fédéral rendu le 3 février 2016 (1C\_589/2014 = DEP 2016 319) constitue la première pierre du nouveau débat autour de la zone 30 et a eu une forte influence sur la jurisprudence des tribunaux administratifs cantonaux. C'est pourquoi il est important de se remémorer les éléments essentiels de ce jugement: un assainissement n'a lieu qu'à une seule reprise – à moins que la route fasse l'objet d'une modification notable ou que le législateur fixe à nouveau un délai. Conformément à la loi, les autorités d'exécution ont la possibilité d'accorder des exceptions (dénommées allègements) lorsque les assainissements entravent de manière excessive l'exploitation ou entraînent des frais disproportionnés, ou

lorsque des intérêts prépondérants s'opposent à l'assainissement.

Un assainissement sans réduction du bruit a inévitablement pour conséquence que le niveau sonore reste tel quel durant des décennies. Selon le Tribunal fédéral, le fait que les riverains devront vivre pour une durée indéterminée avec des nuisances sonores nocives pour la santé est l'ultima ratio d'un assainissement d'une route; la protection de la santé est un bien public très important. En conséquence, les mesures possibles destinées à réduire le bruit doivent être soigneusement examinées et soumises à une pondération des intérêts avant que des allègements soient accordés. Dans son arrêt, le Tribunal fédéral relève les points suivants:

- Le programme de calcul utilisé en pratique ne correspond plus à l'état de la technique. Cette méthode désuète sous-estime le potentiel de réduction du bruit de la zone 30. Les experts devront se fonder sur les programmes de calcul plus précis à l'avenir.
- La zone 30 représente une mesure appropriée afin de diminuer les nuisances sonores.
- Si les valeurs limites d'immissions sont dépassées sur un tronçon de route, la zone 30 peut être prise en considération.
- Dans une expertise, il y a lieu d'examiner si l'abaissement de la vitesse est proportionné. Du point de vue de la protection contre le bruit, cet examen implique non seulement de



prendre en compte le niveau du potentiel de réduction, mais aussi la diminution d'événements ponctuels marquants, tels que les passages motorisés rapides, qui sont particulièrement nuisibles à la santé durant la nuit.

Le Tribunal fédéral ne s'est pas prononcé de manière générale en faveur de la zone 30, mais a rappelé aux autorités d'exécution leurs devoirs légaux consistant à suffisamment tenir compte de la protection de la santé au vu de sa haute importance.

Ainsi, cet arrêt doit essentiellement être compris comme une directive concernant les clarifications des autorités et la détermination des intérêts.

### Clarifications insuffisantes des autorités

L'état des lieux établi par le Tribunal fédéral a été repris et affiné dans le cadre de diverses procédures juridiques devant les tribunaux administratifs cantonaux. Il a été accordé plus de poids aux intérêts des personnes exposées au bruit que dans la jurisprudence rendue jusqu'alors. L'arrêt du Tribunal administratif de Berne du 23 mai 2016 (VGE 100.2014.208 = DEP 2017 310) et l'arrêt du Tribunal administratif de Soleure du 4 septembre 2017 (VWBES.2017.98) en sont un indice et illustrent en même temps comment la pratique en matière d'exécution a fonctionné en maints endroits jusqu'ici. Dans ces deux cas relatifs à l'assainissement du bruit routier d'une route cantonale, les autorités d'exécution avaient seulement examiné de manière sommaire, puis refusé les mesures envisagées consistant en une zone 30 et en revêtements silencieux, en dépit de signes plausibles indiquant la diminution possible des nuisances sonores. Un examen soigneux de ces cas aurait nécessité que

les autorités commandent des expertises. Le fait de procéder à des clarifications aussi insuffisantes concernant la capacité d'atténuation du bruit des mesures viole manifestement le devoir de vérification et dès lors les exigences légales en matière d'assainissement du bruit routier.

### «Proportionnalité» des tronçons limités à 30

Le 21 décembre 2016, le Tribunal administratif de Zurich a dû se pencher sur la proportionnalité de nouveaux tronçons limités à 30 sur des routes de quartier, qu'il a reconnue pour tous les tronçons concernés (VB.2016.00337–339). Ces arrêts sont actuellement pendants devant le Tribunal fédéral et feront prochainement l'objet d'une décision. Le tribunal analyse concrètement la proportionnalité de la mesure consistant à limiter la vitesse à 30 en se basant sur l'expertise établie à satisfaction de droit. Comme la réduction de la vitesse entraîne une diminution perceptible des nuisances sonores et qu'aucune autre mesure n'est aussi adéquate, la réduction de la vitesse a été jugée comme appropriée. L'opportunité de cette mesure et l'amélioration de la sécurité routière découlant de la réduction de la vitesse ont ensuite été comparées aux intérêts s'opposant à une limitation de la vitesse, étant précisé qu'il n'y avait pas d'inconvénients prépondérants dans ces cas précis, tels que des effets de déplacement du trafic, une diminution de la capacité, des mesures coûteuses de construction routière ou un obstacle aux transports publics.

### Zone 30 et densification urbaine

L'assainissement du bruit routier présente un lien direct avec la construction dans les zones affectées par le bruit et par conséquent aussi avec la pratique illicite dite de la fenêtre d'aération («Lüftungsfenster-Praxis») (ATF 142 II 100, arrêt du 16 mars 2016 = DEP 2016 552). Le besoin de logements dans les centres urbains et le développement urbain orienté vers l'intérieur du milieu bâti renforcent la problématique du bruit routier, car de plus en plus de personnes sont ainsi touchées par des nuisances sonores nuisibles à la santé. En cas d'autorisations de construire des logements dans des zones à bâtir existantes, l'OPB intervient en exigeant le respect des valeurs limites d'immissions pour les locaux à usage sensible au bruit (art. 31 al. 1 OPB). Des dérogations peuvent être délivrées par le canton pour autant que l'édification du bâtiment présente un intérêt prépondérant (al. 2). La pratique

selon laquelle les valeurs limites d'immissions doivent uniquement être respectées sur une seule fenêtre d'un local à usage sensible au bruit est contraire au droit. Cela a pour conséquence qu'un régime d'exception doit impérativement être mis en place, avec les conditions strictes que cela implique. Cette situation est évidemment renforcée lorsque les autorités d'exécution accordent des allègements pour les assainissements du bruit routier et s'abstiennent de prendre des mesures à la source. Il en résulte que certains projets de logements sont entravés en raison d'«assainissements sur papier» (soit en raison des allègements accordés) ou qu'un nombre croissant de dérogations sont délivrées. Dans les deux cas, la protection de la santé est laissée pour compte. C'est justement pour cela qu'il vaut la peine d'examiner soigneusement l'introduction de réductions de la vitesse ou de revêtements silencieux, afin de permettre le développement urbain vers l'intérieur du milieu bâti, tout en réduisant le nombre des personnes exposées aux nuisances sonores.

*Reto Schmid, avocat, directeur de l'Association pour le droit de l'environnement (ADE)*

### Dès 2018: Les arrêts des tribunaux en matière de droit de l'environnement

L'association pour le droit de l'environnement (ADE) a été fondée en 1986 et se considère comme une plate-forme d'information nationale pour les questions touchant au droit de l'environnement. Elle s'efforce d'offrir aux spécialistes de la Confédération, des cantons, des communes et de l'économie privée un programme riche et varié d'information et de formation continue dans le domaine du droit de l'environnement suisse. Dès 2018, des représentants de l'ADE expliquent dans «Commune Suisse», à intervalles réguliers, des décisions judiciaires relatives à des questions environnementales.

**Plus d'informations sur**  
[www.vur-ade.ch](http://www.vur-ade.ch)



La Ville de lausanne et le Canton de Vaud testent le 30 km/h de nuit sur des artères principales. La réduction de la vitesse entre 22h00 et 6h00 est censée diminuer les nuisances sonores et permettre aux riverains de mieux dormir. Le projet pilote est accompagné par l'Office fédéral des routes (OFROU) et l'Association suisse des ingénieurs et experts en transports (SVI). Ses résultats devraient être disponibles en 2019. En 2018, quatre essais pourront aussi être menés la nuit en ville de Zurich, les recours ayant été rejetés.

Illustration: Ville de Lausanne, Service des routes et de la mobilité



Le centre de la localité de Köniz (BE) est l'exemple parfait d'une mesure de modération du trafic réussie. La limitation de la vitesse à 30 km/h a nettement amélioré la qualité de vie des habitantes et des habitants (photo à droite, la bande qui permet de traverser librement la chaussée). Elle a aussi des avantages pour les automobilistes. Grâce au 30 km/h, le trafic s'est fluidifié.

Photo: Commune de Köniz, Service de la circulation et de l'entretien

Depuis 2017, le 30 km/h a été introduit en ville de Zurich sur 27 tronçons de routes communales. La mesure fait partie du programme «Stadtverkehr 2025». La diminution de la limitation de vitesse de 50 à 30 km/h est un pas vers l'assainissement phonique conformément à l'ordonnance sur la protection contre le bruit. Les changements de signalisation sont possibles car le Tribunal fédéral, dans une décision incidente, n'a pas accordé d'effet suspensif aux recours encore pendants contre cette réduction de la limitation de vitesse. Les décisions finales du Tribunal fédéral sont encore attendues. A l'arrêt Rigiblick (sur la photo), le 30 km/h est affichée pour la première fois sur une route principale.

Photo: Melinda Müller



Un revêtement permettant de réduire le bruit à proximité de Guin dans le canton de Fribourg. En Suisse romande, cette mesure de réduction du bruit à la source est très répandue. L'Office fédéral de l'environnement (OFEV) souligne les bons échanges entre les cantons romands. Le savoir engrangé peut ainsi être transmis.

Photo: Alexander Reichenbach, OFEV



En raison de leurs plus grandes cavités, les revêtements routiers antibruit doivent être assainis plus rapidement que les revêtements traditionnels. A long terme, il est toutefois possible d'économiser des coûts, estime Hanspeter Gloor, chef de la Section assainissement phonique du canton d'Argovie. Il n'est en effet pas nécessaire d'avoir autant de murs et de fenêtres antibruit. En Suisse alémanique, le Canton d'Argovie joue un rôle de pionnier en la matière. Depuis 2014, 45 tronçons ont été équipés de revêtements bitumeux semi-denses. Hanspeter Gloor évoque des résultats positifs. Ceux-ci dépendent aussi du matériel choisi et de la charge de trafic (voir illustration à gauche). A Villnachern, la valeur acoustique initiale de -6 décibels a pu être maintenue après deux ans. A Möhlin, la valeur initiale plus basse de -5,3 décibels a diminué pour atteindre -3,3 décibels après deux ans.

Photo: mäd

## Villnachern, SDA 4-16 (2015)

Teneur en vides de l'échantillon 15,5%



Moins de fines

## Möhlin, SDA 4-16 (2015)

Teneur en vides de l'échantillon 15,3%



Plus de fines

## Femmes et travail: vous avez dit égalité?



Les femmes qui renoncent à une activité lucrative pour se consacrer à l'éducation des enfants, bien que remplissant un rôle essentiel pour la société, se voient pourtant bien mal considérées. Seules la guerre ou l'extrême pauvreté mettent en évidence

leurs capacités d'organisation et de gestion, faisant tourner une entreprise ou tout un village.

Les femmes qui ont la chance de naître dans des pays qui considèrent comme normal qu'elles aillent à l'école, puis reçoivent une formation professionnelle ou académique peuvent choisir d'apporter leur pierre à l'édifice économique et social. Mais elles rencontrent alors le manque de structures d'accueil extrafamilial et la rigidité de certains employeurs, encore totalement fermés à une activité à temps partiel, qui les obligent parfois à renoncer à leur souhait.

Si certaines parviennent à illustrer le principe de l'égalité des chances, il leur est proposé un salaire inférieur de près de 20% à celui d'un homme effectuant la même tâche. Enfin, si la célèbre maxime «à travail égal, salaire égal» est devenue réalité dans quelques domaines, c'est au funeste «plafond de verre» que se heurtent alors les femmes. Majoritaires dans plusieurs facultés universitaires, elles ne sont que très peu à accéder au corps professoral. Lorsqu'elles y parviennent, c'est parce qu'elles ont lutté contre nombre de préjugés ou de clichés sexistes, travaillé plus dur et prouvé qu'elles sont véritablement les meilleures.

Comme l'a dit Françoise Giroud, «la femme serait vraiment l'égal de l'homme le jour où, à un poste important, on désignerait une femme incompétente».

*Catherine Agustoni  
Secrétaire de ville  
Fribourg*

## Réalisation novatrice du tarif indigène à Coire

Dans le contexte de mesures d'économie, la Ville de Coire a introduit en 2015 le tarif indigène. Le grand potentiel de la «ChurCard» est visible la troisième année déjà.

Les villes-centres connaissent le problème: elles offrent une excellente infrastructure dans le domaine culturel et sportif, mais doivent en règle générale supporter ces charges elles-mêmes. Ainsi, les installations sportives de la ville de Coire sont-elles utilisées à environ 70% par les autochtones, le reste par les communes environnantes et le tourisme. Actuellement, chaque entrée est subventionnée avec Fr. 8.20 en moyenne. Ces dernières années, le déficit des installations sportives s'élevait en moyenne à 4,5 millions de francs – un montant aujourd'hui assumé à 100% par les contribuables de la ville de Coire. Cette situation a été jugée de plus en plus insatisfaisante.

### Approche pragmatique

Pour tester l'acceptation du tarif indigène, l'on a décidé de renoncer à une carte «intelligente» durant la phase pilote de trois ans. La «ChurCard» porte le nom, l'adresse et la date de naissance du ou de la titulaire et est valable pendant un an. Contre présentation de la carte, leurs titulaires obtiennent les prestations de la commune au tarif indigène. Celui-ci correspond aux anciens tarifs favorables; les autres usagers paieront dorénavant

un supplément de plus ou moins 30%. L'initiateur de la «ChurCard», le président de la ville Urs Marti, voit les choses de la manière suivante: «En fait, avec la «ChurCard», nous offrons un rabais à ceux qui paient leurs impôts à Coire.»

### Expériences

Dans une première phase, la «ChurCard» comprenait les offres des installations sportives ainsi que du centre de collecte pour le recyclage. Le tarif indigène a été bien accepté dès le début, mais il s'est avéré qu'il fallait offrir leur propre carte d'élimination des déchets aux détenteurs d'entreprises qui ne sont pas domiciliées à Coire. Ceci a été réalisé l'année suivante, et depuis, le retour d'information concernant la «ChurCard» n'est pas élevé – le produit est très bien accepté. Pour augmenter l'attractivité de la carte, l'étendue des prestations a été élargie constamment depuis lors. Elle comprend actuellement les installations sportives, le centre de collecte, la bibliothèque municipale et différentes remontées mécaniques. En outre, la «ChurCard» profite également de différentes actions comme des entrées à prix préférentiel à des foires ou des cirques ou avec 10% de rabais sur des achats dans



Lors de la phase pilote de trois ans, l'on a renoncé volontairement à une intégration dans un système IT; il s'agit donc d'une simple carte d'abonnement délivrée à toutes les personnes domiciliées à Coire.

Photo: mäd

la vieille ville. Ce qui est important, c'est que beaucoup de ces actions ne coûtent rien à la ville ou bien qu'elles soient financées avec des montants modestes. Vers la fin prochaine de la phase pilote de trois ans, l'on peut dire que l'introduction du tarif indigène a été un succès, celui-ci étant également accepté par les communes d'agglomération. Cependant, les possibilités de la carte actuelle, sans intégration IT, est limitée.

#### La «ChurCard» électronique arrive

En 2018, une carte plastique sera délivrée à toute personne domiciliée à Coire à partir de 7 ans. Celle-ci permettra une authentification par le biais de différents codes et servira aussi d'appli électronique pour le téléphone portable. Ceci en facilitera le maniement, surtout dans les familles; de plus, il ne faudra plus procéder à un envoi de masse chaque année. Les nouveaux arrivants obtiendront leur carte au service des habitants, lors d'un déménagement, la carte pourra être désactivée. Elle pourra aussi être utilisée comme carte client dans le tourisme. L'intégration IT permet une communication active avec les utilisatrices et utilisateurs, ce qui est précieux pour les actions en particulier. L'accès à d'autres systèmes, comme par exemple le bus, est aussi possible. Les services de la «ChurCard» électronique seront petit à petit mis sur pied dans le courant de l'année 2018. Pour le président de la ville Urs Marti: «Avec la «ChurCard», les mégatendances «charges de centre» et «animation de la vieille ville» sont solutionnées d'un coup. Ainsi, Coire est novatrice et unique.»

*Markus Frauenfelder,  
secrétaire municipal de Coire,  
membre du comité CSSM*

#### Infos:

chur.ch/churcard

## Mutations

### Nouveaux membres

Müller	Yvonne	7013 Domat/Ems
Steiner	Philippe	1009 Pully
Achermann	Urs	6002 Luzern
Migliorini	Paolo	1426 Concise
Rizzoli	Anne	1401 Yverdon-les-Bains

### Démissions

Künzle	Corinne	8514 Amlikon-Bissegg
Marbach	Godi	6210 Sursee
Betschart	Markus	6443 Morschach

### Mutations en membres libres ou passifs

Höchner	Urs	3280 Murten (neu Freimitglied)
---------	-----	--------------------------------

# L'aide sociale permet-elle aux jeunes d'avoir leur ménage?

Un jeune de 21 ans est en dernière année d'apprentissage. En raison de conflits avec ses parents, il souhaite partir de chez eux. Est-ce que l'aide sociale lui permet une autre forme de logement?

Après une violente dispute avec ses parents, Joël Lersch\*, 21 ans, a été accueilli par un ami. Il a terminé l'école obligatoire et est actuellement en dernière année d'apprentissage de ferblantier CFC. Son salaire d'apprenti se monte à 1000 francs bruts par mois. Les parents ne sont pas en mesure de fournir des contributions d'entretien à leur fils et la demande d'une bourse vient d'être rejetée. C'est pourquoi Monsieur Lersch s'adresse au service social régional pour demander un soutien matériel. Il ne souhaite plus vivre chez ses parents, estimant que les conflits avec ceux-ci ne sont plus supportables. Il souhaite terminer son apprentissage avec succès et pense avoir besoin de distance par rapport à la situation difficile. Il évoque les problèmes d'alcool de sa mère et la violence de son père.

## Questions

L'aide sociale peut-elle exiger de Joël Lersch qu'il continue à vivre chez ses parents ou doit-elle lui permettre une autre forme de logement? Si oui, quels sont les frais pris en charge?

## Bases

Les normes CSIAS ont été adaptées au 1<sup>er</sup> janvier 2016. Depuis, elles font des recommandations particulières en matière de frais de logement pour les jeunes adultes, soit pour les personnes entre 18 ans révolus et 25 ans révolus (normes CSIAS, chapitre B.4).

On attend des jeunes adultes sans formation initiale achevée qu'ils habitent chez leurs parents. Si ceci n'est pas possible, par exemple en raison de cas de violence domestique, de conflits qui dégénèrent, de maladies psychiques ou de grave déclin des parents, il s'agit de permettre l'emménagement dans un autre logement avantageux (par exemple dans une communauté de résidence). La tenue d'un ménage indépendant n'est accordée que dans des cas d'exception. Ceci par exemple en présence de certaines maladies psychiques (troubles d'anxiété) ou lorsque les per-

sonnes concernées ont déjà des enfants à elles.

Si les conditions nécessaires à la tenue d'un ménage indépendant ou à la vie dans une communauté de résidence ne sont pas réunies, l'aide sociale peut refuser avant le départ du domicile parental de prendre en charge les frais de logement, ce qui oblige de facto la personne concernée de continuer à vivre dans le ménage familial.

## Réponses

Dans la présente situation, il s'agit d'examiner si un retour au ménage familial peut raisonnablement être exigé. Le conflit décrit par Monsieur Lersch et la situation qui en résulte doivent être soigneusement analysés et évalués. A cet effet, il est possible d'avoir un entretien de clarification avec les parents ou l'entreprise formatrice avec le consentement de la personne concernée. Si Joël Lersch présente des symptômes indiquant que la situation difficile risque de porter atteinte à sa santé, un avis médical (p. ex. par un psychiatre) peut être demandé.

Un retour chez les parents paraît plutôt improbable. La violence du père et l'addiction de la mère pèsent considérablement sur Monsieur Lersch, et elles compromettent dès lors l'achèvement de l'apprentissage à court terme, mais à long terme également sa santé psychique. Les deux perspectives vont à l'encontre des objectifs de l'aide sociale et doivent dès lors être évitées.

Si le retour au domicile parental est considéré comme non admissible, il s'agit de communiquer à Joël Lersch par écrit que les frais d'un logement abordable dans une communauté de résidence seront pris en charge et qu'il peut chercher un tel logement. Un foyer pour apprenants est également envisageable. En même temps, il faut lui expliquer le cadre des frais de logement à ne pas dépasser. Il est recommandé de soutenir Monsieur Lersch activement dans la recherche d'un logement, par exemple en lui indiquant des logements qui conviendraient. En fonction de la situation, il

peut être utile d'établir une confirmation de prise en charge des frais de logement. Pour ce qui est du séjour temporaire chez le copain, il s'agit d'établir un budget et de déterminer les frais de coutilisation de l'appartement qui sont pris en charge. Le salaire d'apprenti (net) ainsi que l'allocation de formation sont à prendre en compte à titre de recettes.

\* nom d'emprunt

*Claudia Hänzi  
Présidente de la commission  
Normes et pratique de la CSIAS*

## Conseils juridiques de la pratique de l'aide sociale

A cet endroit, «Commune Suisse» présente des cas traités par le conseil juridique de la Conférence suisse des institutions sociales (CSIAS). Les réponses concernent des questions exemplaires, mais juridiquement difficiles telles qu'elles peuvent se présenter à tout service social. La CSIAS propose à ses membres une offre de conseil permettant de répondre à de telles questions rapidement et de manière compétente. [www.csias.ch](http://www.csias.ch)

# Das Stellenportal der öffentlichen Hand

Seit dem 1. Januar 2018 finden Kandidatinnen und Kandidaten ihren neuen Job im öffentlichen Bereich auf der Plattform [www.karriereschweiz.ch](http://www.karriereschweiz.ch).

Gemeinsam mit dem Schweizerischen Gemeindeverband (SGV) bietet die MonsterWorldwide Switzerland AG den Städten und Gemeinden, Kantonen sowie den öffentlichen Unternehmen und Organisationen mit [karriereschweiz.ch](http://karriereschweiz.ch) eine moderne und zukunftsweisende Plattform für ihre offenen Stellen. Das neue Portal bündelt offene Stellenangebote und verbindet über innovative Services Kandidaten, Unternehmen und Organisationen in der gesamten Schweiz. Auf dem werbefreien Portal befinden sich Anzeigen ausschliesslich für den öffentlichen Sektor aus allen Landesteilen und Tätigkeitsbereichen für Einsteiger und für Erfahrene. Im Interview erklärt Peter Zabel, Verkaufsleiter bei [karriereschweiz.ch](http://karriereschweiz.ch) und Monster in der Schweiz, wie sich die Personalrekrutierung verändert hat und wie sich dies auf die Gestaltung von [karriereschweiz.ch](http://karriereschweiz.ch) ausgewirkt hat.

**«Schweizer Gemeinde»: Gemeinden stellen einen deutlichen Wandel im Bereich Personalrekrutierung fest. Welches sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten Veränderungen?**

**Peter Zabel:** Zahlreiche Studien und die Gespräche mit den Unternehmen, den Organisationen sowie selbstverständlich auch den Kandidaten lassen drei grosse Trends erkennen: Erstens, Kandidaten suchen heute anders nach dem nächsten Job, und somit müssen Arbeitgeber neben traditionellen Kanälen neue Wege in der Rekrutierung gehen. Zweitens, die Jobsuche funktioniert heute über Smartphones, was bedeutet, dass Stellenangebote für diese mobilen Endgeräte optimiert sein müssen. Drittens, Kandidaten werden anspruchsvoller und wollen auf einen Blick sehen, welcher Arbeitgeber zu ihnen passen könnte – hier sind Stichworte wie Employer Branding, Arbeitgebermarken und Wettbewerbsfähigkeit im Kampf um die besten Köpfe relevant.

**Inwiefern haben Sie diese Themen auf der neuen Site [karriereschweiz.ch](http://karriereschweiz.ch) umgesetzt?**

Das Angebot ist zwar neu, basiert aber auf jahrzehntelanger Erfahrung im öffentlichen Bereich. Als Nachfolgeangebot von [publicjobs.ch](http://publicjobs.ch) bringt die Site schon heute qualifizierte Kontakte zu über 13000 registrierten Kandidaten mit. Technologisch baut [karriereschweiz.ch](http://karriereschweiz.ch) auf der innovativen [Monster.ch](http://Monster.ch)-Plattform auf, d.h. zum Beispiel, dass jede Anzeige automatisch für mobile Endgeräte optimiert ist. So sind die Stellenangebote auch auf dem Smartphone jederzeit gut lesbar, und der erste Eindruck stimmt. [karriereschweiz.ch](http://karriereschweiz.ch) nutzt Reichweitenverstärker und Jobabonnements, um Anzeigen direkt zu den Kandidaten zu bringen, und durch das Angebot von designten Anzeigen kann eine bestehende Arbeitgebermarke nahezu nahtlos auch auf die Stellenanzeige übertragen werden.

**Warum haben Sie den jetzigen Zeitpunkt für die Lancierung der neuen Plattform gewählt?**

Der Jahreswechsel bedeutet für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch einen Jobwechsel. Daher finden wir, dass der Januar der ideale Monat ist, um unser neues Angebot für Stellen der öffentlichen Hand vorzustellen. Wir wissen als Schweizer-Jobbörsen-Urgestein, dass die Kandidaten direkt zum Jahresanfang am häufigsten nach einer neuen Herausforderung suchen. Gerade der öffentliche Bereich wächst und wird zunehmend attraktiver für die Kandidaten, auch für die sogenannten Millennials und Young Professionals. Daher haben wir ein neues, werbefreies Angebot geschaffen, auf dem Arbeitgeber und Talente sich einfach und bequem finden können. Denn starke Gemeinden benötigen qualifizierte, motivierte Mitarbeiter.

*Interview Philippe Blatter*

**Informationen:**  
[www.karriereschweiz.ch](http://www.karriereschweiz.ch)

## HBB öV: erste eidgenössische Berufsprüfung

Der Verein «Schweizerische Prüfungsorganisation höhere Berufsbildung öffentliche Verwaltung» (HBB öV) führt vom 18. bis 20. Juni 2018 erstmals an dezentralen, auf die Sprachregionen abgestimmten Standorten in der ganzen Schweiz die eidgenössische Berufsprüfung «Fachfrau/Fachmann öffentliche Verwaltung» durch. Der Verein HBB öV wurde 2012 mit dem Ziel gegründet, die öffentliche Verwaltung mit der Realisierung von eidgenössisch anerkannten Berufs- und höheren Fachprüfungen im Bereich der Höheren Berufsbildung zu stärken. Der SGV ist Gründungsmitglied des Vereins. pb

## Neue Projektleiterin



Anfang Dezember hat Anna Panzeri (Bild) ihre Arbeit in der SGV-Geschäftsstelle aufgenommen. Die gebürtige Tessinerin ist unter anderem für das Projekt «in comune» und den Bereich Veranstaltungen zuständig. Sie hat an der Universität Zürich den Master in Politikwissenschaften erworben und war für den Think-Tank Avenir Suisse tätig. Ihre Hobbys sind Reisen, Gastronomie und Lesen. Das Team der SGV-Geschäftsstelle heisst Anna Panzeri herzlich willkommen und freut sich auf die Zusammenarbeit. pb

# Die Netzwerkerinnen der Frühen Förderung

Gemeinden spielen eine zentrale Rolle in der Frühen Förderung. Der SGV zeigt mit einer Studie Wege für künftige kommunale und regionale Strategien auf und schafft mit einer Orientierungshilfe den Überblick.



*Glückliches und gesundes Aufwachsen erleichtert den Schuleinstieg und bereitet den Weg zu chancengerechter Bildung vor. Der Schweizerische Gemeindeverband hat die Frühe Förderung als eines seiner wichtigen Schwerpunktthemen definiert.*

*Bild: Shutterstock*

Die Frühe Förderung sowie die Unterstützung der Eltern mit Kindern im Vorschulalter haben in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen und sind zum zentralen Thema, insbesondere bei der Prävention und Bekämpfung von Armut, geworden. Ziel der Frühen Förderung ist es, alle Kinder von der Geburt bis zum Schuleintritt sowohl in ihren Sprach- und Sozialkompetenzen als auch in ihrer gesundheitlichen Entwicklung zu fördern und gleichzeitig deren Eltern in diesem Entwicklungsprozess als gleichwertige

Partner einzubeziehen. Besonders profitieren Kinder und ihre Familien in einem belasteten familiären Umfeld sowie Kinder aus Migrations- und Flüchtlingsfamilien mit ungenügenden Kenntnissen der lokalen Sprache. Allen Kindern wird damit der Einstieg in die Schule erleichtert und ihnen der Weg zu einer chancengerechten Bildung vorbereitet.

Für den Schweizerischen Gemeindeverband (SGV) ist die Frühe Förderung ein wichtiges Schwerpunktthema. Er anerkennt sie als strategischen Eckpfeiler

einer ganzheitlichen, umfassenden Bildungs-, Sozial- und Gesundheitspolitik, insbesondere wenn es um eine wirksame, nachhaltige Prävention und Bekämpfung von Armut auf kommunaler Ebene geht. Denn: Armut ist in den Städten, in den Gemeinden, in den Quartieren zu finden.

Es gibt keine Patentlösung zur Bekämpfung von Armut. Sicher ist aber, dass Bildung ein entscheidendes Instrument darstellt. Je früher wir in die Bildung und damit auch in die sprachliche und soziale

Entwicklung der Kinder investieren, desto besser.

## Warum sich Frühe Förderung lohnt

Der SGV engagiert sich in diesem Bereich, da er davon überzeugt ist, dass sich Frühe Förderung lohnt; sie hilft, die Entwicklungschancen aller Kinder zu verbessern. Frühe Förderung hat viele Vorteile. Sie verbessert die Startbedingungen für einen erfolgversprechenden Schuleintritt; sie fördert die soziale, kognitive Entwicklung des Kindes im Vorschulalter; sie hilft zu vermeiden, dass die Armut der Eltern an Kinder weitergegeben wird, und verringert damit die Gefahr, dass Kinder später selbst arbeitslos oder gar sozialhilfeabhängig werden. Frühe Förderung erweitert den Handlungsspielraum der Eltern und unterstützt sie in ihrer wichtigen Erziehungsaufgabe. Frühe Förderung kostet. Doch wo früh investiert wird, ergeben sich langfristige Einsparungen im Sozial- und Bildungsbereich. Besonders profitieren Kinder und ihre Familien aus einem belasteten familiären Umfeld sowie Kinder aus Migrations- und Flüchtlingsfamilien mit ungenügenden Kenntnissen der lokalen Sprache.

## Gesundheit, Sprache, Wohnen

Die Angebote und Massnahmen der Frühen Förderung lassen sich verschiedenen Handlungsbereichen zuordnen. Vier bewährte Handlungsfelder sind:

- *Die gesundheitliche Versorgung in der frühen Kindheit.* Als Massnahmen sind hier zum Beispiel die nachgeburtliche Betreuung durch die Hebamme, den Kinderarzt, die Spitex, die Mütter-/Väterberatung und die Erziehungsberatung zu nennen.
- *Die frühe Sprachförderung.* Spracherwerb geschieht im Alltag. Frühe Sprachförderung ist dann wirksam, wenn sie an verschiedenen Lernorten wie in der Familie, der Spielgruppe, der Kindertagesstätte (Kita) oder der Tagesfamilie erfolgt. Gemeinden wie die Stadt Chur gehen hier mit gutem Beispiel voran: Chur erfasst jährlich und systematisch die Sprachkompetenzen von Eltern mit Kindern im Vorschulalter und sensibilisiert fremdsprachige Eltern für das Thema der Sprachförderung
- *Die Gestaltung des Wohnumfelds.* Hier übernehmen die Gemeinden eine wichtige Aufgabe, indem sie zum Beispiel Begegnungsorte für Familien im Quartier, sichere Quartierstrassen, Schulwege und Kinderspielplätze schaffen. Mittels partizipativer Prozesse gestalten die Gemeinden so eine

kinder- und familienfreundliche Umgebung.

- *Die Vernetzung.* Der Einbezug und die Vernetzung der verschiedenen Akteure und Angebote der Frühen Förderung sind zentral. Wenn sich die Akteure der Frühen Förderung in einer Gemeinde persönlich kennen, verbessert dies nachweislich ihre Zusammenarbeit und die Abstimmung der Angebote untereinander. Hilfreich und zielführend ist es, entsprechende Koordinations- und Vermittlungsstellen zu schaffen.

## Gemeinden als strategische Plattform

Mit seinem Engagement möchte der SGV einen Beitrag leisten, um die Frühe Förderung zu stärken. Der SGV hat in seiner Funktion als Partner des Nationalen Programms gegen Armut 2014 das Projekt «Die Gemeinden als strategische Plattform und Netzwerker in der Frühen Förderung» initiiert und vorangetrieben. Ziel ist es, die Gemeinden stärker für das Thema der Frühen Förderung zu sensibilisieren, die Erkenntnisse und Erfahrungen insbesondere der kleineren und mittelgrossen Gemeinden zu erfassen und sie in Ergänzung zu bestehenden Instrumenten bei der Entwicklung und Umsetzung von Strategien, Aktionsplänen und Netzwerken der Frühen Förderung insgesamt zu unterstützen. Das Projekt wird in gemeinsamer Trägerschaft mit dem Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) sowie in enger Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Städteverband und weiteren Partnern umgesetzt.

Das Vorhaben umfasst die folgenden drei Bausteine: Baustein 1 beinhaltet eine Online-Gemeindebefragung zur Erhebung der kommunalen Strategien und Konzepte in Gemeinden und deren Unterstützungsbedarf. Dazu hat der SGV die Hochschule Luzern – Soziale Arbeit mit einer Studie\* beauftragt. Die HS-LU-SA hat 2109 Gemeinden mit bis zu 10 000 Einwohnerinnen und Einwohnern zum Thema der Frühen Förderung befragt. Den Gemeinden wurden unter anderem Fragen zur strategischen Ausrichtung der Massnahmen zur Unterstützung und Förderung von Familien mit Kindern im Vorschulalter sowie Fragen zur Kooperation und Koordination im Bereich der Frühen Förderung gestellt. 785 Gemeinden haben geantwortet; dies entspricht einem Rücklauf von 37,2 Prozent. Die Situationsanalyse gibt einen Überblick über die kommunalen Strategien und Konzepte der Frühen Förderung in den kleineren und mittleren Gemeinden. Ein besonderer Fokus wurde auf die ver-

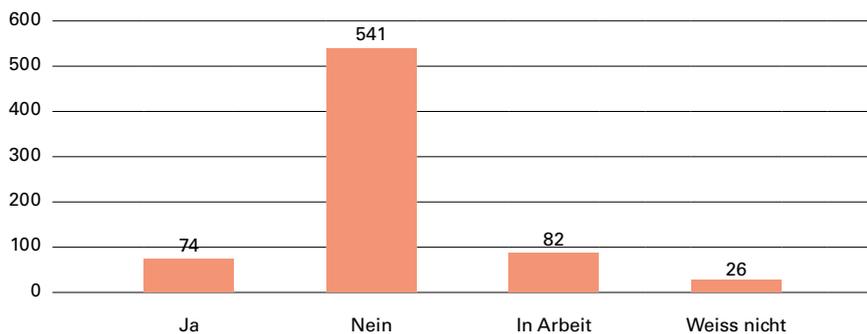
tikale Vernetzung zwischen Kanton und Gemeinde und auf die horizontale Vernetzung zwischen den Gemeinden sowie innerhalb der Gemeinde mit den Akteuren gelegt. In diesem Kontext interessierte, inwieweit kantonale Strategien/Konzepte und das entsprechende Fachwissen in die kommunalen Strategien und Konzepte einbezogen werden bzw. einbezogen worden sind. Die Situationsanalyse zeigt auf, wo kleinere und mittlere Gemeinden Unterstützung bei der Entwicklung und/oder Umsetzung von kommunalen Konzepten und/oder Strategien in der Frühen Förderung benötigen und wo Kantone subsidiär begleiten und vernetzen können.

Im Rahmen von Baustein 2 wurde eine Orientierungshilfe\* erstellt. Diese schafft einen hilfreichen Überblick über bestehende Studien, Konzepte und weitere Fachgrundlagen zum Thema der Frühen Förderung. Sie vermittelt allen Gemeinden praxisnahe, konkrete Anregungen zur Entwicklung einer kommunalen Strategie der Frühen Förderung, verweist auf bestehende nützliche Arbeitshilfen und zeigt Good Practices und damit bereits gemachte Erfahrungen und Massnahmen von Gemeinden auf. Die Orientierungshilfe versteht sich als praktisches Arbeitsinstrument für Gemeinden und soll diese im Rahmen von Planungs- und Entscheidungsprozessen unterstützen. Baustein 3 beinhaltet sechs regionale Seminare für Gemeinden in allen drei Sprachregionen\*. Es werden die beiden Studien präsentiert, Praxisbeispiele aus Gemeinden und Kantonen vorgestellt sowie über Chancen und Herausforderungen der Frühen Förderung diskutiert. Die Durchführung dieser Netzwerktreffen ist im Frühjahr 2018 geplant.

## Kantonale Strategien

Die Förderung von Kindern im Vorschulalter fällt in den Zuständigkeitsbereich der Gemeinden. Diese haben in den letzten Jahren eine Vielfalt von Betreuungs- und Unterstützungsangeboten entwickelt. Gleichzeitig sind auf Stufe Kanton Konzepte und Strategien entworfen worden, die die Gemeinden in ihren Anstrengungen unterstützen und sie mit den Anbietern sowie mit anderen Gemeinden vernetzen sollen. Gemäss einer Bestandsaufnahme des Büros INFRAS vom März 2017 in den Kantonen verfügen zehn Kantone über eine Strategie zur Frühen Förderung; sechs Kantone sind daran, eine solche Strategie zu erarbeiten; in zehn Kantonen gibt es keine spezifische Strategie.

**Abbildung 1: Steuerung der Angebote durch ein gemeindeeigenes Konzept/eine Strategie**

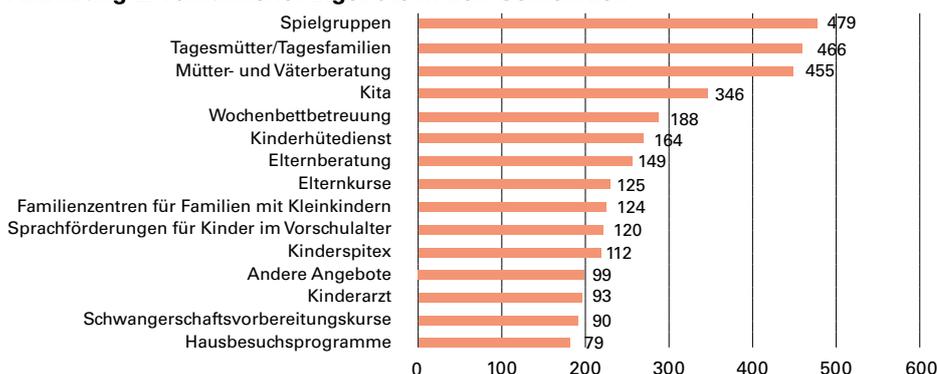


N = 785

Nur 74 von 785 antwortenden Gemeinden haben ein gemeindeeigenes Konzept oder eine kommunale Strategie. 82 Gemeinden sind indes aktuell an der Planung.

Grafik: Martina Rieben, Quelle: Meier Magistretti C & Schraner M (2017): Frühe Förderung in kleineren und mittleren Gemeinden. Die Gemeinden als strategische Plattform und Netzwerker der Frühen Förderung: Situationsanalyse und Empfehlungen.

**Abbildung 2: Vorhandene Angebote in den Gemeinden**

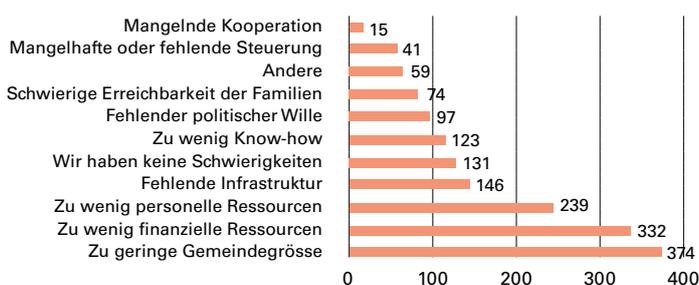


N = 785

In kleinen und mittleren Gemeinden steht ein unterschiedlich breites Angebot an familienergänzenden und familienunterstützenden Einrichtungen zur Verfügung.

Grafik: Martina Rieben, Quelle: Meier Magistretti C & Schraner M (2017): Frühe Förderung in kleineren und mittleren Gemeinden. Die Gemeinden als strategische Plattform und Netzwerker der Frühen Förderung: Situationsanalyse und Empfehlungen.

**Abbildung 3: Herausforderungen bei der Umsetzung von Angeboten**



N = 785

Die grösste Herausforderung bei der Umsetzung von Angeboten zur Unterstützung von Familien mit Kindern im Vorschulalter scheint die zu geringe Gemeindegrösse zu sein.

Grafik: Martina Rieben, Quelle: Meier Magistretti C & Schraner M (2017): Frühe Förderung in kleineren und mittleren Gemeinden. Die Gemeinden als strategische Plattform und Netzwerker der Frühen Förderung: Situationsanalyse und Empfehlungen.

**Kommunale Strategien: erste Erkenntnisse der HSLU-SA-Studie**

Die Situation in den Kantonen war eine wichtige Ausgangslage für die von der HSLU-SA im Auftrag des SGV durchgeführte Studie zur Erhebung der kommunalen Strategien und Konzepte in kleineren und mittelgrossen Gemeinden und deren Unterstützungsbedarf (Meier Magistretti, C & Schraner M [2017]: Frühe Förderung in kleineren und mittleren Gemeinden. Die Gemeinden als strategische Plattform und Netzwerker der Frühen Förderung: Situationsanalyse und Empfehlungen). Von den 785 antwortenden Gemeinden gaben 235 Gemeinden in der HSLU-SA-Studie an, die kantonale Strategie zu kennen, aber nur 133 Gemeinden nutzen diese auch. Die Studie zeigt auch, dass nur 74 von 785 antwortenden Gemeinden über ein gemeindeeigenes Konzept oder über eine kommunale Strategie der frühen Förderung verfügen. Hingegen berichteten 82 Gemeinden, dass sie aktuell eine solche Strategie planen oder erarbeiten (Abbildung 1: Steuerung der Angebote durch ein gemeindeeigenes Konzept/eine Strategie). Weiter steht gemäss den Erkenntnissen der Studie in kleinen und mittleren Gemeinden ein unterschiedlich breites Angebot an familienergänzenden und -unterstützenden Einrichtungen zur Verfügung. Es zeigen sich jedoch regionale Unterschiede und auch Lücken in der Versorgung (Abbildung 2: Vorhandene Angebote in den Gemeinden).

Nur gerade 113 Gemeinden haben eine Koordinations- oder Vermittlungsstelle zur Unterstützung und Frühen Förderung von Familien mit Kindern im Vorschulalter geschaffen – über zwei Drittel der Gemeinden haben dies nicht. «Die grösste Herausforderung bei der Umsetzung von Angeboten zur Unterstützung und Förderung von Familien mit Kindern im Vorschulalter scheint die zu geringe Gemeindegrösse zu sein», schreiben die Autoren der Studie. Doch auch mangelnde finanzielle und personelle Ressourcen wurden angegeben. Somit stellen diese drei Herausforderungen mit 945 von total 1631 Antworten laut der Studie die grössten Schwierigkeiten dar und deuten generell auf mangelnde Ressourcen hin, wie Abbildung 3: Herausforderungen bei der Umsetzung von Angeboten zeigt. Ebenfalls zur Kategorie mangelnde Ressourcen könnten die fehlende Infrastruktur (146 Nennungen) und das mangelnde spezifische Fachwissen (Know how: 123 Nennungen) zugewiesen werden. 97-mal wurde auf fehlenden politischen Willen hingewiesen. Bei den kleineren und mittleren Gemeinden steht die Frühe Förderung noch zu

wenig im Zentrum einer wirksamen, ganzheitlichen Bildungs-, Sozial- und Gesundheitspolitik. Die Gemeinden greifen noch zu wenig auf die kantonalen Strategien zurück oder holen die Kompetenzen von kantonalen Fachstellen nicht ab. Die Gemeinden sind noch zu wenig mit den Anbietern und mit anderen Gemeinden vernetzt. Gleichzeitig setzen die Gemeinden bereits eine Vielzahl von Angeboten und Massnahmen um. Diese sind aber nur teilweise oder gar nicht in eine Gesamtstrategie eingebettet. In den Gemeinden sind die Angebote der frühen Förderung oft auf verschiedene Abteilungen oder Ressorts verteilt. Den Gemeinden fehlt oft der Überblick, und der Informationsaustausch unter den Beteiligten ist nicht garantiert. Für kleinere und mittlere Gemeinden ist daher entscheidend, dass sie sich regional vernetzen und die Angebotsplanung mit anderen Gemeinden regional an die Hand nehmen. Der SGV

hat zu diesem Zweck Empfehlungen (vgl. untenstehenden Kasten) formuliert.

*Claudia Hametner*  
stv. Direktorin Schweizerischer  
Gemeindeverband

\* Die vollständige Studie der HSLU-SA sowie die Orientierungshilfe von SGV und BSV werden noch im Januar 2018 in Deutsch veröffentlicht. Die Publikationen in Französisch und Italienisch folgen im Februar 2018. Die sprachregionalen Seminare «Die Gemeinden als strategische Plattform und Netzwerker der frühen Förderung: Wie gelingt's?» finden am 28. Februar 2018 in Olten, am 19. März 2018 in Winterthur und am 25. Mai in Zug statt. Die Seminare sind Teil des Projekts, das der SGV mit dem BSV im Rahmen des Nationalen Programms zur Prävention und Bekämpfung von Armut in der Schweiz in enger Kooperation mit dem Städteverband umsetzt. Die Schweizerische Gesundheitsstiftung RADIX wurde mit der Organisation und Durchführung der Seminare beauftragt.

## Die Empfehlungen des Schweizerischen Gemeindeverbandes

### **Ziel und Zweck der Frühen Förderung ins Zentrum einer wirksamen, nachhaltigen Bildungs-, Sozial- und Gesundheitspolitik stellen.**

Die Frühe Förderung ist im Kompetenz- und Zuständigkeitsbereich der Gemeinden, die bereits eine Vielfalt von Angeboten und Initiativen für Familien mit Kindern im Vorschulalter und deren Eltern umsetzen. Es ist wichtig, diese in eine ganzheitliche Bildungs-, Sozial- und Gesundheitspolitik einzubetten und in den Legislaturzielen zu verankern.

Die Gemeinden sind vielfältig strukturiert und organisiert, es gibt keine allgemein verbindliche Universallösung. Sie orientieren sich an den kommunalen Ansprüchen und Rahmenbedingungen und legen fest, welche Angebote der Frühen Förderung sie mit welchen Zielen und in welchem Umfang bereitstellen, unterstützen und finanzieren wollen. Die Gemeinde gewinnt dadurch an Attraktivität.

### **Die kantonalen Strategien/Konzepte als Grundlage/Ausgangspunkt einbeziehen.**

In den Strategien und Konzepten der Kantone werden die Familien und deren Kinder im Vorschulalter ins Zentrum eines kantonalen und kommunalen Handelns in der Frühen Förderung gestellt. Diese Grundlagen sind politisch

und fachlich breit abgestützt und interdisziplinär ausgestaltet. Für die Gemeinden sind dies wichtige Orientierungs- und Arbeitshilfen, wie Strategien und Konzepte in der Frühen Förderung auf kommunaler Ebene entworfen und zielorientiert umgesetzt werden können.

### **Die Frühe Förderung strategisch und konzeptionell ausrichten.**

Die Gemeinden legen in der Frühen Förderung die langfristigen Ziele fest, bündeln die Kompetenzen und Massnahmen, stellen Infrastruktur und Mittel bereit und legen die Verbindlichkeiten zwischen ihnen und den Anbietern fest. Eine kommunale Gesamtstrategie ist von grossem Nutzen, da sie hilft, Doppelpurigkeiten zu vermeiden, finanzielle Mittel gezielter einzusetzen und so langfristig Kosten einzusparen.

### **Plattformen/Netzwerke in der Frühen Förderung innerhalb der Gemeinde sowie zwischen der Gemeinde und den Anbietern aufbauen und entwickeln.**

Denn Gemeinden übernehmen in der Frühen Förderung eine wichtige Rolle als strategische Plattform und Netzwerker. Sie stossen Kooperationen und Initiativen zur Vernetzung an, gestalten diese mit und vernetzen Behörden, Verwaltung, Akteure und Anbieter. Sie för-

dern ein einheitliches Verständnis für Ziel und Zweck der Frühen Förderung.

### **Die Frühe Förderung ressourcen- und kompetenzorientiert ausrichten.**

Die Gemeinden nehmen Einfluss auf Qualität, Umfang und Verfügbarkeit von Angeboten in der Frühen Förderung und legen diese in Leistungsvereinbarungen mit den Anbietern fest.

### **Vermittlungs-/Koordinationsstellen schaffen und bekannt machen.**

Die Gemeinden sind Ansprechstelle für Familien mit Kindern im Vorschulalter sowie für Anbieter von Angeboten in der Frühen Förderung. Sie informieren über Angebote in der Frühen Förderung, schaffen Kontakte zwischen Familien und Anbietern und erleichtern den Zugang zu Angeboten in der Frühen Förderung.

### **Gemeindeübergreifend, regional vernetzen und austauschen.**

Die Gemeinden optimieren und ergänzen ihre Angebote in der Frühen Förderung, indem sie die Planung möglicher Angebotsstrukturen gemeinsam mit anderen Gemeinden in der Region an die Hand nehmen, sich mit anderen Gemeinden vernetzen und so den regionalen Austausch fördern und damit eine bessere Abstimmung der Angebote in der Region erreichen.

# Angefangen hat alles in der eigenen Stube

In Weesen (SG) ist aus privater Initiative ein Familienzentrum entstanden. Dessen Erfolg hat die Gemeinde Schübelbach im Nachbarkanton Schwyz motiviert, nachzuziehen. Nun profitieren beide Zentren voneinander.



Frühe Förderung, spielend: Das Familienzentrum am See in Weesen (SG) ist viel mehr als eine Kindertagesstätte. Es ist ein Begegnungsort für Familien mit einem äusserst vielfältigen Angebot. Bild: Familienzentrum am See

Im Familienzentrum Weesen «MuKidi», mitten in der bezaubernden Altstadt des Städtchens am Walensee, herrscht Hochbetrieb. Kinder lachen, pfeifen und grunzen wild durcheinander, Legos landen krachend am Boden. Wer noch nicht laufen kann, krabbelt munter zwischen den Beinen der Erwachsenen umher, die trotz der Hektik gemütlich eine Tasse Kaffee trinken. Jeden Freitag findet im Familienzentrum Weesen der Sprachentreff statt. Eltern verschiedener Herkunft sind miteinander im Gespräch, und die Kinder spielen gemeinsam. «MuKidi» steht für Mutter-Kind-Dienst. Der Name macht auch gleich klar, was

für Pia Müller, die Leiterin des Familienzentrums, stets das Wichtigste war: Das MuKidi ist mehr als eine Kindertagesstätte. Es ist ein Ort, an dem sich Familien treffen, Eltern miteinbezogen werden und spielend Frühe Förderung betrieben wird. Stärkung der Familie, und nicht nur die des Kindes, ist der entscheidende Grundpfeiler des MuKidi.

### Vom Sprachentreff und Pyjamaparty bis zur Pilates-Hüeti

Das Angebot ist dabei so vielfältig wie die Herkunftsländer der Teilnehmenden. Die Familien können unter einem abwechslungsreichen Programm wählen,

abgestimmt auf Kind und Eltern. Denn im MuKidi findet Frühe Förderung generationenübergreifend statt. Neben dem regelmässigen Angebot wie Sprachentreff oder Familienkaffi stehen gelegentlich veganes Kochen, Fotoshooting, Kinderschminken, Pyjamapartys und Pilates-Hüeti auf dem Plan. Genauso gerne gehen die Kinder aber einfach auf den Spielplatz oder toben sich im Schaumstoffraum aus.

### Angefangen in der eigenen Stube

Den Bedarf an einem solchen Angebot hat Pia Müller bereits vor einigen Jahren erkannt. Angefangen mit kleinen Mut-



Offizielle Eröffnung des Familienzentrums von Schübelbach-Buttikon (SZ) mit dem Gemeindepräsidenten, Stefan Abt, Joseph Bruhin, Gemeinderat Ressort Soziales, und Pia Müller, der Leiterin der Familienzentren in Buttikon und in Weesen (v.l.). Bild: Familienzentrum am Park

ter-Kind-Treffen bei sich zu Hause, entwickelte die gelernte Kindergärtnerin mit Ausbildung zur ganzheitlichen Heilpraktikerin das Projekt schnell, sodass sie sich 2013 dazu entschied, die MuKidi GmbH zu gründen. Die GmbH finanzierte sich anfänglich durch Elternbeiträge, den Verkauf von Abonnements und «Ghackets mit Hörnli» auf dem Dorfmarkt. Dank vielen freiwilligen Helferinnen und Helfern gelang es, die MuKidi GmbH aufzubauen. Bis heute hat das Familienzentrum Weesen trotz der grossen Nachfrage nichts von seinem familiären Charakter eingebüsst. Sinnbildlich dafür steht die mit viel Liebe und Spielsachen eingerichtete Wohnung, in der man sich trifft. Sie wird von allen einfach «Stube» genannt. Seinem Zusammenspiel von Austausch, Begegnung, Beratung und der Bereitstellung von Information hat das MuKidi zu verdanken, dass der Kanton 2016 einen Beitrag aus dem «Kredit Familienzentren» gesprochen hat. So kann ein Teil der Ausgaben für Mitarbeitende, Ausflüge und Infrastruktur gedeckt werden. Auch mit der Gemeinde Weesen ist das MuKidi im Gespräch für Beiträge.

#### Eltern helfen mit

Die Rückmeldungen der Eltern sind einstimmig: Sie schätzen die Vertrautheit untereinander, die Infrastruktur, die kaum etwas zu wünschen übriglässt, und dass sie sich auch selbst einbringen

können. Jede Person dort, wo ihre Stärken liegen. Eine Mutter, die selbst aus dem Gastgewerbe kommt, führt das beliebte Familienkaffi, ein weiteres Teammitglied mit kaufmännischem Background führt die Verwaltung. Das Angebot variiert je nach zur Verfügung gestellter Ressourcen und hilft Eltern und insbesondere den Müttern, während der Jahre, in denen ihre Kinder im MuKidi-Alter sind, weiterhin einer Arbeit nachzugehen. Das erleichtert den Wiederein-

stieg in den Beruf und trägt dazu bei, dass Eltern die Work-Life-Balance je nach Bedarf ausgestalten können. Der Ansatz des ganzheitlichen Modells der Frühen Förderung, der auch die Eltern miteinbezieht, bringt allen Generationen einen Nutzen. Er fördert einerseits die Kinder in ihrer Entwicklung, andererseits profitieren die Eltern voneinander. Wenn ebendiese Vernetzung stattfindet, hat Pia Müller erreicht, worauf sie hingearbeitet

### Familienzentren im Netzwerk Bildung und Familie

Das Netzwerk Bildung und Familie hat sich zum Ziel gesetzt, die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen aus sozioökonomisch belasteten Familien zu verbessern. Die Aktivitäten und Angebote des gemeinnützigen Vereins, der im Jahr 2016 gegründet wurde, setzen in der frühen Kindheit an und fokussieren auf die für die Chancennutzung oft entscheidenden Übergänge zwischen Bildungstypen, Schulstufen und Bildungsphasen.

Sie richten sich zum einen mit Informationen und Vernetzungs-, Beratungs- und Bildungsangeboten an politische Entscheidungsträger. Zum anderen werden Organisationen und Fachper-

sonen, die mit und in den Familien arbeiten, unterstützt. So beschäftigt sich das Netzwerk auch mit dem Aufbau und der Vernetzung von bereits bestehenden und neuen Familienzentren. Es dokumentiert unter anderem Good-Practice-Modelle, entwickelt Arbeitshilfen, bietet Austauschmöglichkeiten und Weiterbildung an und führt eine Literatur- und Linkliste zum Thema Familienzentren. Gemäss einer Liste des Netzwerkes Bildung und Familie existieren in der deutschsprachigen Schweiz und in Liechtenstein mehr als 100 Familienzentren.

[www.bildungundfamilie.ch](http://www.bildungundfamilie.ch)



Informationen für Eltern im MuKidi-Familienzentrum am Park in Buttikon (SZ), etwa zur Tagesstruktur.

Bild: Familienzentrum am Park

hat. «Denn nur, wenn die Eltern zufrieden sind, ist es auch das Kind.» Zufrieden sind die Kinder im MuKidi auf jeden Fall. Dort kommen sie ganz auf ihre Kosten, können ihre Freunde treffen und mit ihnen spielen. Wenn es um Frühe Förderung geht, kommt dem Spielen eine wichtige Rolle zu. Im Spiel können sich Kinder weiterentwickeln und eignen sich durch den Kontakt mit anderen Kindern gleichzeitig Sozialkompetenz und Selbstkompetenz an. Das MuKidi kennt nur drei Regeln, die jedoch strikt eingehalten werden müssen: Bei Gewalt wird eingegriffen, schlimme Worte werden nicht toleriert und An- und Abmeldung sind Pflicht. Die Kinder, alle zwischen einigen Monaten und vier Jahren alt, sind begeistert, und am Ende des Tages können sie sich nur schwer wieder vom attraktiven Angebot an Spielzeug trennen.

### Motivation über die Kantonsgrenzen

Dass das Familienzentrum in Weesen bei Bevölkerung, Eltern und Kindern so grossen Anklang findet, motivierte auch die Betreiber der Kindertagesstätte in Buttikon im Nachbarkanton Schwyz zur Entwicklung eines vergleichbaren Pro-

jekts. Pia Müller wurde angefragt, ob sie den Aufbau des neuen Familienzentrums leiten würde; am 3. Mai 2017 stellte die Unternehmerin das Projekt mit ihrem MuKidi-Fachteam dem Gemeinderat und 30 Fachpersonen im Bereich Kind und Jugend dem Gemeinderat vor. Dieser erkannte die Bedeutung eines solchen Zentrums für seine Gemeinde, die über dreimal so viele Einwohnerinnen und Einwohner zählt wie Weesen. Das Vorhaben konnte starten. Durch die Erfahrung vom MuKidi in Weesen verlief die Umsetzung in Buttikon ohne Zwischenfälle. Wo vorher das Konzept und genügend Raum gefehlt hatten, konnte nun ein Zentrum ganz nach Pia Müllers Vorstellungen auf die Beine gestellt werden. Dieses entstand durch die grosse ehrenamtliche Helferschaft der Umgebung. Das Familienzentrum in Buttikon ist seit Mitte 2017 in Betrieb und erfreut sich vieler Mitglieder.

Durch die Fusion dieser beiden Zentren ergeben sich viele Vorteile: Personal kann vielseitig eingesetzt, Werbung gemeinsam genutzt und Administrationsaufwand verringert werden. Herzblut steckt in beiden Familienzentren, Pia Müllers «Bijou» bleibt jedoch die kleine

«Stube», deren Leitung sie noch immer innehat und wo sie direkt mit den Familien in Kontakt kommt. In Buttikon wirkt Pia Müller als Inhaberin und Teamleiterin. Dank der Unterstützung eines kompetenten Fachteams profitiert das Familienzentrum am Park von grosser Professionalität. Pia Müller selber kann Aufgaben delegieren, was ihr vieles erleichtert. Bei zwei Familienzentren, 27 Mitarbeitenden und einer eigenen Familie mit drei Kindern kann es nämlich schon mal drunter und drüber gehen.

Mirjam Wenger

### Infos:

[www.familienzentrum-am-park.ch](http://www.familienzentrum-am-park.ch)  
[www.familienzentrum-am-see.ch](http://www.familienzentrum-am-see.ch)  
[www.mukidi.ch](http://www.mukidi.ch)



Das Logo der Familienzentren von Weesen und Buttikon ist Programm. Bild: zvg.

# Links zur Frühen Förderung



Bild: Familienzentrum am Park

## BabyGuide, das offizielle Schweizer Handbuch für werdende und junge Eltern

Aus persönlicher Erfahrung einer jungen Mutter entstand 1984 die Idee, eine umfassende Information rund um Schwangerschaft, Geburt und die ersten Lebensjahre für Eltern zu erarbeiten. Intensive Recherchen und Sammlung von Informationen bei Eltern und Fachpersonen zeigten ein grosses Bedürfnis für einen Fachratgeber in der Schweiz. 1996 wurde der BabyGuide zum ersten Mal an werdende und junge Eltern in der Romandie und ab 1997 in der ganzen Schweiz abgegeben. Das Konzept ist zu einer dicht vernetzten Informationsplattform gewachsen, deren Redaktion ausschliesslich Spezialisten umfasst, die von ihren Standesorganisationen gewählt

werden. Über 20 Bundesämter und -stellen gestalten das Informationskonzept des BabyGuide aktiv mit. Ein umfassendes Adressverzeichnis – ebenfalls aus offiziellen Quellen – erlaubt den Eltern, Zugang zur richtigen Fachperson zu finden, Fragen zu klären oder ganz einfach, um einen Frauen- oder Kinderarzt, eine Hebamme, Still- oder Mütterberaterin, eine Geburts- oder Kinderklinik zu finden. Gut 160 Fachautoren teilen verlässliche Information auf 336 Seiten zu den ersten drei Lebensjahren eines Kindes. Der BabyGuide wird auf ärztliche Verordnung in Apotheken und Drogerien abgegeben.  
[www.babyguide.ch](http://www.babyguide.ch)



## conTAKT-kind.ch will für Erziehungsfragen sensibilisieren

Ziel des Projektes conTAKT-kind.ch ist es, insbesondere in die Schweiz zugewanderte Eltern für die Themen der Erziehung zu sensibilisieren. Dabei bildet die Frühe Förderung einen wichtigen Schwerpunkt. Das Projekt richtet sich an eine Vielfalt von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, die in unterschiedlichen Lern- und Begegnungsforen vermittelnd tätig sind: in der Elternarbeit, im DaZ-Unterricht, in der Elternbildung, in Eltern-Gesprächsgruppen oder Elterntreffs, in Femmes-Tischen, in Migrant\*innenvereinen und -foren, als Eltern und Grosseltern oder als Erziehende in Kita und

Spielgruppe, Kindergarten sowie Schule. conTAKT-kind.ch verbindet Theorie und Praxis und bietet fundierte theoretische Hintergründe, praktische Vorschläge und direkt einsetzbare Arbeitsmaterialien für Unterricht und Vermittlung. Entsprechend breit sind die Einsatzmöglichkeiten der Informationen und Materialien, die vom direkten Unterricht über das breite Feld der Elternbildung bis zu Elternabenden in der Volksschule oder Projektwochen mit der Kita usw. reichen. Das Projekt wird über das Migros-Kulturprozent realisiert.  
<http://www.contakt.ch>



CONTACT-KIND.CH

## parentu, die App für Eltern, die in 14 Sprachen informieren will

Die Idee, Informationen zum gesunden Aufwachsen der Kinder via eine App zu transportieren, wurde 2015 in einer kleinen Runde von Fachleuten aus den Bereichen Bildung, Integration und Soziales entwickelt. 2016 wurde zu diesem Zweck der unabhängige Verein Eltern-PushApp gegründet und die Testversion der App realisiert. «parentu – Die App für informierte Eltern» wurde zwischen März und Juni 2017 in sechs Gemeinden und Städten in fünf Kantonen getestet. Die Rückmeldungen der Eltern waren positiv. parentu wurde für Smartphones mit den Betriebssystemen iOS und Android entwickelt. Derzeit stehen 140 Inhalte zu den

Themenbereichen Gesundheit, Sprache, Erziehung und Bildung in Deutsch als Text, Film, Bild und Audiofile zur Verfügung. 70% der Inhalte liegen in Albanisch, Portugiesisch und Tigrinya vor, 50% in Arabisch. Die Inhalte umfassen ausschliesslich Informationen anerkannter Fachorganisationen zum gesunden Aufwachsen von Kindern und decken das Alter von 0 bis 8 Jahren ab. Ziel des Vereins ist es, die Inhalte in 14 Sprachen zur Verfügung zu stellen. Dafür werden noch Sponsoren gesucht. Ebenso gesucht werden Partner zur Einführung der App in der Westschweiz und im Tessin.  
<https://www.parentu.ch>





# Neue Finanzierungsansätze für eine langfristige Sicherung

Um dauerhaft ein berufskompatibles Kinderbetreuungsangebot bereitstellen zu können, ist vor allem auf dem Land die Risikoverteilung zwischen Kindertagesstätten und Gemeinden anzupassen: so das Fazit einer Studie der HTW Chur.

Dank der Anstossfinanzierung des Bundes wurde das Angebot an familienergänzender Kinderbetreuung in den letzten 15 Jahren stetig ausgebaut. Heute können auch in der Schweiz Eltern vielerorts auf eine funktionierende und qualitativ hochstehende Kita-Versorgung zurückgreifen. Trotz dieses Erfolgs sehen sich viele Kitas mit finanziellen Herausforderungen konfrontiert. Diese rühren einerseits daher, dass die Aufbauphase

abgeschlossen ist und somit die Bundesanstosssubventionen wegfallen. Andererseits wird es mit dem Übergang zum Normalbetrieb zusehends schwieriger, das hohe ehrenamtliche Engagement in vielen Vereinsvorständen und oft beträchtliche Spendenvolumen aufrechtzuerhalten.

## **Herausforderungen auf dem Land**

Im ländlichen Kontext ergeben sich zusätzliche Schwierigkeiten. Sollen Kitas eine berufskompatible Betreuungsinfrastruktur bereitstellen, heisst dies auch dort, ein Angebot zu schaffen, das ganztätig den ganzen Arbeitstag abdeckt und gleichzeitig flexibel entsprechend dem effektiven Betreuungsbedarf beansprucht werden kann. Ein solches Angebot ist mit hohen Fixkosten verbunden

Spielend die Welt entdecken und mit anderen Kindern Kontakte knüpfen: Kindertagesstätten machen es möglich.

Bild: Shutterstock



und kann nur zu vernünftigen Kosten bereitgestellt werden, wenn die Auslastung der Betreuungskapazitäten konstant hoch genug ausfällt. Gerade hier stossen Kitas abseits der Zentren aber regelmässig an ihre Grenzen. Obwohl ihr Umfeld unterdurchschnittlich mit Betreuungsplätzen versorgt ist, sind sie vielfach erheblichen Nachfrageschwankungen unterworfen.

Ergebnisse einer Untersuchung, die die HTW Chur im Auftrag der Gemeinden der Region Sarganserland-Werdenberg (SG) mit den Finanzzahlen der ansässigen Kita-Trägerschaften durchgeführt hat, zeigen beispielhaft die anfällig gewordene Finanzlage der Kitas. Anders als noch vor zwei Jahren, als längere Wartelisten geführt wurden, können Kitas heute frei gewordene Plätze nicht mehr in jedem Fall sofort wiederbesetzen. Der Platzausbau bei den bestehenden Kitas und die Errichtung von (nicht öffentlichen) Firmen-Kitas haben – trotz

der kräftig gestiegenen Nachfrage nach Betreuungsplätzen – vorübergehend zu einem Angebotsüberschuss geführt. Die daraus resultierende tiefere Auslastung hat sich in empfindlichen Einkommenseinbussen niedergeschlagen. Verschärfend kam hinzu, dass sich der Anteil der gut verdienenden Eltern, die Betreuungsplätze zu den Maximaltarifen buchen, verringert hat. Damit hat auch der Anteil der kostendeckend besetzten Plätze abgenommen.

### Gesunkener Eigenfinanzierungsgrad

Wie aus der nachfolgenden Tabelle hervorgeht, deckten die Elternbeiträge bis 2013 durchschnittlich 70% des ordentlichen Betriebsaufwands der untersuchten Kitas ab. Zusammen mit den Unternehmensbeiträgen und Spenden resultierte damit ein Eigenfinanzierungsgrad von 82%. In den Jahren 2014 bis 2016 sanken die Elternbeiträge auf 64%, und die Unternehmensbeiträge erodierten auf unter 4%, sodass die Eigenfinanzierung – bei insgesamt konstanten Kosten pro Platz – noch bei 71% lag. In der Folge reichten die Beiträge der öffentlichen Hand nicht mehr aus, die Kosten zu decken, sodass eine Finanzlücke von durchschnittlich 2,1% resultierte.

### Ungleiche Risikoverteilung

Die eingetrübte Finanzlage stellt das herkömmliche Finanzierungsmodell von öffentlich unterstützten Kitas infrage. Auf der Kostenseite ist im stark regulierten, personalintensiven und von tiefen Löhnen geprägten Segment der Handlungsspielraum eng. Vielerorts sind bereits konstante Kosten nicht einfach zu erreichen. Auf der Einnahmenseite liegt bei den Elternbeiträgen zwar der grösste Hebel, doch sind Anhebungen mit Bedacht vorzunehmen. Die Erfahrungen der Kitas zeigen, dass Eltern insgesamt eine hohe Preissensibilität aufweisen

und mittelfristig deutlich auf Tarifierhöhungen reagieren, indem sie auf andere Betreuungsformen umsteigen (z.B. Einstellung einer Nanny) oder auf Fremdbetreuung (und dadurch ermöglichte Erwerbstätigkeit) verzichten.

Grundsätzlich zu überdenken ist indes das Subventionsmodell der Gemeinden. Im vorherrschenden System mit Leistungsvereinbarungen werden die Beiträge typischerweise für mehrere Jahre definiert und unabhängig von der tatsächlichen Nutzung des Platzangebots ausgerichtet. Dadurch finanziert die öffentliche Hand nicht belegte Plätze mit, andererseits liegt das Risiko von Belegungsschwankungen, insbesondere von unvorhergesehenen Unterbelegungen, vollständig bei den Kitas. Desgleichen sind die Kitas die alleinigen Träger des sozialen Risikos. Das heisst, sie kommen für die finanzielle Lücke auf, die durch eine unerwartete Verschlechterung der Einkommensstruktur der Eltern und den daraus folgenden Mindereinnahmen entsteht.

Die einseitige Risikozuweisung ist für Kitas je problematischer, desto starrer die Forderungen der Gemeinden zum bereitzustellenden Platzangebot sind bzw. desto mehr die Gemeinden in die Tarifgestaltung der Kitas eingreifen und die Vergabe der Betreuungsplätze auch zu nicht kostendeckenden Preisen verlangen. Im Umkehrschluss drängt sich entsprechend eine Beteiligung der Gemeinden an Unterbelegungs- und Sozialrisiken je mehr auf, umso grösser ihre Ansprüche an eine umfangreiche und für breite Bevölkerungskreise erschwingliche Kinderbetreuung sind.

### Neue Finanzierungsmodelle gefragt

Gemeinden können sich am sozialen Risiko der Kitas beteiligen, indem sie die Differenz zwischen einem kostendeckenden Referenztarif und einem allfällig

	2008–2013	2014–2016
Elternbeiträge	69,5%	64,3%
Beiträge Unternehmen	8,9%	3,5%
Spenden, Gönnerbeiträge	3,7%	3,5%
<b>Eigenfinanzierung</b>	<b>82,2%</b>	<b>71,4%</b>
<b>Beiträge Gemeinden</b>	<b>19,3%</b>	<b>22,3%</b>
<b>Beiträge Bund</b>	<b>3,1%</b>	<b>4,3%</b>
<b>Finanzierungsüberschuss/-lücke</b>	<b>-4,6%</b>	<b>2,1%</b>

Tabelle: Finanzierung von Kitas in der Region Sarganserland-Werdenberg. Die Werte zeigen die einzelnen Ertragsarten des ordentlichen Betriebsaufwands.

Grafik: Martina Rieben/Quelle: HTW Chur.

### Walliser Kita mit Frühförderungspreis 2017

Die Pestalozzi-Stiftung vergab 2017 zum dritten Mal gemeinsam mit dem Dachverband der Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH) den Frühförderungspreis für Schweizer Berggebiete. Für den Frühförderungspreis der Pestalozzi-Stiftung für Schweizer Berggebiete hatten sich zehn Institutionen der Frühförderung beworben. «Die Bewerbungen zeigen, dass in den Schweizer Berggebieten qualitativ wertvolle Initiativen zur frühen Förderung vorhanden sind und dass unter anderem dank grossem ehrenamtlichen Engagement bereits wichtige Pionierarbeit geleistet wurde», heisst es in der Medienmitteilung. Familienergänzende Institutionen leisteten einen wichtigen Beitrag für das Gelingen des Übergangs in den Kindergarten und in die Schule. Denn für den Lernerfolg der Kinder sei eine frühe Förderung in Kindergruppen neben der elterlichen Erziehung eine wesentliche Voraussetzung. Was in den ersten Lebensjahren auf spielerische Art erlernt werde, bilde die Grundlage für die zukünftige Schulbildung. Die



Jury hat aus drei Projekten der engsten Wahl die Kita Gogwärgi als Preisträgerin ausgewählt. Sie ist Teil des 2015 neu erstellten Schulhauses in Lax. Die Kita Gogwärgi repräsentiert für die Jury regionale Zusammenarbeit und auch die Zusammenarbeit zwischen Eltern und Kita in vorbildlicher Art und Weise. Getragen wird sie von den sechs Gemeinden Bellwald, Binn, Ernen, Fiesch, Fieschertal und Lax. Leitung und Team setzten sich für ein Klima der Offenheit und des Vertrauens ein. Regelmässige gemeinsame Anlässe oder Elternabende förderten den Austausch mit der Bevölkerung und mit den Eltern. «Das Projekt ist innovativ, übertragbar und in Bergregionen einsetzbar.»

vergünstigten Elterntarif übernehmen. Der Referenztarif entspricht dabei den Vollkosten, die Kitas bei effizienter Leistungserbringung, realistischer Auslastung und unter Vornahme notwendiger Erneuerungsinvestitionen pro Platz und Tag entstehen. Der Referenztarif wird idealerweise auf regionaler Ebene für mehrere Kitas festgelegt und periodisch überprüft.

Die Festlegung des Elterntarifs kann dagegen gemeindeweise gemäss den jeweiligen standort-, familien- und sozialpolitischen Zielen erfolgen. Gemeinden können sich über unterschiedliche Elterntarife weniger oder mehr an der Vergünstigung der Kinderbetreuung und am sozialen Risiko beteiligen. Die Festlegung der Tarifstruktur und des begünstigten Personenkreises (z.B. nur Personen mit Betreuungsbedarf infolge Erwerbstätigkeit) erlaubt den Gemeinden eine gezielte Verwendung der verfügbaren Mittel. Wird ein regional einheitlicher Referenztarif verwendet, ist dabei auch unerheblich, ob die Leistungserbringung inner- oder ausserhalb der Gemeinde erfolgt. Die Gemeinde bezahlt für ihre Kita-Nutzer in jedem Fall die Differenz zwischen Referenztarif und gemeindespezifischem Elterntarif. Die



*Kitas bieten auch ein attraktives Angebot an Spielzeug.* Bild: Familienzentrum am Park

daraus resultierende Flexibilität ist ein Beitrag zur besseren Nutzung der vorhandenen Kita-Kapazitäten.

Die Beteiligung am Unterbelegungsrisiko kann wie in anderen Bereichen über einen Verteilschlüssel zwischen Kitas und öffentlicher Hand erfolgen. Hierbei leisten Gemeinden Beiträge, wenn ein vorgängig definierter, angemessener Auslastungsgrad unterschritten wird. Um hohe Ausgaben infolge einer längeren Unterbelegung zu vermeiden, kann zusätzlich festgelegt werden, dass Kitas, deren Auslastungsgrad für eine längere Zeit (aber voraussichtlich nicht dauerhaft) unter einen bestimmten Wert fällt, Plätze abbauen müssen. In diesem Fall ist es aber zweckmässig, die Konditionen so festzulegen, dass die Infrastruktur für das ursprüngliche Platzangebot aufrechterhalten werden und eine spä-

tere Wiederinbetriebnahme der Plätze rasch und günstig erfolgen kann.

### **Stärker schwankende, nicht zwingend höhere Gemeindebeiträge**

Die vorgeschlagenen Anpassungen am Subventionsmodell würden zu stärker schwankenden Beiträgen an die externe Kinderbetreuung führen – wobei Modellrechnungen zeigen, dass das Beitragsvolumen mittelfristig nicht steigen muss. Im Gegenzug könnten die Gemeinden stärker Einfluss nehmen, wer erleichterten Zugang zur Kinderbetreuung erhält. Des Weiteren könnten sie dank Referenztarifen, die sich strikt an effizient arbeitenden Leistungserbringern zu orientieren hätten, den wirtschaftlichen Einsatz der eingesetzten Mittel besser überprüfen als im heutigen System mit pauschalen Beitragszusagen. Der Haupt-

gewinn aber läge in einer dauerhaft sichergestellten Betreuungsinfrastruktur, die Wohn- und Unternehmensstandorte massgeblich aufwertet.

*Monika Engler und Kathrin Dinner,  
Zentrum für wirtschaftspolitische Forschung, HTW Chur*

### **Infos:**

Der Bericht «Zukünftigen Finanzierung der Kindertagesstätten in der Region Sarganserland-Werdenberg» ist auf [www.htwchur.ch/zwf](http://www.htwchur.ch/zwf) Publikationen verfügbar.

## Positionen des SGV zur familienergänzenden Kinderbetreuung

Um dem inländischen Fachkräftemangel entgegenzuwirken und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern, sollen die heute geltenden steuerlichen Abzüge bei den Kinderdrittbetreuungskosten erhöht werden: So sieht es die Vorlage des Bundesrats vor. Geplant ist, dass bei der direkten Bundessteuer anstelle von 10000 Franken neu maximal 25000 Franken pro Kind und Jahr abgezogen werden können; auf Stufe der Kantone soll künftig ein Mindestbetrag von 10000 Franken pro Kind und Jahr eingeführt werden, wobei die Kantone weiterhin selbst eine maximale Obergrenze festlegen können. Aktuell beläuft sich der Abzug je nach Kanton auf 3000 bis 19200 Franken pro Kind. Vor dem Hintergrund der besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind diese höheren Abzüge aus Sicht des Schweizerischen Gemeindeverbands (SGV) mindestens im Bereich der Bundessteuer grundsätzlich sinnvoll. Ein erhöhter Abzug für die berufsbedingten Kinderdrittbetreuungskosten kann dazu beitragen, insbesondere bei Frauen positive Erwerbsanreize zu setzen, die Erwerbstätigkeit (wieder) vermehrt aufzunehmen oder das Arbeitspensum zu erhöhen. Allerdings sollte dabei beachtet werden, dass mit der so geplanten Vorlage den Kantonen und Gemeinden langfristig ein weiteres Mal neue, nicht unerhebliche Mindereinnahmen bzw. Einnahmeausfälle auferlegt werden. Der Bund geht im erläuternden Bericht davon aus, dass die Reform bei Kantonen und Gemeinden jährliche Mindereinnahmen von rund

25 Mio. Franken zur Folge hätte. Dies in einer Situation, in der demografische Entwicklungen, aber auch fiskalische Vorlagen wie die Steuervorlage 17 die Gemeinden immer stärker belasten.

In den Gemeinden steht eine Vielzahl privater und institutioneller familienergänzender Betreuungseinrichtungen wie Spielgruppen, Kindertagesstätten, Tagespflegeeltern, aber auch nachbarschaftliche und familiäre Angebote bereit. Noch immer ist die Nachfrage allerdings grösser als das Angebot, und die Betreuungskosten sind in der Schweiz im europäischen Vergleich überdurchschnittlich hoch. Das belastet das Budget der Eltern und führt oftmals dazu, dass sich eine Erwerbstätigkeit beider Eltern nicht oder wenig lohnt. Mit dem 2013 in Kraft gesetzten Bundesgesetz über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung wurde ein wichtiges Impulsprogramm zur Schaffung zusätzlicher Plätze für die Tagesbetreuung von Kindern eingeführt. Im September 2014 beschloss das Parlament die Verlängerung des Programms um vier Jahre bis zum 31. Januar 2019.

In der Anhörung der WBK-SR vom 10. Oktober 2016 hatte der SGV gefordert, dass die geplante Anpassung der Abzüge für Kinderdrittbetreuungskosten und die Änderungen bei den Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung koordiniert und abgestimmt angegangen werden. Am 16. Juni 2017 haben National- und Ständerat in der Schlussabstimmung der Änderung des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für

familienergänzende Kinderbetreuung und damit zwei neuen Förderinstrumenten zugestimmt (Geschäft 16.055).

Während zusätzlichen fünf Jahren stehen nun neue Subventionen in Höhe von jährlich rund 100 Mio. Franken zur Verfügung. Die Inkraftsetzung dieser neuen Bestimmungen ist gemäss aktueller Planung auf den 1. Juli 2018 vorgesehen. Die zusätzlichen Bundesmittel tragen zum Ausbau der Betreuungsangebote in den Gemeinden bei. Dennoch besteht weiter Handlungsbedarf, insbesondere um die Qualität der Förderangebote angesichts der Herausforderungen der sprachlichen und sozialen Integration sicherzustellen und um soziale Folgekosten zu vermeiden.

Fazit: Aus einer gesamtgesellschaftlichen und auch volkswirtschaftlichen Perspektive sind die steuerlichen Entlastungen für Eltern eher zu begrüssen. Für die Kantone und Gemeinden resultieren daraus jedoch Einnahmeausfälle. Ob sich ein erhöhter Kinderdrittbetreuungsabzug aufgrund der positiven zu erwartenden Beschäftigungsimpulse auf lange Sicht selbst finanziert oder sogar Einnahmen generiert, bleibt abzuwarten. Die erste, durch Förderbeiträge mitfinanzierte Phase ist bis zum heutigen Zeitpunkt diesen Nachweis schuldig geblieben. In der Summe bleibt der SGV skeptisch, befürwortet aber die Vorlage im Sinne einer Verlängerung des Anschubzeitraumes. Zentral bleibt, dass bei beiden Vorlagen im Zentrum steht, dass die Gemeinden und Städte mindestens mittelfristig entlastet werden könnten.

# Ermöglicht die Sozialhilfe den Kindern die eigene Wohnung?

Joel Lersch ist 21 Jahre alt und im letzten Lehrjahr. Wegen Konflikten mit seinen Eltern will er ausziehen. Ob ihm die Sozialhilfe eine andere Wohnform ermöglicht, hängt von der Zumutbarkeit eines Verbleibs bei den Eltern ab.

Der 21-jährige Joel Lersch\* ist nach einem heftigen Streit mit seinen Eltern bei einem Freund untergekommen. Er hat die obligatorische Schule abgeschlossen und absolviert das letzte Lehrjahr zum Spengler EFZ. Sein Lehrlingsgehalt beträgt monatlich 1000 Franken brutto. Die Eltern sind nicht in der Lage, gegenüber ihrem Sohn Unterhalt zu leisten, und der Antrag auf ein Stipendium wurde kürzlich abgelehnt. Joel Lersch meldet sich deshalb auf dem regionalen Sozialdienst und beantragt materielle Unterstützung. Er möchte nicht mehr bei seinen Eltern wohnen, weil die Konflikte mit ihnen nicht mehr auszuhalten seien. Er wolle erfolgreich seine Lehre abschliessen und brauche Distanz zur schwierigen Situation. Er erzählt von Alkoholproblemen der Mutter und von der Gewalttätigkeit des Vaters.

## Fragen

Kann von Joel Lersch verlangt werden, dass er weiterhin bei seinen Eltern wohnt, oder soll ihm die Sozialhilfe eine andere Wohnform ermöglichen? Wenn ja, welche Kosten werden übernommen?

## Grundlagen

Per 1. Januar 2016 sind die SKOS-Richtlinien angepasst worden. Seither gelten für junge Erwachsene, also Personen zwischen dem vollendeten 18. und dem vollendeten 25. Altersjahr, besondere Empfehlungen bei den Wohnkosten (SKOS-Richtlinien, Kapitel B.4).

Von jungen Erwachsenen ohne abgeschlossene Erstausbildung wird erwartet, dass sie bei ihren Eltern wohnen. Ist dies nicht möglich, beispielsweise wegen Vorfällen häuslicher Gewalt, hochskalierten Konflikten, psychischer Erkrankung oder Verwahrlosung der Eltern, soll der Bezug einer anderen günstigen Wohngelegenheit (z.B. einer Wohngemeinschaft) ermöglicht werden. Ein eigener Haushalt wird nur in Ausnahmefällen gewährt. Solche sind beispielsweise bei bestimmten psychischen Erkrankungen (Angststörungen) ge-

ben oder wenn die Betroffenen schon eigene Kinder haben.

Liegen die Voraussetzungen für einen eigenen Haushalt beziehungsweise das Leben in einer Wohngemeinschaft nicht vor, kann vor einem Auszug aus dem Elternhaus die Übernahme der Wohnkosten verweigert werden, womit die betroffene Person faktisch gezwungen ist, im elterlichen Haushalt wohnen zu bleiben.

## Antworten

In der vorliegenden Situation ist zu prüfen, ob eine Rückkehr in den elterlichen Haushalt zumutbar ist. Der von Joel Lersch geschilderte Konflikt und die sich daraus ergebende Lage sind genau zu klären und zu beurteilen. Mit Einverständnis des Betroffenen kann zu diesem Zweck auch ein klärendes Gespräch mit den Eltern oder dem Lehrbetrieb geführt werden. Falls bei Joel Lersch Anzeichen bestehen, dass die schwierige Situation seine Gesundheit beeinträchtigt, kann eine ärztliche Beurteilung (z.B. durch einen Psychiater) eingeholt werden.

Eine Rückkehr zu den Eltern erscheint eher unwahrscheinlich. Die Gewalttätigkeit des Vaters und die Suchterkrankung der Mutter belasten Joel Lersch erheblich, und gefährden damit kurzfristig den Lehrabschluss, langfristig aber auch seine psychische Gesundheit. Beide Verläufe widersprechen den Zielsetzungen der Sozialhilfe und sind deshalb zu vermeiden.

Wird die Rückkehr zu den Eltern als nicht zumutbar eingestuft, ist Joel Lersch schriftlich mitzuteilen, dass die Kosten für eine günstige Wohngelegenheit in einer Wohngemeinschaft übernommen werden und er eine solche suchen darf. Auch ein Wohnheim für Lernende kommt infrage. Gleichzeitig ist auszuführen, welcher verbindliche Kostenrahmen für die Wohnkosten gilt. Es empfiehlt sich, Joel Lersch bei der Wohnungssuche aktiv zu unterstützen, beispielsweise durch den Hinweis auf passende Wohngelegenheiten. Das Ausstellen einer Miet-

zinsbestätigung kann je nach Situation hilfreich sein.

Für den vorläufigen Aufenthalt beim Kollegen ist ein Budget zu erstellen und zu klären, welche Kosten für die Mitbenützung der Wohnung übernommen werden. Der Lehrlingslohn (netto) sowie die Ausbildungszulage sind als Einnahmen anzurechnen.

\* Name fiktiv

*Claudia Hänzi  
Präsidentin Kommission Richtlinien  
und Praxis der SKOS*

## Rechtsberatung aus der Sozialhilfepraxis

An dieser Stelle präsentiert die «Schweizer Gemeinde» Fälle aus der Rechtsberatung der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS). Die Antworten betreffen exemplarische, aber juristisch knifflige Fragen, wie sie sich jedem Sozialdienst stellen können. Die SKOS verfügt über ein Beratungsangebot für ihre Mitglieder, damit solche Fragen rasch und kompetent beantwortet werden können.

[www.skos.ch](http://www.skos.ch)

# Fahrende auf der Suche nach Halteplätzen in der Schweiz

Jenische, Sinti und Roma haben ein Recht auf ihre fahrende Lebensweise – doch dazu brauchen sie deutlich mehr Halteplätze in der Schweiz. Auch die Gemeinden sind gefordert. Der SGV bietet dazu Hilfestellung an.



*Menschen, die als Fahrende in Wohnwagen leben, können diese Art von Leben nur führen, wenn ihnen auch Halteplätze zur Verfügung stehen. In der Schweiz bräuchte es Dutzende davon.*

*Bild: Shutterstock*

Das Fazit ist ernüchternd: In der Schweiz fehlen immer noch rund 80 Halteplätze für Menschen, die als Fahrende in Wohnwagen leben. Am alarmierendsten ist die Situation bei den Durchgangsplätzen, auf welchen die Fahrenden im Sommer temporär Halt machen können: Schweizweit gibt es nur noch 31 – deutlich weniger als vor 15 Jahren. Und: Nötig wären 80 Plätze. Das zeigt der jüngste Standbericht auf, welcher von der Stiftung «Zukunft für Schweizer Fahrende» Ende 2016 publiziert wurde. Bei den ganzjährig bewohnbaren Standplätzen bräuchte es 25 zusätzliche Angebote. Und Transitplätze für ausländische Gruppen, welche die Schweiz durchqueren, gibt es erst fünf statt der angestrebten zehn bis zwölf. «Ohne Halteplatz», sagt Simon Röthlisberger, Geschäftsführer

der Stiftung, «gibt es keine Möglichkeit, die fahrende Lebensweise zu leben. Und diese ist das Kernelement der Identität der Jenischen, Sinti und Roma.» Deren Lebensbedingungen zu verbessern, das ist der Auftrag der Stiftung, die aus Vertretern von Bund, Kantonen, Gemeinden, Sinti und Jenischen zusammengesetzt ist. Und die daran erinnert, dass Fahrende ein Recht auf ihre Lebensweise haben, aufgrund des von der Schweiz 1998 unterzeichneten Rahmenabkommens zum Schutz nationaler Minderheiten. Der Bundesrat hat so die Schweizer Jenischen und Sinti offiziell als Minderheiten anerkannt. Doch auch europäische Roma haben aufgrund der Personenfreizügigkeit das Recht, in der Schweiz zu reisen und zu arbeiten. Diese Rechte werden den Fahrenden aber zu-

nehmend streitig gemacht. Nicht nur durch die fehlenden offiziellen Plätze, sondern beispielsweise dadurch, dass manche Gemeinden die Bauern daran zu hindern versuchen, ihr Land temporär an Fahrende zu vermieten. Dabei ist dieser sogenannte spontane Halt aus raumplanungsrechtlicher Sicht legal, wie Röthlisberger betont. «Grundeigentümer dürfen kleineren Gruppen für bis zu vier Wochen und bis zu zweimal im Jahr ihr Land zur Verfügung stellen.» Auch die Haltung der Bevölkerung gegenüber Fahrenden scheint vielerorts ablehnend zu sein. Letzten Sommer machte etwa das bernische Wileroltigen Schlagzeilen, wo die Anwesenheit von rund 200 Wohnwagen ausländischer Fahrender neben der Autobahn die Gemüter erhitzte. Es bildete sich ein Bür-



«In den drei Jahren, in denen ich Gemeindepäsident bin, haben die Fahrenden unsere Abmachungen immer eingehalten.»

**Marc Meichtry, Gemeindepäsident von Brügg (BE)**

gerkomitee, das Gülle auf den Feldern verteilte, um eine Rückkehr der Fahrenden zu verhindern.

### Neuer Transitplatz in Freiburg

Die Fachpersonen sind sich einig: Solche Konflikte werden weniger, wenn man mehr offizielle Plätze schafft. Dort sind die Regeln klarer und auch einfacher durchzusetzen. Jüngstes Beispiel dafür ist der Transitplatz Ponts-des-Joux im freiburgischen Sâles, an der Autobahn A12 gelegen. Er wird vom Kanton verwaltet, für den Unterhalt ist das Bundesamt für Strassen zuständig. Acht Monate steht er Fahrenden offen, im Winter den Camionnieuren. Letzten Sommer wurde er eröffnet und vor allem von französischen und einigen spanischen Familien frequentiert. Das Fazit der Behörden fällt positiv aus: keine Reklamationen von Dritten, kein Strafantrag, nur kleinere Sachschäden an der Einrichtung. Die Fahrenden selber zeigten sich erfreut über die neue Haltegelegenheit, äusseren aber Verbesserungswünsche betreffend Infrastruktur und Aufenthaltsdauer.

### Ein Muss in der Raumplanung

Die Kantone sind aufgrund eines Bundesgerichtsentscheids von 2003 verpflichtet, die räumlichen Bedürfnisse der Fahrenden in der Raumplanung zu berücksichtigen. Kantone sind deshalb federführend bei der Suche nach geeigneten Standorten und kommen für die Erstellung oder Sanierung von Plätzen auf. Der operative Betrieb obliegt der Gemeinde. Doch den Kantonen fällt es schwer, Standortgemeinden zu finden,



«Im Herbst wird der Campingplatz für die Fahrenden wintersicher gemacht. Für die Ausarbeitung des Mietvertrags bin ich froh um die Unterstützung des Kantons.»

**Hans Rudolf Stüdeli, Gemeindepäsident Erlach (BE)**

die sich dafür bereit erklären. «Ohne die Gemeinden geht es nicht», betont Simon Röthlisberger. Er wünscht sich von den Gemeinden, «Teil der Lösung zu sein und nicht Teil des Problems» und die Platzfrage «nüchtern und pragmatisch» zu lösen.

### Erlach bietet Hand

Eine solch lösungsorientierte Gemeinde ist Erlach (BE) am Bielersee. Seit Jahrzehnten machen Fahrende an verschie-

«Der Erfahrungsaustausch unter den kommunalen Platzbetreibern ist sehr wertvoll für die Verantwortlichen, weil sie sich gegenseitig praxiserprobte Tipps geben können.»

**Christoph Bürgi, Fachstelle Fahrende des Kantons Aargau**



Thema», lautet Hans Rudolf Stüdelis Begründung. Mit einer benachbarten französischsprachigen Gemeinde hat der Erlacher Gemeindepäsident bereits geklärt, dass welche Kinder dort in die Schule gehen können, und er ist froh um die kantonale Unterstützung bei der Ausarbeitung eines Mietvertrags. «Bisher haben wir keine negativen Erfahrungen mit Fahrenden gemacht», sagt Stüdeli und erzählt eine Anekdote: «Einmal, vor Jahren, tauchten im Abfallcontainer der Fahrenden illegal entsorgte Pneus auf. Doch wir fanden dann heraus, dass nicht die Fahrenden die Übeltäter waren, sondern ein Anwohner.»

### Der Aargau als Vorreiter

«Gemeinden, welche bereits Erfahrung haben mit Fahrenden, sind meistens offener»: Diese Erfahrung macht auch Christoph Bürgi von der Fachstelle Fahrende im Kanton Aargau. Der Aargau gilt als Vorreiter im Umgang mit Fahrenden und hat schon vor zehn Jahren die raumplanerischen Voraussetzungen, ein Kon-

zept sowie eine Fachstelle geschaffen. Diese ist Ansprechperson für Fahrende und Platzbetreiber, bietet Kriseninterventionen an oder hat in Zusammenarbeit mit dem Bauernverband ein Merkblatt für spontane Halte herausgegeben. Darin finden Interessierte einen Mustermietvertrag sowie die Rechte und Pflichten von Fahrenden und Landwirten. Einmal jährlich organisiert Bürgi zudem einen Erfahrungsaustausch unter den kommunalen Platzbetreibern. «Dieser ist sehr wertvoll für die Verantwortlichen, weil sie sich gegenseitig praxiserprobte Tipps geben können.» Dennoch ist es laut Christoph Bürgi auch im Kanton Aargau nicht einfach, neue Standortgemeinden zu finden: «Es braucht Überzeugungsarbeit.»

### Ein persönliches Gespräch

«Es braucht eine Sensibilisierung und Aufklärung der Bevölkerung, um Vorurteile gegenüber Fahrenden abzubauen»,



«Gemeinden sollten Platzfragen nüchtern und pragmatisch angehen, damit sie Teil der Lösung sind, nicht Teil des Problems.»

**Simon Röthlisberger, Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende**

sagt auch Simon Röthlisberger. Solche leistet Marc Meichtry, Gemeindepräsident von Brügg (BE), im persönlichen Gespräch. In seiner Gemeinde gibt es keinen offiziellen Platz, aber viele Spontanhalte eines grossen Familienclans aus dem Elsass. Meichtry versucht diese Halte nicht zu verhindern, sondern verhandelt Spielregeln mit Bauern und Fahrenden. «In den drei Jahren, in denen ich Gemeindepräsident bin, haben die Fahrenden unsere Abmachungen immer eingehalten.» Dennoch erhält der Gemeindepräsident viele Beschwerdetelefone aufgebrachter Bürger. Seine Devise: «Ich rufe alle Anrufer zurück und gehe wenn möglich bei ihnen vorbei.» Das sei zeitaufwendig, doch es lohne sich. «Ich muss bei allen nur einmal vorbeigehen.» Er erklärt den Leuten dann, dass Fahrende ein Recht auf ihre Lebensweise habe, dass es nicht das Gleiche ist, wie wenn Sesshafte überall campieren würden, oder wieso manche Fahrende schöne Wohnwagen haben. Sollte der

Kanton Brugg anfragen für die Errichtung eines Durchgangsplatzes, so würde der Gemeinderat das Anliegen prüfen, sagt Meichtry. «Wenn es funktioniert, wieso nicht? Wieso das Anliegen wie den Schwarzen Peter anderen Gemeinden weiterreichen?» Unter den Gemeinden sei es ein Geben und Nehmen. «In einem anderen Bereich können dann wir von anderen profitieren.»

*Barbara Spycher*

#### Infos:

[www.stiftung-fahrende.ch/geschichte-gegenwart](http://www.stiftung-fahrende.ch/geschichte-gegenwart)

## Fahrende in der Schweiz

### Jenische

Jenische nennen sich die hauptsächlich in der Schweiz, Deutschland und Österreich lebenden Angehörigen mit fahrender oder sesshafter Lebensweise. In der Schweiz sind es 30000 bis 35000, die den Status einer anerkannten kulturellen Minderheit haben. Sie haben immer in der Schweiz gelebt und haben alle das Schweizer Bürgerrecht. Ihre Sprache pflegen sie untereinander. Die Schweizer «Fahrenden» sind mehrheitlich Jenische. Auch für jene, die nicht oder nicht mehr fahren, stellt die fahrende Lebensweise ein konstituierendes Element ihres Selbstverständnisses dar.

### Roma

Zu den Roma gehören verschiedene Bevölkerungsgruppen mit einer gemeinsamen indischen Herkunft und Sprache. Sie leben seit Jahrhunderten als grösste Minderheit in Europa, meist sesshaft, selten fahrend.

### Sinti/Manouche

Die in der Schweiz lebenden Sinti beziehungsweise Manouche, wie sie in der Romandie genannt werden, verstehen sich nicht als Roma. Teilweise haben sie sich mit den Jenischen vermischt. Sie sind in der Schweiz ebenfalls als nationale Minderheit anerkannt.

## Fachtagung zur Unterstützung von Gemeinden

Die Schaffung von Stand-, Durchgangs- und Transitplätzen für Jenische, Sinti und Roma mit fahrender Lebensweise stellt die Gemeinden vor Herausforderungen. Viele Gemeinden wehren sich mit planerischen oder polizeirechtlichen Argumenten dagegen. Dass solche Plätze auch funktionieren und sinnvoll sind, zeigen Beispiele in verschiedenen Kantonen und Gemeinden. Die Gemeinden haben eine zentrale Rolle bei der Schaffung von Plätzen, weil hier Anwohner und Menschen auf der Durchreise aufeinandertreffen. Für die Gemeinden ist dabei die Unterstützung der Kantone und des Bundes zentral. Der Schweizerische Gemeindeverband und die Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende organisieren am 26. Januar eine Fachtagung zum Thema, die sowohl Einblick in grundlegende raum-

planungsrechtliche Aspekte als auch in die Praxis gibt. Es werden aktuelle Fachgrundlagen, Handlungsoptionen sowie «good practice-Beispiele» aus verschiedenen Gemeinden vermittelt.

Der inhaltliche Schwerpunkt liegt dabei auf der Schaffung neuer Plätze, um Konflikte bei irregulären Landnahmen zu verringern. Ziel der Tagung ist es, den Gemeinden konkret aufzuzeigen, wie sie bei der Planung und Bewirtschaftung von Halteplätzen vorgehen können.

Die Tagung richtet sich insbesondere an Exekutivmitglieder und Fachpersonen aus Gemeinden in den Bereichen Ortsplanung, Bau, Bildung, Gesundheit, Soziales und Integration sowie an weitere Gemeindevertreterinnen und -vertreter, die mit dem Thema zu tun haben oder sich dafür interessieren.

Weitere Informationen können dem Flyer, der dieser Ausgabe beiliegt, entnommen werden.



# Es harzt bei den Massnahmen gegen Strassenlärm

Bund, Kantone und Gemeinden sind 30 Jahre nach Inkrafttreten der neuen Lärmschutzverordnung mit der Lärmsanierung von Strassen noch vielerorts im Verzug. Der baldige Ablauf der Sanierungsfrist sorgt jetzt aber für Dynamik.



Das Ortszentrum von Köniz (BE) ist das Schweizer Paradebeispiel für eine gelungene Verkehrsberuhigung. Tempo 30 hat die Lebensqualität der Einwohnerinnen und Einwohner deutlich verbessert (im Bild rechts der Streifen zum freien Überqueren der Strasse). Auch für die Autofahrer ergeben sich Vorteile: Der Verkehr hat sich dank Tempo 30 verflüssigt.



Bild: Gemeinde Köniz, Abteilung Verkehr und Unterhalt

Kantone und Gemeinden müssten ihre Einwohner eigentlich bis Ende März 2018 vor übermässigem Strassenlärm schützen und entsprechende Lärmschutzmassnahmen umgesetzt haben: So sieht es die revidierte Lärmschutzverordnung vor. Doch trotz 30 Jahren Frist zur Umsetzung bleiben gemäss Bundesamt für Umwelt (BAFU) schweizweit einige tausend Strassenkilometer ungenügend vor Strassenlärm geschützt. Aufgrund des Rückstands zahlreicher Kantone und Gemeinden soll nun der Bund die Unterstützung von Lärmschutzprojekten mit Bundesgeldern in Höhe von 51 Millionen Franken um weitere fünf Jahre verlängern: Eine Motion von CVP-Ständerat Filippo Lombardi (TI) verlangt, dass Strassenlärmsanierungsprojekte, die bis zum 31. März 2018 in eine Programmver-

einbarung mit dem Bund aufgenommen werden, vom Bund finanziell unterstützt werden, auch wenn die Realisierung erst nach 2018 erfolgt.

### Schadenersatzforderungen möglich

Die Verzögerung könnte Bund, Kantone und Gemeinden aber trotzdem teuer zu stehen kommen. Laut Schätzungen des BAFU könnten Hauseigentümer Entschädigungen von rund 19 Milliarden Franken einfordern. «Als Inhaber von lärmverursachenden Anlagen sind Bund, Kantone und Gemeinden im Grundsatz entschädigungspflichtig», sagt Daniel Lehmann Pollheimer, Projektleiter Umwelt, Energie und Klima bei der Organisation Kommunale Infrastruktur (OKI). Konkret bedeute dies, dass ein Grundeigentümer eine Entschädigung

von Gemeinde oder Kanton verlangen kann, wenn eine Gemeinde- oder Kantonsstrasse sein Grundstück übermässig mit Lärm belastet. Lehmann Pollheimer warnt: «Obwohl die Voraussetzungen gemäss Bundesgerichtspraxis recht hoch sind, dürfte die eine oder andere Gemeinde mit Entschädigungsklagen konfrontiert werden – mit unklarem Ausgang.»

### Lärmliiga macht Druck

Potenzielle Kläger können auf die Unterstützung der Lärmliiga Schweiz zählen. Peter Etter, Präsident der Lärmliiga Schweiz: «Trotz Umweltschutzgesetz und der 1987 in Kraft getretenen Lärmschutzverordnung wurde hierzulande noch sehr wenig umgesetzt.» Vor allem nachts lägen die Lärmbelastungen vielerorts



«Bei der Planung von neuen Wohngebäuden oder Lokalen geht der Lärmschutz oder die Akustik häufig vergessen.»

**Markus Chastonay, Abteilungsleiter Amt für Umwelt, Kanton Solothurn, und Präsident des «Cercle bruit», der Vereinigung kantonaler Lärmschutzfachleute.**



«Als Inhaber von lärmverursachenden Anlagen sind Bund, Kantone und Gemeinden im Grundsatz entschädigungspflichtig.»

**Daniel Lehmann Pollheimer, Projektleiter Umwelt, Energie und Klima bei der Organisation Kommunale Infrastruktur (OKI).**

über den Grenzwerten von 55 bzw. 50 Dezibel. Etter führt dies unter anderem auf eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten und auf die Entwicklung einer 24-Stunden-Gesellschaft zurück. Beide hätten zur Folge, dass der Verkehr in den Abend- und Nachtstunden stark zunehme. Hinzu kommen laute Autos und Pneus, wie Etter sagt. «Im Unterschied zu anderen europäischen Ländern verkehren in der Schweiz überdurchschnittlich viele sehr lärmige Fahrzeuge auf den Strassen. Denn es gibt nirgends sonst so viele PS-starke und schwere Personenwagen wie bei uns. Zudem sind elektronische Soundverstärker und Auspuffklappen zugelassen». Etter stellt denn auch die Frage, ob die Strategie des Bundesrates, den Verkehrslärm an der Quelle zu bekämpfen, ausreichende Wirkung erzielt. Bei der Einführung des Partikelfilters für schwere Baumaschinen habe die Schweiz im europäischen Vergleich eine Vorreiterrolle gespielt, doch bei den Lärmemissionen der Motorfahrzeuge hänge sie hinterher. Die Lärmliga Schweiz verlangt darum leisere Pneus und Fahrzeuge. Weiter könne mit einer Temporeduktion – beispielsweise innerorts auf 30 Stundenkilometer – das bei höheren Geschwindigkeiten dominante Abrollgeräusch der Pneus hörbar reduziert werden. Zudem plädiert die Lärmliga für den Einbau von lärmarmen Strassenbelägen, im Volksmund auch Flüsterbeläge genannt, wie sie etwa im Kanton Aargau und vor allem in der Westschweiz realisiert werden. Laut Etter reduzieren solche Beläge die Lärmbelastung dauerhaft um zirka drei Dezibel, was einer Halbierung des Lärms

entspricht. Im Bereich der Lärmschutzanlagen sieht Peter Etter vor allem dort Grenzen, wo lärmbelastete Strassen durch Wohngebiete und Dorfkerne führen. «Einen Dorfkern mit Lärmschutzwänden auszurüsten, das kann nicht die Lösung sein.»

Unterstützung findet die Forderung nach Tempo 30 beim BAFU: «Die Strassen-

das Raumkonzept Schweiz, dass Ansprüche an den Raum, vor allem die Entwicklung von Siedlungen, in Zukunft konsequent auf bereits überbaute Gebiete gelenkt würden. «Diese gewünschte Entwicklung kann im Widerspruch zu den Schutzansprüchen vor Lärm stehen. Laut Walker zeigt sich in der Praxis, dass Vollzugsinstanzen bei kritischen Situationen meist zugunsten der baulichen Entwicklung entscheiden und dabei teilweise Einschränkungen beim Lärmschutz in Kauf nehmen.

### Mangelnde Kontrollen

Schwächen bestehen laut BAFU auch bei der Zusammenarbeit zwischen Planern, Gemeinden und kantonalen Behörden. Walker sagt, es existierten kaum Kontrollen, was unsachgemässe Lösungen zulasse. Dieser Feststellung schliesst sich Markus Chastonay, Abteilungsleiter des Amtes für Umwelt des Kantons Solothurn sowie Präsident des «Cercle bruit», der Vereinigung kantonaler Lärmschutzfachleute, an. «Bei der Planung von neuen Wohngebäuden oder Lokalen geht der Lärmschutz oder die Akustik häufig vergessen.» Als Beispiele nennt Chastonay Wohnbauten entlang von Strassen, an denen er Immissionsgrenzwert bereits überschritten ist, oder die Installation von Luft-Wasser-Wärmepumpen, die nicht auf ihre Lärmemis-

«Die Strassenlärmbekämpfung fokussierte in der Schweiz lange auf Lärmschutzwände und Schallschutzfenster.»



**Urs Walker, Chef der Abteilung Lärm und NIS im Bundesamt für Umwelt (BAFU).**

lärmbekämpfung fokussierte lange auf Lärmschutzwände und Schallschutzfenster. Da in der Schweiz die Siedlungsentwicklung über verdichtetes Bauen vermehrt nach innen gelenkt wird, werden Massnahmen an der Quelle immer wichtiger», betont Urs Walker, der Chef der Abteilung Lärm und NIS (nicht ionisierende Strahlung) beim BAFU. Verbesserungsbedarf ortet er ferner bei der Koordination von Lärmschutzmassnahmen zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden. «Die materielle Umsetzung lärmrechtlicher Erlasse steht naturgemäss in einem Spannungsfeld mit der Raumnutzung und den Mobilitätsbedürfnissen. Da besteht ein Zielkonflikt.» So verlange

sionen überprüft worden sind. Ein weiteres Problem ist gemäss einer Evaluation des BAFU die mangelnde Kontrolle des Vollzugs. Gemeinden erteilen wissentlich oder unwissentlich Bewilligungen, bei denen die Vorschriften der Lärmschutzverordnung nicht eingehalten werden. Oder sie weisen etwa Küchen mit Wohnanteil und einer Fläche von über zehn Quadratmetern nicht als lärmempfindliche Räume aus, wenn es einen anderen Raum in der Wohnung, zum Beispiel ein Esszimmer, gibt, bei dem die Immissionsgrenzwerte eingehalten sind. Die Unterschiede zwischen den Gemeinden seien weniger von der Gemeindegrösse abhängig, als

vielmehr von persönlichen Faktoren bestimmt. So variiere der Vollzug je nach Erfahrung der verantwortlichen Personen oder nach der Bedeutung, die dem Lärmschutz generell beigemessen werde. Der BAFU-Bericht zeigt, dass im Mittel 85,2 Prozent aller Gemeinden bei den Baubewilligungsverfahren in lärm-belasteten Gebieten mit ihrem Kanton zusammenarbeiten. Während in Luzern alle Gemeinden angeben, mit der kantonalen Verwaltung zu kooperieren, ist dies in den Kantonen Waadt, Wallis, St. Gallen und Graubünden bei rund 25 bis 42 Prozent der Gemeinden Fall. 57,8 Prozent der befragten Gemeinden führen selbst Kontrollen durch. Der höchste Anteil von solchen Gemeinden findet sich mit über 70 Prozent in den Kantonen Aargau, Luzern, St. Gallen, Schwyz, Tessin und Zürich.

Raumplanung und Lärmbekämpfung hätten eigentlich beide Lebens- und Wohnqualität zum Ziel, wie Urs Walker vom BAFU sagt. Darum sei eine enge

Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Fachdisziplinen der Städte und Gemeinden unumgänglich. «Neu ist, dass es heute nicht mehr nur um die Eindämmung von Industrie-, Gewerbe- und Verkehrslärm geht, sondern auch um den Umgang mit Alltags- und Freizeitlärm sowie um den Schutz und die Förderung von innerstädtischen Freiräumen für Ruhe und Erholung.» Daniel Lehmann Pollheimer von der OKI sieht zum einen Vorteil für Gemeinden, unterschiedliche Ansätze in Pilotprojekten auszuprobieren. Zum Beispiel Tempo 30 auf Hauptstrassen oder bei Arealplanungen. Der «Cercle Bruit» bietet eine Plattform für den Erfahrungsaustausch zum Thema. Stefanie Rüttener-Ott, Leiterin Fachbereich Lärmschutz der Stadt Zürich und Mitglied des Cercle Bruit, spricht von rund drei Jahren, die es für eine Angewöhnung braucht. «Dann hat sich die Geschwindigkeit der Autofahrer auf rund 30 Stundenkilometern eingependelt.» Die Stadt Zürich hat selbst bereits

Erfahrungen mit Tempo 30 gesammelt. Kombiniert mit lärmarmen Belägen und Autoreifen wird diese Massnahme für Stefanie Rüttener-Ott «in der Wirkung frappant» und deren Nutzen «wirklich gross» sein.

Fabrice Müller  
Mitarbeit: Denise Lachat

#### Infos:

www.laerm.ch  
www.bafu.admin.ch  
www.cerclebruit.ch  
www.klimabuendnis.ch  
www.laermliga.ch  
Fachbroschüre der Beratungsstelle für Unfallverhütung zur Einführung von Tempo-30-Zonen in Gemeinden: <https://tinyurl.com/ya6rtetkf>  
Grundlagenpapier zu Tempo 30 der eidgenössischen Kommission für Lärmbekämpfung (EKLB): <https://tinyurl.com/yaesfxgk>

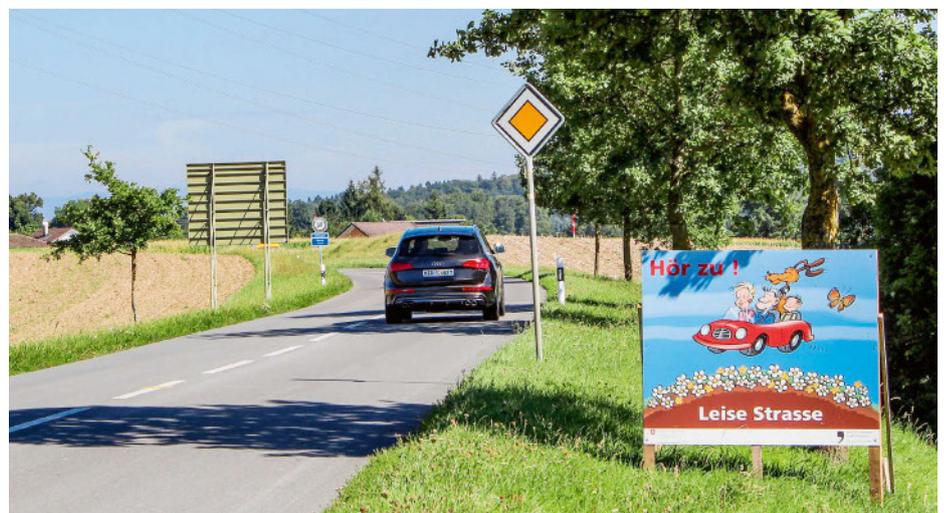


Die Stadt Lausanne und der Kanton Waadt testen Tempo 30 bei Nacht auf Hauptverkehrsadern. Die Temporeduktion zwischen 22 und 6 Uhr soll den Anwohnern weniger Lärm und besseren Schlaf bringen. Das nationale Pilotprojekt wird vom Bundesamt für Strassen (Astra) und von der Schweizerischen Vereinigung der Verkehrsingenieure und Verkehrsexperten SVI begleitet. Die Ergebnisse des Projekts sollen im Jahr 2019 vorliegen. 2018 können auch in der Stadt Zürich vier Versuche bei Nacht durchgeführt werden, da die Einsprachen abgewiesen worden sind.

Illustration: Stadt Lausanne,  
Dienststelle für Strassen und Mobilität

Ein lärmreduzierender Belag in der Nähe von Düdingen im Kanton Freiburg. In der Westschweiz ist diese Massnahme der Lärmreduktion an der Quelle sehr verbreitet. Das Bundesamt für Umwelt (BAFU) streicht den guten Austausch unter den Westschweizer Kantonen hervor. Das erlangte Wissen werde weitergegeben.

Bild: Alexander Reichenbach, BAFU.



In der Stadt Zürich gelten seit Herbst 2017 auf 27 kommunalen Strassenabschnitten als Höchstgeschwindigkeit 30 km/h. Die Massnahme ist Teil des Programms «Stadtverkehr 2025». Die Herabsetzung der Höchstgeschwindigkeit von 50 auf 30 km/h ist ein Schritt zur Lärmsanierung gemäss Lärmschutzverordnung. Die Umsignalisationen sind möglich, da das Bundesgericht in einem Zwischenentscheid den noch hängigen Rechtsmitteln gegen die Herabsetzung der Geschwindigkeit keine aufschiebende Wirkung gewährt hat. Die endgültigen Entscheide des Bundesgerichts sind noch ausstehend. Bei der Haltestelle Rigiblick (im Bild) gilt seit dem 18. Dezember Tempo 30 erstmals auf einer überkommunalen Strasse, einer Hauptstrasse. Bild: Melinda Müller



Lärmoptimierte Strassenbeläge sind wegen der grösseren Hohlräume rascher sanierungsbedürftig als konventionelle Beläge. Langfristig liessen sich aber dennoch Kosten sparen, betont Hanspeter Gloor, Sektionsleiter Lärmsanierung des Kantons Aargau. So brauche es weniger Schallschutzwände und -fenster. In der Deutschschweiz ist es der Aargau, der in diesem Bereich eine Vorreiterrolle spielt. Seit 2014 wurden 45 Strecken mit semi-dichtem Asphalt ausgerüstet. Gloor berichtet von positiven Resultaten. Diese hängen aber auch vom gewählten Material und von der Verkehrsbelastung ab (siehe Abbildung links). In Villnachern etwa ist der akustische Anfangswert von  $-6$  Dezibel auch nach zwei Jahren immer noch erhalten, in Möhlin ist der tiefere Anfangswert bei  $-5,3$  Dezibel nach zwei Jahren auf  $-3,3$  gesunken.

**Villnachern, SDA 4-16 (2015)**  
Hohlraum Bohrkern 15,5%



**Weniger Feinanteile**

**Möhlin, SDA 4-16 (2015)**  
Hohlraum Bohrkern 15,3%



**Mehr Feinanteile**

Bilder: zvg.

## Best-Practice-Beispiele: In den Schweizer Gemeinden kommen Sanierungen ins Rollen

Offenbar hat das Bewusstsein um den nahen Ablauf der Sanierungsfrist einige Gemeinden wachgerüttelt. «Wir erhalten vermehrt direkt Anfragen von Gemeinden», sagt Simon Steiner, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Lärm und NIS im Bundesamt für Umwelt (BAFU). Obwohl viele Kantone und Gemeinden die Sanierungsfrist vom 31. März 2018 nicht einhalten können, beobachtet Steiner «eine gute Dynamik im Bereich Lärm»; vielerorts werde gut gearbeitet. In jüngster Zeit stellt das BAFU auch «eine klare Verschiebung zu Massnahmen an der Quelle» fest. Damit sind lärmarme Beläge und Temporeduktionen gemeint. Das BAFU hält Best-Practice-Beispiele für lärmarme Beläge bereit: <https://tinyurl.com/ybrfwg9p>; Liste der besten leisen Beläge innerorts in der Schweiz 4 mm–6 mm <https://tinyurl.com/y7tou89s>; Liste der besten leise Beläge innerorts in der Schweiz 8 mm–11 mm <https://tinyurl.com/y8h8az9y>. Das Handbuch zu den Programmvereinbarungen im Umweltbereich enthält auch die Angaben zur Höhe der Subventionen (<https://tinyurl.com/yac17yd7>); Temporeduktionen und lärmarme Beläge werden vom Bund zu rund einem Drittel subventioniert. Artikel 15 der Lärmschutzverordnung (<https://tinyurl.com/y7jnxgas>) beschreibt die Schallschutzmassnahmen an bestehenden Gebäuden. Ab Alarmwert sind die Kantone zum Einbau von Schallschutzfenstern verpflichtet. Die «Pflichtfenster» finanziert der Bund zu einem Fünftel (rund 400 Franken bei 2000 Franken pro Fenster). Etliche Kantone bezahlen auch Beiträge an «freiwillige Fenster», wenn die Lärmbelastung zwischen Immissionsgrenzwert und Alarmwert liegt. Daran leistet der Bund einen Beitrag von 200 Franken.

dla

# Tempo 30 in der aktuellen Rechtsprechung



Der Strassenlärm ist die mit Abstand grösste Lärmquelle in der Schweiz. Die Schweizer Gerichte messen dem Gesundheitsschutz der Lärmgeplagten hohen Stellenwert bei, wie aktuelle Urteile zeigen.

Das Bundesamt für Umwelt (BAFU) geht davon aus, dass in der Schweiz tagsüber jede fünfte und in der Nacht jede sechste Person an ihrem Wohnort von lästigem oder schädlichem Lärm betroffen ist. Das sind 1,6 bzw. 1,4 Millionen Menschen. Der Lärm verursacht hohe externe Kosten, insbesondere kann er gesundheitliche Langzeitfolgen haben. Ganz empfindlich reagiert der Mensch in der Nacht auf Lärm.

Das Bundesgesetz über den Umweltschutz (USG) und die Lärmschutzverordnung (LSV) haben zum Schutz der Gesundheit Immissionsgrenzwerte für Lärm festgelegt. Unterhalb dieser Werte wird nach dem Stand der Wissenschaft oder der Erfahrung die Bevölkerung in ihrem Wohlbefinden nicht erheblich gestört (Art. 15 USG). Die Immissionsgrenzwerte werden vom Bundesrat in den Anhängen zur LSV festgelegt. Das USG legt fest, dass bestehende Strassen, deren Betrieb und Nutzung zu Überschreitungen der massgebenden Immissionsgrenzwerte führen, saniert werden müssen und zwar mit dem Ziel, diese Grenzwerte einzuhalten. Die Strassensanierung wird entweder bei einer wesentlichen Änderung der Anlage ausgelöst oder durch den Ablauf einer bundesgesetzlichen Frist. Da für Kantonsstrassen und übrige Strassen die Sanierungsfrist auf den 31. März 2018 datiert ist, herrscht bei den Vollzugsbehörden ein grosser Handlungsdruck, Strassensanierungen vorzunehmen. Denn ab diesem Zeitpunkt liegt bei nicht sanierten Strassen ein rechtswidriger Zustand vor.

### Massnahmen an der Quelle

Der Strassenlärm soll prioritär an der Quelle angepackt werden, sekundär bei den Betroffenen selbst (Lärmschutzfenster). Als Massnahmen kommen grundsätzlich Lärmschutzwände, Flüsterbeläge und Temporeduktionen infrage. Dagegen werden Motorfahrzeuge, die ja die eigentlichen Verursacher der Immissionen sind, nur von der Verordnung über die technischen Anforderungen an Strassenfahrzeuge, aber nicht von der

LSV erfasst. Somit stehen Typenvorschriften als Lärmreduktionsmassnahme nicht unmittelbar zur Diskussion.

### Tempo 30 im Fokus

Da der Einbau von Flüsterbelägen aus ökonomischen Gründen (noch) selten zum Zuge kommt, ist die Temporeduktion innerorts von der Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h auf 30 km/h in den Fokus der Lärmsanierung geraten. Dass vermehrt Tempo 30 gefordert wird, hat auch damit zu tun, dass präzisere Berechnungsprogramme zur Verfügung stehen. Im Vergleich zur bisherigen Berechnungspraxis weisen diese Programme ein viel höheres Lärmreduktionspotenzial aus. Da der Begriff «Tempo 30» verkehrspolitisch stark aufgeladen ist, stellt er einen unvoreingenommenen Blick auf diese Massnahme. Eine Auswahl aus der aktuellen kantonalen und bundesgerichtlichen Rechtsprechung soll hier zur Klärung beitragen.

### Urteile des Bundesgerichts

Der mittlerweile viel zitierte Entscheid des Bundesgerichts vom 3. Februar 2016 (1C\_589/2014 = URP 2016 319) bildet den Grundstein für die neu entfachte Diskussion um Tempo 30 und hat die Rechtsprechung der kantonalen Verwaltungsgerichte massgeblich beeinflusst. Es ist deshalb wichtig, sich die wesentlichsten Punkte des Urteils nochmals vor Augen zu führen:

Eine Sanierung findet nur ein Mal statt – es sei denn, die Strasse werde wesentlich geändert oder der Gesetzgeber setzt wieder eine Frist. Die Vollzugsbehörden haben laut Gesetz die Möglichkeit, Ausnahmen (sogenannte Erleichterungen) zu bewilligen, wenn Sanierungen unverhältnismässige Betriebseinschränkungen oder Kosten verursachen oder wenn überwiegende Interessen entgegenstehen. Eine Sanierung ohne Lärmreduktion führt unweigerlich dazu, dass während Jahrzehnten das Lärmniveau so bestehen bleibt. Dass Anwohner auf unbestimmte Zeit hinaus mit gesundheitsschädlichem Lärm leben müssen,

ist nach dem Bundesgericht Ultima Ratio einer Strassenlärmsanierung; der Gesundheitsschutz ist ein sehr wichtiges öffentliches Gut. Infolgedessen müssen die möglichen Massnahmen zur Lärmreduktion sorgfältig geprüft und einer Interessenabwägung zugeführt werden, bevor Erleichterungen erteilt werden. Das Bundesgerichtsurteil hält in der Folge fest:

- Das in der Praxis verwendete Berechnungsprogramm entspricht nicht mehr dem Stand der Technik. Mit dieser veralteten Methode wird das Lärmreduktionspotenzial von Tempo 30 unterschätzt. Die Fachgutachten müssen sich künftig auf die präziseren Berechnungsprogramme stützen.
  - Tempo 30 ist eine zweckmässige Massnahme zur Lärmreduktion.
  - Werden an einem Strassenabschnitt die Immissionsgrenzwerte überschritten, darf Tempo 30 in Betracht gezogen werden.
  - In einem Fachgutachten ist zu prüfen, ob die Herabsetzung der Geschwindigkeit verhältnismässig ist. In dieser Prüfung ist aus Sicht des Lärmschutzes nicht nur die Höhe des Reduktionspotenzials miteinzubeziehen, sondern auch die Verringerung von markanten Einzelereignissen wie schnelle Vorbeifahrten, die gerade in der Nacht besonders gesundheitsschädlich sind.
- Das Bundesgericht hat sich nicht generell für Tempo 30 ausgesprochen, sondern hat die Vollzugsbehörden an ihre gesetzlichen Pflichten erinnert, den Gesundheitsschutz aufgrund seines hohen Stellenwerts hinreichend zu berücksichtigen. Das Urteil ist somit primär als Anleitung an die behördlichen Abklärungen und zur Interessenermittlung zu lesen.

### Gerichte gewichten Interessen der Lärmbetroffenen stärker als früher

Diese höchstrichterliche Auslegung wurde in verschiedenen Rechtsverfahren vor kantonalen Verwaltungsgerichten aufgegriffen und verfeinert. Den Interessen der Lärmbetroffenen wurde mehr Gewicht zugemessen als in der bisherigen Rechtsprechung. Der Ent-

**O**scheid des Verwaltungsgerichts Bern vom 23. Mai 2016 (VGE 100.2014.208 = URP 2017 310) und der Entscheid des Verwaltungsgerichts Solothurn vom 4. September 2017 (VWBES.2017.98) sind ein Indiz dafür und illustrieren zugleich, wie die Vollzugspraxis bis anhin vielerorts funktioniert hat. In

beiden Fällen hatten die Vollzugsbehörden bei einer Strassenlärmsanierung einer Kantonsstrasse die Massnahmen Tempo 30 und Flüsterbeläge trotz plausiblen Anzeichen der Möglichkeit von Lärminderung nur summarisch geprüft und anschliessend verworfen. Eine sorgfältige Prüfung hätte dazu geführt, dass Fachgutachten hätten eingeholt werden müssen. Eine solche ungenügende Abklärung zur lärmreduzierenden Wirkung von Massnahmen verstösst damit offensichtlich gegen die Überprüfungspflicht und damit gegen die gesetzlichen Anforderungen an eine Strassenlärmsanierung.

### Tempo 30-Strecken «verhältnismässig»

Das Verwaltungsgericht Zürich hatte am 21. Dezember 2016 die Verhältnismässigkeit von neuen Tempo-30-Strecken auf Quartierstrassen zu prüfen und diese allesamt bejaht (VB2016.00337–339). Diese Urteile sind derzeit vor Bundesgericht hängig und werden demnächst entschieden. Das Gericht setzt sich konkret mit der Verhältnismässigkeit der Massnahme Tempo 30 auseinander und zwar basierend auf dem rechtsgenüchlich erstellten Fachgutachten. Da die Temporeduktion zu einer wahrnehmbaren Lärmreduktion führt und keine andere Massnahme ebenso geeignet ist, wurde diese als zweckmässig beurteilt. Der Zweckmässigkeit und der mit der Temporeduktion verbundenen verbesserten Strassensicherheit wurden sodann konfligierende Interessen gegenübergestellt, wobei in diesen konkreten Sachverhalten keine überwiegenden Nachteile wie Verlagerungseffekte, Verringerung der Leistungsfähigkeit, kostenaufwendige Strassenbaumassnahmen oder Behinderung des öffentlichen Verkehrs vorlagen.

### Tempo 30 und Siedlungsverdichtung

Die Strassenlärmsanierung weist einen mittelbaren Zusammenhang zum Bauen in lärmbelasteten Gebieten und damit auch zur rechtswidrigen «Lüftungsfenster-Praxis» auf (BGE 142 II 100, Entscheid

des bundesgerichts vom 16. März 2016 = URP 2016 552). Der Bedarf an Wohnlagen in urbanen Zentren und die Siedlungsentwicklung nach innen verschärfen die Problematik des Strassenlärms, denn dadurch werden immer mehr Personen von gesundheitsschädigendem Lärm tangiert. Die LSV greift bei Bewilligungen für Wohnbauten in bestehenden Bauzonen ein und verlangt die Einhaltung der Immissionsgrenzwerte bei lärmempfindlichen Räumen (Art. 31 Abs. 1 LSV). Ausnahmen können durch den Kanton beim Vorliegen eines überwiegenden Interesses an der Erstellung erteilt werden (Abs. 2). Rechtswidrig ist die Praxis, dass einzig an einem Fenster eines lärmempfindlichen Raumes die Immissionsgrenzwerte eingehalten werden müssen. Das hat zur Folge, dass zwingend um eine Ausnahmeregelung mit entsprechend strengen Voraussetzungen nachgesucht werden muss. Diese Situation wird natürlich verschärft, wenn die Vollzugsbehörden bei Strassenlärmsanierungen Erleichterungen erteilen und keine Massnahmen an der Quelle ergreifen. Das führt dazu, dass Wohnbauprojekte durch sogenannte «Papiersanierungen» in Form von Erleichterungen verhindert werden oder vermehrt Ausnahmebewilligungen erteilt werden. In beiden Fällen bleibt der Gesundheitsschutz auf der Strecke. Gerade deshalb lohnt es sich, die Einführung von Temporeduktionen oder Flüsterbelägen sorgfältig zu prüfen, um die gewünschte Siedlungsentwicklung nach innen zu ermöglichen und gleichzeitig die Anzahl von Lärmbetroffenen zu reduzieren.

*Reto Schmid, Rechtsanwalt  
Geschäftsführer der Vereinigung für  
Umweltrecht (VUR)*



Die Temporeduktion führt in den Quartieren zu mehr Sicherheit und reduziert den Lärm.

Bild: bfu

## Neu: Gerichtsurteile zum Umweltrecht in der SG

Die Vereinigung für Umweltrecht (VUR) wurde 1986 gegründet und versteht sich als gesamtschweizerische Informationsplattform in Fragen des Umweltrechts. Sie ist bestrebt, Fachleuten aus der öffentlichen Verwaltung, aus der Advokatur, der Wissenschaft und der Privatwirtschaft ein breit gefächertes Programm zur Information und

Weiterbildung im Bereich des schweizerischen Umweltrechts zu bieten. Ab 2018 erläutern Exponenten der VUR in der «Schweizer Gemeinde» regelmässig Gerichtsentseide zu Fragen des Umweltrechts.

**Weitere Informationen unter:**  
[www.vur-ade.ch](http://www.vur-ade.ch)

## Hat da jemand «gleichberechtigt» gesagt?



Frauen, die auf eine berufliche Tätigkeit verzichten, um sich der Erziehung der Kinder zu widmen, sehen sich trotz ihrer für die Gesellschaft wichtigen Aufgabe schlecht belohnt. Nur in aussergewöhnlichen Lagen – wie Krieg oder grosser Armut – kommen ihre Organisations- und Führungsqualitäten zum Tragen, die in solchen Situationen oft das Funktionieren ganzer Betriebe oder Dörfer sicherstellen.

Frauen, die das Glück haben, in einem Land zu leben, in dem es als selbstverständlich empfunden wird, dass sie zur Schule gehen, eine berufliche oder akademische Ausbildung absolvieren, können selbst entscheiden, sich in der Wirtschaft oder der Gesellschaft zu engagieren. Dabei werden sie allerdings schnell mit dem Mangel an ausserfamiliären Betreuungsangeboten und mit der ablehnenden Haltung gewisser Arbeitgeber zur Teilzeitarbeit konfrontiert, was dann nicht selten zum Verzicht auf eine weitere Berufstätigkeit führt. Auch wenn es einigen gelingt, das Prinzip der Chancengleichheit zu leben, wird ihnen ein Lohn angeboten, der um nahezu 20 Prozent unter demjenigen der männlichen Kollegen mit der gleichen Aufgabe liegt. Und selbst da, wo sich der Grundsatz «gleicher Lohn für gleiche Arbeit» durchgesetzt hat, stossen die Frauen gegen die unselbige «gläserne Decke». Obwohl sie eine Mehrheit in verschiedenen Universitätsfakultäten stellen, steigen nur wenige Frauen in den universitären Lehrkörper auf. Schaffen sie es, dann nur, weil sie den Kampf gegen Vorurteile und sexistische Clichés gewonnen und härter gearbeitet haben, um zu beweisen, dass sie wirklich die besten sind. Wie hat doch Françoise Giroud gesagt: «Die Frauen werden erst an dem Tag wirklich gleichgestellt sein, an dem eine inkompetente Frau in eine wichtige Funktion gewählt wird.»

*Catherine Agustoni  
Stadtschreiberin von Freiburg*

## Die «ChurCard» wird innovativ umgesetzt

Im Jahr 2015 führte die Stadt Chur den im Kontext von Sparmassnahmen entstandenen Einheimischentarif ein. Bereits im dritten Jahr ist das grosse Potenzial der «ChurCard» sichtbar.

Die Zentrumsstädte kennen das Problem: Sie bieten eine hervorragende Infrastruktur vorab im kulturellen und sportlichen Bereich, haben diese Lasten in aller Regel jedoch selbst zu tragen. So werden die Sportanlagen der Stadt Chur zu rund 70 Prozent von Einheimischen genutzt, der Rest entfällt auf die umliegenden Gemeinden und den Tourismus. Aktuell wird jeder Eintritt mit durchschnittlich 8.20 Franken subventioniert. Das Defizit der Sportanlagen betrug in den letzten Jahren durchschnittlich 4,5 Mio. Franken – ein Betrag, der aktuell zu 100 Prozent von den Steuerzahlenden der Stadt Chur getragen wird. Dieser Umstand wurde zunehmend als unbefriedigend empfunden.

### Pragmatischer Ansatz

Um die Akzeptanz des Einheimischentarifs zu testen, wurde entschieden, in der dreijährigen Pilotphase auf eine «intelligente» Karte zu verzichten. Die «ChurCard» trägt Namen, Adresse und Geburtsdatum des bzw. der Berechtigten und ist jeweils für ein Kalenderjahr gültig. Gegen Vorweisen der Karte erhalten ihre Inhaberinnen bzw. Inhaber städtische Leistungen zum Einheimischentarif. Dieser entspricht den bisherigen,

günstigen Tarifen; Auswärtige zahlen künftig einen Aufpreis von in der Regel 30 Prozent. Der Initiator der «ChurCard», Stadtpräsident Urs Marti, bringt es wie folgt auf den Punkt: «Eigentlich bieten wir mit der ChurCard einen Rabatt für diejenigen Personen, die in Chur ihre Steuern bezahlen.»

### Erfahrungen

In einer ersten Phase umfasste die «ChurCard» die Angebote der Sportanlagen sowie der Multisammelstelle des Werkbetriebs. Der Einheimischentarif wurde von Anfang an gut aufgenommen, es zeigte sich jedoch, dass Inhaberinnen und Inhabern von Betrieben, die ihren Wohnsitz nicht in Chur haben, eine eigene Entsorgungskarte angeboten werden muss. Dieser Schritt wurde im Folgejahr umgesetzt, seither halten sich die Rückmeldungen zur «ChurCard» in engen Grenzen – das Produkt geniesst eine hohe Akzeptanz. Um die Attraktivität der Karte zu erhöhen, wurde der Leistungsumfang seither laufend ausgebaut. Er umfasst aktuell die Sportanlagen, die Multisammelstelle, die Stadtbibliothek und verschiedene Bergbahnen. Die «ChurCard» wird zudem mit verschiedenen Aktionen wie vergünstigte Messe-



*In der dreijährigen Pilotphase wurde bewusst auf eine IT-Einbindung verzichtet; es handelt sich damit um eine reine Sichtkarte, die allen in Chur wohnhaften Personen zugestellt wird.  
Bild: zvg.*

und Zirkuseintritte oder mit 10 Prozent Rabatt auf Einkäufen in der Altstadt vermarktet. Wichtig dabei ist, dass viele dieser Aktionen die Stadt nichts kosten oder aber mit bescheidenen Beträgen mitfinanziert werden. Im Hinblick auf den baldigen Abschluss der dreijährigen Pilotphase kann gesagt werden, dass die Einführung des Einheimischentarifs erfolgreich war und auch von den Agglomerationsgemeinden akzeptiert wird. Jedoch sind die Möglichkeiten mit der aktuellen Sichtkarte ohne IT-Einbindung begrenzt.

#### Elektronische «ChurCard» kommt

Für das Jahr 2018 wird allen in Chur wohnhaften Personen ab sieben Jahren eine Plastikkarte zugestellt. Diese wird über diverse Codes eine Authentifizierung erlauben und zudem auch als elektronische Lösung auf dem Handy verfügbar sein. Damit wird das Handling erleichtert, vorab in Familien, zudem muss nicht jedes Jahr ein Massenversand erfolgen. Zuziehende Personen erhalten ihre Karte bei den Einwohnerdiensten, im Falle des Wegzugs kann die Karte deaktiviert werden. Die Karte ist

auch als Gästekarte im Tourismus einsetzbar. Die IT-Einbindung ermöglicht eine aktive Kommunikation zu den Nutzerinnen und Nutzern, was insbesondere bei Aktionen wertvoll ist. Auch ist die Zugänglichkeit zu anderen Systemen, etwa dem Stadtbuss, möglich. Die Services zur elektronischen «ChurCard» werden im Laufe des Jahres 2018 schrittweise aufgebaut. Stadtpräsident Urs Marti: «Mit der ChurCard werden die beiden Megatrends Zentrumslasten und Altstadtbelebung auf einen Schlag angegangen. Damit ist Chur innovativ und einzigartig.»

*Markus Frauenfelder,  
Stadtschreiber von Chur,  
Vorstandsmitglied SKSG*

**Infos:**  
[chur.ch/churcard](http://chur.ch/churcard)

## Mutationen

### Neueintritte

Müller	Yvonne	7013 Domat/Ems
Steiner	Philippe	1009 Pully
Achermann	Urs	6002 Luzern
Migliorini	Paolo	1426 Concise
Rizzoli	Anne	1401 Yverdon-les-Bains

### Austritte

Künzle	Corinne	8514 Amlikon-Bissegg
Marbach	Godi	6210 Sursee
Betschart	Markus	6443 Morschach

### Übertritte zu Frei- oder Passivmitgliedern

Höchner	Urs	3280 Murten (neu Freimitglied)
---------	-----	--------------------------------

## Abfall | Ordures

**abfallhai®**  
Einfälle für Abfälle



ANTA SWISS AG  
Telefon 044 818 84 84  
abfallhai.ch / info@abfallhai.ch

**CSC | DÉCHETS SA**  
Conseiller technique de  
l'Organisation Infrastructures Communales

www.csc-dechets.ch info@csc-dechets.ch

**VERWO+**  
ENTSORGUNGSSYSTEME



verwo.ch | +41 55 415 84 84

## Abfallentsorgungssysteme

 www.gtsm.ch

**hunkeler**  
Hunkeler Systeme

Hunkeler Systeme AG  
CH-4806 Wikon  
Tel. +41 62 745 77 77  
www.hunkeler-systems.com  
Massgeschneiderte Entsorgungslösungen

## Archivierung

www.tecnocor.ch  
Scannen. Archivieren. Digitalisieren

## Adressen

Die Geschäftsstelle des Schweizerischen Gemeindeverbandes verkauft die Post-, E-Mail- und Websiteadressen der Schweizer Gemeinden. Die Adressen sind als Excellisten oder als Klebeetiketten erhältlich und können nach Kanton, Sprachregion oder Anzahl Einwohner sortiert werden.

 Schweizerischer Gemeindeverband  
Laupenstrasse 35  
3001 Bern  
Tel. 031 380 70 00  
verband@chgemeinden.ch  
www.chgemeinden.ch

## Ausbildung | Formation

**zhaw** School of Management and Law  
Institut für Verwaltungs-Management  
Bahnhofplatz 12, Postfach, 8401 Winterthur  
Tel. +41 58 934 79 25, Fax +41 58 935 79 25  
Mail: info.ivm@zhaw.ch, www.zhaw.ch/ivm

## Aussenraum-Gestaltung

 www.gtsm.ch

## Arbeitsbühnen

**SkyAccess**

SkyAccess AG  
Beratung & Verkauf  
von Arbeitshebebühnen  
CH-4702 Oensingen



www.skyaccess.ch info@skyaccess.ch  
Tel. +41 61 816 60 00 Fax +41 61 816 60 08

**WS SKYWORKER®**  
Arbeitsbühnen-Vermietung

WS - Skyworker AG  
Basel - Bern - Luzern  
Zürich - Mittelland - Winterthur - Lausanne  
Mietservice für die ganze Schweiz  
gratis unter 0800 813 813



Hauptsitz:  
WS-Skyworker AG Dünnewegstrasse 24 4702 Oensingen

ws-skyworker.ch info@ws-skyworker.ch

## Arbeitsschutzprodukte

 **Thomi + Co AG**  
Rütschelenstrasse 1  
Postfach 180  
4932 Lotzwil

Telefon 062 919 83 83  
Telefax 062 919 83 60  
Internet http://www.thomi.com  
E-Mail info@thomi.ch

**Schutzartikel von Kopf bis Fuss:**  
Arbeitshandschuhe, Schutzbekleidungen,  
Schutzbrillen, Schutzhelme, Gesichtsschilde,  
Sicherheitsschuhe, Arbeitstiefel, Gehörschutz-  
artikel, Atemschutzmasken, Fallschutzartikel

## Bewässerungsanlagen

**Perrottet & Piller AG**

 3178 Bössingen  
Bewässerungsanlagen  
Installation d'arrosages

Tel. 031 747 85 44 office@perrottet-piller.ch

## Elektrofahrzeuge

**MEGA eTRUCK**  
100% elektrisch - 70 km/h  
Nutzlast 620 kg



**GRUNDERCO** <sup>ch</sup> Tél. 041 919 99 54

## Facility Management/Software

**CAMPOS**  
MACHT IMMO'S MOBIL. **ICFM**  
**DAS CAFM-PORTAL**

ICFM AG | Birmensdorferstrasse 87 | 8902 Urdorf  
www.campos.ch | Tel. 043 344 12 40

## Hundetoiletten

 **BRAVO** www.gtsm.ch

**SAC-O-MAT**  
SAC-O-MAT (Schweiz) AG  
Längmatt 1  
CH-6212 St. Erhard  
T 041 925 14 25  
F 041 925 14 10  
www.sacomat.ch



## Lichtplanung | Architektur

**Luminum**  
Lichtplanung im Aussenraum

Luminum GmbH +41 31 765 63 63  
Bernweg 101 www.luminum.ch  
3254 Messen info@luminum.ch

## Markierungen | Signalisationen

Sicherheit auf der ganzen Linie!

 **MORF AG**

Markierungen • Signalisationen  
Tel. 0848 22 33 66  
Fax 0848 22 33 77  
info@morf-ag.ch  
www.morf-ag.ch

**Parkmobiliar**

**AX** *Ars Xterna*  
 Parkmobiliar / mobiler urban  
 info@ars-externa.ch  
 CH-8142 Utlikon  
 Tel. 044 222 22 66  
 Fax 044 222 22 67

**Reinigungs- und Hygieneartikel**

**DELTA**  
 DELTA Zofingen AG  
 Reinigungsvlies und -papier, Arbeitsschutz-  
 ausstattungen (PSA)  
 4800 Zofingen  
 Tel. 062 746 04 04 sales@delta-zofingen.ch  
 Fax 062 746 04 02 www.delta-zofingen.ch

**Presscontainer**

Ihr Partner für Entsorgungstechnik  
 Presscontainer, Ballen- und PET-Pressen,  
 Schneckenverdichter, Wiegesysteme.

**recytech**  
 ENTSORGUNGSTECHNIK  
 T 043 255 80 55 recytech.ch

**PÖTTINGER**  
 Entsorgungstechnik

**Sanitäre Anlagen | Installations sanitaires**

Waschraumhygiene | Hygiène des locaux sanitaires



**CWS-boco Suisse SA**

Industriestrasse 20 | 8152 Glattbrugg  
 Route de Pra de Plan 2 | 1618 Châtel-St-Denis  
 Tel. 0800 800 297  
 info@cws-boco.ch | www.cws-boco.ch

Der neue Massstab für die öffentliche Toilette

**ELKUCH e CITY**  
 www.elkuch.com CH-Produktion  
 Tel.:+41 79 893 34 05 Montage und Service

**Franke Water Systems AG**  
 www.franke.ch

*Make it wonderful*  
**FRANKE**

**Schneeräumung**

**POWER** für Strasse, Schiene und Piste  
  
**ZAUGG AG EGGIWIL**  
 Holzmatt, CH-3537 Eggwil, Tel. ++41 (0)34 491 81 11  
 info@zaugg-ag.ch, www.zaugg-ag.ch

**Schwimmbadbau und Technik**

**bsb** beck  
 schwimmbadbau  
 ihr planer.

**Beck Schwimmbadbau AG**

Bürglistrasse 29  
 CH-8400 Winterthur  
 Telefon +41 (0)52 224 00 88  
 mail@beck-schwimmbadbau.ch  
 www.beck-schwimmbadbau.ch

**Spielplatzeinrichtungen**

*Magie des Spielens...*

**buerli**  
 Bürl Spiel- und Sportgeräte AG, CH-6212 St. Erhard LU  
 Telefon 041 925 14 00, www.buerliag.com

**bimbo**  
 macht spass

Zeitgemässe Spiel- und Pausenplätze.  
 Planung. Produktion. Unterhalt.

HINNEN Spielplatzgeräte AG - 041 672 91 11 - bimbo.ch

eibe  
 Kompletzt begeistert

funktionelle Möbel  
 fantastische Spielwelten

eibe AG | Neue Winterthurerstr. 28 | 8304 Wallisellen  
 Tel. 044 831 15 60 | eibe@eibe.ch  
 www.eibe.ch

**Spielplatzplanung**

www.gtsm.ch

**Versicherungsberatung**

Der offizielle Versicherungsberatungsdienst  
 des Schweizerischen Gemeindeverbandes

**Neutrale Beratung  
 in allen Versicherungsfragen  
 für Ihre Gemeinde**

**trees** T +41 31 340 37 47  
 mail@trees.ch

**Véhicules électriques**

**MEGA eTRUCK**  
 100% électrique - 70 km/h  
 charge utile: 620 kg

**GRUNDERCO**<sup>ch</sup> Tél. 022 989 13 30

**Vitrinen**

**SYMA-SYSTEM AG**  
 CH-9533 Kirchberg SG | www.syma.ch

**SYMA**  
 Continuous Innovation

## Fachtagung «Demokratie im Wandel»

An der gemeinsamen Fachtagung der Schweizerischen Konferenz der Stadt- und Gemeindeschreiber, des Schweizerischen Städteverbands und des SGV werden verschiedene Handlungsfelder und Entwicklungstendenzen diskutiert, welche die Zusammenarbeit, das Bild und die Glaubwürdigkeit von Exekutive, Parlament und Verwaltung beeinflussen. In einer Gesellschaft, in der Autoritäten wie die politischen Parteien oder die traditionellen Medien an Gewicht verlieren, stellt sich die Frage, wer an deren Stelle tritt und wie das Agendasetting künftig funktioniert, wenn es leicht wird, auf Facebook eine Initiative oder ein Referendum zu lancieren. Die Tagung wird auch aufzeigen, wohin sich unser demokratisches System auf kommunaler Ebene entwickeln könnte, welche Trends absehbar sind und mit welchen Strategien und Instrumenten Städte und Gemeinden die Herausforderungen meistern.

**Wann:** 16. März 2018  
**Wo:** Neuenburg  
**Kontakt:** 031 380 70 00  
**Mail:** verband@chgemeinden.ch  
**Web:** www.chgemeinden.ch

## Seminario «Democrazia in via di trasformazione»

La prossima primavera, la Conferenza svizzera dei segretari comunali, l'Unione delle città svizzere e l'ACS organizzeranno insieme un seminario specialistico dedicato al tema «Democrazia in via di trasformazione: come mantenere la credibilità degli enti pubblici?». Durante l'evento saranno analizzati vari ambiti di intervento e tendenze che incidono sulla cooperazione, sull'immagine nonché sulla credibilità dell'esecutivo, del Parlamento e dell'Amministrazione. Esperti e politici discuteranno se il nostro sistema politico soffre di un problema di immagine. In una società in cui le autorità come i partiti politici o i media tradizionali vanno perdendo importanza, si pone la questione di chi prenderà il loro posto e di come funzionerà in futuro l'agenda setting se lanciare un'iniziativa o un referendum su Facebook è diventata un'operazione facile. Ci sono troppi interessi personali nella politica comunale perché il bene comune non ne risenta? Si passa troppo tempo a cercare i colpevoli anziché a trovare soluzioni? Il seminario evidenzierà anche in quale direzione il nostro sistema democratico potrebbe evolversi a livello comunale, quali tendenze sono prevedibili e grazie a quali strategie e strumenti le città e i comuni sono in grado di vincere le proprie sfide.

**Quando:** 16 marzo 2018  
**Dove:** Neuchâtel  
**Contatto:** 031 380 70 00  
**Mail:** verband@chgemeinden.ch  
**Web:** www.chcomuni.ch

## Colloque «Démocratie en mutation»

Le colloque conjoint de la Conférence Suisse des Secrétaires Municipaux, de l'Union des villes suisses et de l'ACS abordera différents champs d'action et tendances de développement qui influencent la collaboration, l'image et la crédibilité des exécutifs, des parlements et des administrations. Dans une société où les autorités comme les partis politiques ou les médias traditionnels perdent en influence, se pose la question de qui les remplace et de comment va fonctionner à l'avenir l'établissement de l'agenda, s'il devient facile de lancer une initiative ou un référendum sur Facebook. Le colloque montrera aussi dans quelle direction notre système démocratique pourrait se développer au plan communal, quelles sont les tendances et avec quelles stratégies et quels instruments les villes et les communes relèvent les défis.

**Quand:** 16 mars 2018  
**Où:** Neuchâtel  
**Contact:** 031 380 70 00  
**Mail:** verband@chgemeinden.ch  
**Web:** www.chcommunes.ch

## CAS ICT-Beschaffungen: Rabatt für SGV-Mitglieder

Über 20 Dozierende von Bund, Kantonen, Städten und öffentlichen Unternehmen vermitteln im berufsbegleitenden Studiengang CAS ICT-Beschaffungen an der Universität Bern die beschaffungsrechtlichen Grundlagen sowie informatikspezifisches Know-how. Die Weiterbildung richtet sich an Beschaffungsstellen, Projektleitende/mitarbeitende und weitere Fachkräfte, die mit öffentlichen Beschaffungen, insbesondere mit IT-Projekten, zu tun haben. Mitglieder des SGV erhalten zehn Prozent Rabatt auf den Kurskosten.

**Wann:** ab März 2018  
**Wo:** Bern  
**Kontakt:** 031 631 38 79  
**Mail:** petar.kovac@iwi.unibe.ch  
**Web:** www.cas-ictbeschaffungen.unibe.ch

## Swiss eGovernment Forum 2018: digitale Transformation

Die Anforderungen an die öffentliche Verwaltung bei der Digitalisierung ihrer Prozesse und Verfahren steigen. Das Swiss eGovernment Forum 2018 in Bern zeigt Lösungswege und Beispiele von Behörden, die die digitale Transformation bereits geschafft haben oder auf gutem Wege sind. Der SGV ist Patronatspartner des Swiss eGovernment Forum.

**Wann:** 6. und 7. März 2018  
**Wo:** Bern  
**Kontakt:** 031 350 40 50  
**Mail:** isd@mkr.ch  
**Web:** www.e-governmentforum.ch



## Impressum

55. Jahrgang / Nr. 553 / Januar/Janvier

### Herausgeber/éditeur

Schweizerischer Gemeindeverband  
Association des Communes Suisses

### Partnerschaften/partenariats

Fachorganisation Kommunale Infrastruktur  
Organisation Infrastructures communales  
Konferenz der Stadt- und Gemeindeschreiber  
Conférence des Secrétaires Municipaux

### Verlag und Redaktion/éditions et rédaction

Laupenstrasse 35, Postfach, 3001 Bern  
Tel. 031 380 70 00  
www.chgemeinden.ch  
www.chcommunes.ch

Denise Lachat (dla), Chefredaktorin  
Philippe Blatter (pb), Verantwortlicher Verbandskommunikation  
Martina Rieben (mr), Layout  
info@chgemeinden.ch  
Christian Schneider, Redaktion SKSG

### Nachdruck

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Verlinkung erwünscht.

### Druck und Spedition/impression et expédition Anzeigenmarketing/marketing des annonces

Stämpfli AG, Postfach, 3001 Bern  
Tel. 031 300 63 82, Fax 031 300 63 90  
inserate@staempfli.com

Die nicht autorisierte und ohne gewichtige Eigenleistung erfolgende Bearbeitung und Verwertung von abgedruckten oder in elektronische Datenbanken eingespeisten Inseraten durch Dritte ist unzulässig und wird vom Inserenten untersagt. Dieser überträgt der Werbegesellschaft insbesondere das Recht, nach Rücksprache mit dem Verlag mit geeigneten Mitteln dagegen vorzugehen.

### Auflage/tirage (WEMF/REMP 2017/2018)

Verkaufte Auflage/tirage vendu	2441 Ex.
Gratisauflage/tirage gratuit	1149 Ex.
Total/total	3590 Ex.

gedruckt in der  
**schweiz**

Website zum Leitfaden  
jetzt online

# gemeindeenergie.ch



SPINAS CIVIL VOICES



**Ich hatte wenig zu ernten.**  
Grossvater Gete

**Ich ernte Mais und Getreide.**  
Vater Wondimeneh

**Ich ernte die Früchte meiner Ausbildung.**  
Sohn Tewachew, 24, Äthiopien

Anbaumethoden verbessern, Ernten verkaufen, Beruf erlernen. So verändern Menschen mit der Unterstützung von Helvetas ihr Leben. Helfen Sie mit:  
**helvetas.ch**





**Wert erhalten.  
Nachhaltig investieren.**

**emsg+** Erhaltungsmanagement  
im Siedlungsgebiet

emsg+ ist eine von TechTalk betriebene und weiterentwickelte Fachapplikation basierend auf EMSG des ASTRA

Damit steht Gemeinden ein kostengünstiges und einfach zu bedienendes Instrument auf Basis des „Grundmodells Werterhalt“ für das Erhaltungsmanagement kommunaler Strassen zur Verfügung.

[www.emsgplus.ch](http://www.emsgplus.ch)



Gegen Risiken, die  
den Baufortschritt bremsen.